



WIR 2030.

**Zusammenleben,
Gerechtigkeit, Teilhabe.**
Die Gesellschaft,
in der wir leben wollen



Gesellschaft
2030

ZIRP. Zukunftsinitiative
Rheinland-Pfalz

Die ZIRP-Mitglieder

AOK Rheinland-Pfalz/
Saarland • Architektenkam-
mer Rheinland-Pfalz • AREND
Prozessautomation GmbH • Barmherzige
Brüder Trier gGmbH • BASF SE • Bauern- und
Winzerverband Rheinland-Pfalz Süd e.V. • Bauwirtschaft
Rheinland-Pfalz e.V. • Bernd Hummel Holding GmbH •
Bitburger Braugruppe GmbH • Boehringer Ingelheim
Pharma GmbH & Co. KG • Bundesagentur für Arbeit,
Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland • Caritasverband
für die Diözese Speyer e.V. • Continental Teves AG & Co. oHG •
DB Cargo AG • Debeka Versicherungsgruppe • Deutsche Bank AG
• Deutsche Bundesbank, Hauptverwaltung in Rheinland-Pfalz und
dem Saarland • Deutsche Fertighaus Holding AG • Deutsche Telekom
AG • Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer • DGB
Rheinland-Pfalz/Saarland • Digital Devotion Group GmbH • Duale Hoch-
schule Rheinland-Pfalz • Eckes-Granini Deutschland GmbH • ECREF
European Center for Refractories gGmbH • Empolis Informa-
tion Management GmbH • ENTEGA Plus GmbH • Entwick-
lungsagentur Rheinland-Pfalz e.V. • Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft • Evangelische Kirche der
Pfalz • Gerolsteiner Brunnen GmbH & Co. KG • Gi-
enanth GmbH • Globus SB-Warenhaus Holding GmbH
& Co. KG • Handwerkskammern Rheinland-Pfalz •
Heberger GmbH • Hochschule Kaiserslautern • Hochschule Kob-
lenz • Hochschule für Wirtschaft und Gesellschaft Ludwigshafen •
Hochschule Mainz • Hochschule Trier • Hochschule Worms • IKK Südwest • Ingenieur-
kammer Rheinland-Pfalz • innogy SE • Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz
(ISB) • ITK Engineering GmbH • Johannes Gutenberg-Universität Mainz • Joseph Vögele AG
• juwi AG • Karl Gemünden GmbH & Co. KG • Kassenärztliche Vereinigung Rheinland-Pfalz
• Kassenzahnärztliche Vereinigung Rheinland-Pfalz • KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesell-
schaft • KSB AG • Landesärztekammer Rheinland-Pfalz • Landesbank Baden-Württemberg •
Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz • LOTTO Rheinland-Pfalz GmbH • LÖWEN
ENTERTAINMENT GmbH • L-Q-M Marktforschung GmbH • Mainzer Stadtwerke AG • Michelin
Reifenwerke AG & Co. KGaA • MikroFORUM Hightechnologiepark Wendelsheim GmbH • Minis-
terium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau • PFAFF Industriesysteme und
Maschinen GmbH • Pfalzerwerke AG • Philosophisch-Theologische Hochschule Vallendar •
PricewaterhouseCoopers GmbH • Provinzial Rheinland
Versicherungen • RPR.1 • SAM Sonderabfall-Management-
Gesellschaft Rheinland-Pfalz mbH • SCHOTT AG • Schuler
Service GmbH & Co. KG • Siemens AG • SIMONA AG • Spar-
kassenverband Rheinland-Pfalz • Staatskanzlei des Landes
Rheinland-Pfalz • Steuerberaterkammer Rheinland-Pfalz
• SWR – Südwestrundfunk • Techniker Krankenkasse •
Technische Hochschule Bingen • Technische Universität
Kaiserslautern • Technologie-Initiative SmartFactory^{KL} e.V. •
Thinking Circular, Sustainability and Circular Economy
Consulting • Transdev SE & Co. KG • TÜV Pfalz GmbH •
TÜV Rheinland-Berlin-Brandenburg-Pfalz e.V. • Univer-
sität Koblenz-Landau • Universität Trier • vero – Verband
der Bau- und Rohstoffindustrie e.V. • Vereinigte VR Bank
Kur- und Rheinpfalz eG • Villa Musica Rheinland-Pfalz •
WHU – Otto Beisheim School of Management • Wilhelm
Faber GmbH • ZDF – Zweites Deutsches
Fernsehen
(Stand: Juli 2020)

Die Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz: Netzwerk, Impulsgeber, Standortinitiative

Die Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz (ZIRP) e.V. ist das Netzwerk aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Kultur in Rheinland-Pfalz. Wir stärken das Land als internationalen Wirtschaftsstandort, attraktiven Ort zum Leben und Arbeiten und als lebendigen Ort europäischer Kultur. Wir fördern den Dialog unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen und geben Impulse für zukunftsweisende Themen und Projekte.

Die ZIRP besteht seit 1992. Unsere Arbeit wird ermöglicht durch einen Trägerverein: Rund 95 Persönlichkeiten, Unternehmen und Institutionen aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Kultur und Kirche tragen diese bundesweit einmalige Form der öffentlich-privaten Zusammenarbeit.

Unseren Mitgliedern liegt die Zukunft des Landes Rheinland-Pfalz besonders am Herzen. Sie setzen auf ein gemeinsames, langfristig orientiertes Handeln in den Kernfragen der wirtschaftlichen Entwicklung und bringen sich mit ihren Erfahrungen und ihrer Expertise in die Denkfabrik ZIRP ein.

Diese Publikation wird ermöglicht durch unsere Mitglieder.



WIR 2030.

**Zusammenleben,
Gerechtigkeit, Teilhabe.**
Die Gesellschaft,
in der wir leben wollen

Einleitung

- 6 Grußwort
Michael Heinz
Vorsitzender der ZIRP
- 8 Grußwort
Malu Dreyer
Stellvertretende Vorsitzende der ZIRP
- 10 Wir 2030 – Das Projekt
Heike Arend
Geschäftsführerin der ZIRP
- 12 Wir 2020 – Gesellschaft heute
- 22 Kodex 2030
- 30 Neue Orte, neue Rollen,
neue Inhalte
- 31 Die Zukunftsmap „WIR 2030“
- 32 Wichtig für 2030

Zukunftsbilder – die neun
Schwerpunkthemen des
Projekts

- 40 Generationen
- 48 Familie
- 60 Wohnen
- 70 Bildung
- 80 Kultur und Medien
- 92 Politische Teilhabe und
Partizipation
- 102 Gesundheit und Pflege
- 112 Auskommen
- 120 Vielfalt

Das Projekt
Gesellschaft 2030

- 132 Feedback aus den Institutionen
- 134 Das Begleitgremium
- 136 Informationen zur
rheinland-pfalzweiten Umfrage
- 140 Stationen des Projekts
- 142 Impressum
- 143 Bild- und Fotonachweise

Grußwort



Michael Heinz
Vorsitzender der ZIRP und
Mitglied des Vorstandes
der BASF SE

Sehr geehrte Damen und Herren,

Unternehmen sind Teil der Gesellschaft – und die Gesellschaft bildet sich in Unternehmen ab. In dem Projekt „Gesellschaft 2030“ der ZIRP haben über 300 Expertinnen und Experten Zukunftsbilder entwickelt, die auch die Wirtschaft betreffen. Sie geben einen Impuls dafür, wie Unternehmen zu einer Gesellschaft beitragen können, die offen und vielfältig ist. Viele Unternehmen haben sich soziale Nachhaltigkeit und Diversity auf die Fahne geschrieben und leben diese Ziele. Sie gehören zu einem attraktiven Arbeitgeber, der Fachkräfte gewinnen und halten will. Sie gehören aber zugleich zu einer wertorientierten Gesellschaft. Menschen, die in ihrem beruflichen Umfeld erfahren, dass Vielfalt eine Bereicherung für alle ist, geben diese Haltung nicht am Werkstor ab. Das bedeutet: Hier liegt eine Verantwortung der Unternehmen für die Gesellschaft.

Unternehmen sind auch eingeladen, sich diejenigen Zukunftsbilder eingehender anzuschauen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie befördern. Durch die gegenwärtige Corona-Krise haben viele Unternehmen, Institutionen sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfahren, zusätzlichen Möglichkeiten flexibles und mobiles Arbeiten bieten.

Wir haben vielleicht manches technisch ganz schnell möglich machen können, müssen nun aber den nächsten Schritt gehen und flexibles Arbeiten mit neuen Methoden und Verfahren begleiten. Die ZIRP befasst sich seit vielen Jahren mit der Digitalisierung und ihrer Bedeutung für Prozesse und Produktion in rheinland-pfälzischen Betrieben und eben auch mit dem Komplex New Work. Als Begleiterin der Unternehmen in und durch die Krise kann die ZIRP Impulse zu neuen Arbeitsformen geben.

Für die Unternehmen in Rheinland-Pfalz ist es ein wichtiges Zeichen, dass es in dem Projekt „Gesellschaft 2030“ ein ganz klares Nummer-Eins-Thema gegeben hat, nämlich Bildung. Dies bezieht sich auf das Bildungssystem, wie auch auf Bildungsinhalte. Fachkräftesicherung bleibt unter den Bedingungen des demografischen Wandels und der Digitalisierung ganz oben auf der Agenda der Betriebe. Das wird auch nach der Krise so sein. Wichtig dabei sind Kompetenzen und Wissen.

Ich freue mich, dass es so zahlreiche MINT-Initiativen in Rheinland-Pfalz gibt. Die Industrie braucht Nachwuchskräfte, die technisch und naturwissenschaftlich interessiert sind, auch Verwaltungen brauchen im Zuge der Digitalisierung vermehrt Informatikerinnen und Informatiker. Dabei ist die duale Ausbildung so relevant wie ein Studium – wir brauchen weiterhin beides in einem durchlässigen, auf Chancen angelegten Bildungssystem.

Unternehmen können direkte Strahlkraft in die Gesellschaft entwickeln durch eigenes soziales und kulturelles Engagement. Unternehmen können sich aber auch über ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und deren private Umfeld indirekt gesellschaftlich einbringen. Daher fördern viele Unternehmen ehrenamtliche Aktivitäten, wie sie eines der Zukunftsbilder zeichnet. Sie unterstützen dezidiert gesellschaftliches Engagement ihrer Mitarbeiter und stellen dafür Ressourcen und Zeit zur Verfügung, denn ehrenamtliches Engagement ist der soziale Kitt, der die Gesellschaft zusammenhält. Bringen sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eines Unternehmens aktiv in die Gesellschaft ein, zeigt das echte Verbundenheit und ist ein klares Bekenntnis zum Standort.

Auch an der Gesunderhaltung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wirken Unternehmen elementar mit: Das betriebliche Gesundheitsmanagement ist inzwischen fester Bestandteil der Personalfürsorge und bezieht sich auf körperliches wie auch auf seelisches Wohlbefinden. Das Zukunftsbild aus diesem Projekt, nämlich dass Gesundheit und Krankheit in die Mitte der Gesellschaft gehören, dürfen Unternehmen auch auf sich beziehen.

In der Arbeitsgesellschaft der Zukunft helfen Unternehmen dabei, dass Arbeit unter allen Voraussetzungen möglich ist. Auch hier wird die Digitalisierung unterstützen, um beispielsweise körperlich schwere Arbeit zu erleichtern und routinierte, gleichförmige Aufgaben abzugeben.

Allen Expertinnen und Experten, die über einen langen Zeitraum an dem Projekt mitgewirkt und zu den spannenden Ergebnissen beigetragen haben, danke ich herzlich. Ihr Engagement zeigt, dass sie über ihre eigentliche Verantwortung hinaus an dem Geschehen und der guten Entwicklung in Rheinland-Pfalz interessiert sind. 2030 – das lässt für die Realisierung vieler Zukunftsbilder ausreichend Zeit. Für große Veränderungen, wie die Herausforderungen der Digitalisierung, ist das aber ein kurzer Zeitraum. Schön wäre, wenn wir aus der Krise gelernt haben, dass wir uns mehr Dynamik zutrauen dürfen, um notwendige Veränderungen anzupacken.

Michael Heinz

Michael Heinz

Grußwort

Sehr geehrte Damen und Herren,

Rheinland-Pfalz im Jahr 2030 – dazu gehört für mich, dass die Menschen weiter gerne und gut hier leben, dass wir ein wirtschaftlich erfolgreiches, sozial gerechtes und ökologisch verantwortungsvolles Land sind. Rheinland-Pfalz kann das Bundesland des nachhaltigen Wirtschaftens werden. Ganz viele Unternehmen sind hier schon gut unterwegs. Denn wir haben eine Bringschuld gegenüber unserer jungen Generation: Wir müssen den Klimawandel stemmen und dabei wirtschaftlich erfolgreich bleiben.



Malu Dreyer
Ministerpräsidentin von
Rheinland-Pfalz und
stellvertretende
Vorsitzende der ZIRP

Wichtig ist mir auch, dass Rheinland-Pfalz ein junges Land bleibt, dass alle Generationen gut miteinander arbeiten, dass über unsere Hochschulen und Betriebe junge Leute in das Land kommen, hierbleiben und sich wohlfühlen. Im Projekt „Gesellschaft 2030“ wurde in vielen Bereichen generationsübergreifend gedacht und die Zukunftsbilder entsprechend entwickelt. Dazu gehören Mehrgenerationenhäuser und offene Quartiere mit Treffpunkten, an denen sich unterschiedliche Generationen begegnen und austauschen können. Dazu gehören auch Kultur- und Bildungseinrichtungen mit Angeboten für jede Generation.

Am Anfang des Projekts „Gesellschaft 2030“ im Jahr 2016 stand, dass Deutschland und Rheinland-Pfalz durch die Zuflucht von über einer Million Flüchtlinge vor großen Herausforderungen stand. Rückblickend können wir feststellen, dass wir – auch dank des großen Engagements in der Gesellschaft und ehrenamtlichem Einsatz – diese Herausforderungen gut gemeinsam angenommen und bewältigt haben. Zuflucht und Zuwanderung gehören zu einer offenen Gesellschaft. Die Antwort der Projektteilnehmenden auf die Frage, in welcher Gesellschaft wir 2030 leben werden, lautet: in einer von Vielfalt geprägten Gesellschaft, in der Vielfalt wertgeschätzt wird und selbstverständlich dazu gehört. Diesem Zukunftsbild schließe ich mich gerne an.

Wir sind immer wieder gefordert, auch bei unvorhersehbaren Entwicklungen gemeinsam kluge Lösungen zu verwirklichen. Im vergangenen Jahr stand über allen Zukunftsfragen das Thema Umwelt- und Klimaschutz, das mit der Initiative „Fridays for future“ junge Menschen bewegt hat und das Nachhall in Wirtschaft und Politik finden

muss. In der gegenwärtigen Corona-Krise sehen wir, wie wichtig ein qualitativ gutes, flächendeckendes, auch von digitalen Lösungen gestütztes Gesundheitssystem ist. Und wir sehen erneut, dass eine Gesellschaft, die von Zusammenhalt und Solidarität geprägt ist, Großartiges bewirken kann. Ich erlebe in dieser Zeit des Abstands keine soziale Distanz, sondern Aufmerksamkeit, Nachbarschaftshilfe und einen unschätzbaren Einsatz von Familien in Rheinland-Pfalz.

Zusammenhalt, Gerechtigkeit, Teilhabe – in diesen großen Wertedimensionen haben die Expertinnen und Experten im Projekt „Gesellschaft 2030“ diskutiert und Zukunftsbilder entwickelt. Das hat meinen großen Respekt. Ganz klar ist das Thema Bildung von herausragender Bedeutung und in für mich überzeugenden, sehr konkreten Zielvorstellungen für das Bildungssystem, aber auch für Bildungsinhalte formuliert. Sie sind geleitet von dem Anspruch an Bildungsgerechtigkeit und individueller Förderung, an Durchlässigkeit des Bildungssystems und Orientierung an zukunfts-sicheren Kompetenzen.

Bei vielen Zukunftsbildern ist Rheinland-Pfalz auf einem guten Weg, so dass manches vermutlich nicht bis 2030 warten muss, um unsere Realität zu sein. Das gilt neben der Bedeutung der Bildung auch für gute Rahmenbedingungen für Familien. Die Corona-Krise hat mancher Entwicklung eine Dynamik verliehen, die ich absolut positiv bewerte. Viele digitale Lösungen wurden kurzfristig umgesetzt. Das ist inmitten der digitalen Transformation ein wichtiger Schub. Vor allem in Schulen und Hochschulen, in der Gesundheitsversorgung und bei neuen Formen des Arbeitens profitieren wir von digitalen Angeboten.

Die Ergebnisse des Projekts „Gesellschaft 2030“ sind für politisch Verantwortliche und auch für Unternehmen und Institutionen, für Verbände aus allen gesellschaftlichen Bereichen eine wertvolle Zusammensicht auf die Zukunft der Gesellschaft. Die Zukunftsbilder können Orientierung und Inspiration geben. Es sind Erwartungshaltungen und Hoffnungen – und sehr pragmatische Vorschläge.

Allen Mitwirkenden danke ich, dass sie groß und mutig gedacht und ihr Wissen und ihre Ideen in das Projekt eingebracht haben. Besonders schätzenswert ist, dass sie über die lange Zeitstrecke nicht nachgelassen haben. Was die ZIRP auszeichnet – das Engagement von Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Politik – prägt das Bild von „Wir 2030“: Es ist der Blick aus unterschiedlichen Perspektiven und die Verständigung auf klare Ergebnisse für die Gesellschaft, in der wir leben wollen.

Malu Dreyer

Malu Dreyer

Wir 2030 – Das Projekt



Heike Arend
Geschäftsführerin
der ZIRP

Sehr geehrte Damen und Herren,

denken Sie sich zurück in das Jahr 2010: Was waren Ereignisse, die in der folgenden Dekade wirkungsmächtig wurden und uns heute noch beeinflussen? Der Tablet-Computer kam auf den Markt. Der Film „Avatar“ brachte die 3D-Technik in die Wohnzimmer. Die beiden Roboter Spirit und

Opportunity landeten auf dem Mars. Das Bundesverfassungsgericht erklärte die Vorratsdatenspeicherung für verfassungswidrig. Am 9. Mai 2010 schnürten die Finanzminister Europas in einer Nachtsitzung ein gewaltiges Rettungspaket für die Euro-Zone. Die Rheinseilbahn in Koblenz wurde eröffnet. Ein bunter Reigen von Ereignissen, die zeigen: Digitales und Analoges, technische Meisterleistungen, politische Entscheidungen und zivile Errungenschaften prägten das Ende der ersten Dekade dieses Jahrhunderts.

Was wird in zehn Jahren, also 2030, sein? Wir wissen es nicht – noch weniger, seitdem ausgelöst durch das Virus Covid-19 eine Pandemie das Weltgeschehen und das Leben jedes einzelnen Menschen beeinflusst. Was sein sollte – die Vision der Gesellschaft 2030 in Rheinland-Pfalz – lesen Sie hier. Die ZIRP schafft damit erstmals für Rheinland-Pfalz das auf einer breiten Basis entworfene Zukunftsbild unserer Gesellschaft. Es ist entstanden aus zahlreichen Diskussionen, aus Impulsen von Expertinnen und Experten sowie Beiträgen von Vertreterinnen und Vertretern von Organisationen, die das politische, gesellschaftliche, kulturelle, wissenschaftliche und wirtschaftliche Leben in Rheinland-Pfalz prägen. Sie haben Ziele entworfen für die gesellschaftlich relevanten Handlungsfelder und diese mit Maßnahmen hinterlegt. Beginnend im Frühjahr 2017 haben sie schrittweise die Frage beantwortet: In welcher Gesellschaft wollen wir leben?

Das Gesellschaftsbild, das daraus entstanden ist, repräsentiert eine Gesellschaft der sozialen Gerechtigkeit, des Zusammenhaltes und der Teilhabe; eine Gesellschaft, die von Akzeptanz und Vielfalt, von Achtsamkeit und individueller Entfaltung geprägt ist; von der Wertschätzung aller Generationen und in der alle eine Aufgabe haben; von Erkenntnis und Veränderungsbereitschaft. Denn: Die Gesellschaft wird 2030 anders sein als heute. Sie macht Bildung in allen Bereichen und in jedem Alter zum wichtigsten Thema. Sie kennt neue Organisationsformen und Institutionen des Zusammenlebens. Sie findet gleichermaßen Lebensqualität in den Städten und ländlichen Regionen. Die Gesellschaft 2030 macht aus Vielfalt eine Stärke und aus Individualität ein Anrecht. Aus der Digitalisierung erfährt sie Nutzen und aus der klugen Mediennutzung Impulse für die Demokratie.

Es ist nicht die Gesellschaft im Elysium. Dazu sind die Expertinnen und Experten, die diese Gesellschaft entworfen haben, zu pragmatisch und zu bodenständig – und auch zu heterogen. In manchen Workshops wurde gerungen und keine Einigung gefunden, denn verschiedene Meinungen blieben im Raum: für oder gegen eine allgemeine Grundsicherung, für oder gegen die verpflichtende Ganztagschule, für oder gegen mehr Einfluss des Staats.

Die Landesregierungen der nächsten zehn Jahre sind bei vielen Zielen der Adressat, der Schrauben drehen und Rahmenbedingungen schaffen sollte. Da unsere Gesellschaft als Gesamtheit konstituiert, pluralistisch sowie arbeitsteilig organisiert ist, sind in vielen Fällen auch Verbände und Vereine, Institutionen und Unternehmen gefragt. Dies gilt für Inhalte wie für Finanzierungsaufgaben – denken wir nur an das Gesundheitssystem, an dem eine Fülle von Akteuren teilhaben, von privaten Trägergesellschaften bis zu den Patienten.

Dass über 300 Akteurinnen und Akteure über drei Jahre an der Vision der Gesellschaft 2030 mitgewirkt haben, ist ein wertvoller und wertzuschätzender Beitrag dazu, welchen Weg das Land und die Menschen in den nächsten zehn Jahren gehen können. Ihnen gebührt ein großer Dank und es bleibt zu hoffen, dass sie sich in dieser Zusammenfassung wiederfinden. Die ZIRP hat in diesem Projekt sehr viele Anregungen bekommen, die wir in unserer weiteren Arbeit berücksichtigen wollen.

Zudem war es uns wichtig, die Bürgerinnen und Bürger in das Projekt einzubinden. Im Herbst 2019 haben wir daher in einer allgemeinen Umfrage die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer befragt zu ihrem Lebensgefühl im Land, zu ihren Erwartungen und Wünschen an das Leben und Arbeiten in Rheinland-Pfalz. Auch daraus resultieren Impulse für Verantwortliche in Politik und Wirtschaft, im Bildungssystem und Sozialwesen als Anregung für zukunftsfähige Entscheidungen. Einige Ergebnisse dieser Umfrage lesen Sie im nächsten Beitrag.

Der „Kodex 2030“ ist die Zusammenfassung der Zukunftsbilder – auf einen Blick. Er ist der Kern dessen, was 2030 realisiert sein sollte. Ein Vademekum für Visionäre.

Ist Corona disruptiv? Wird doch alles anders kommen, als in den letzten drei Jahren erörtert und projiziert? Die Pandemie als Katapult für gesellschaftliche Entwicklungen: Wohnen wird wichtiger, weil es für viele Beschäftigte auch der Arbeitsort ist; Gesundheit wird digitaler, weil Arzt und Patient sich nicht begegnen müssen; Lernen wird virtuell, weil jetzt alle Tools routiniert genutzt werden; Leben auf dem Land wird für noch mehr Menschen attraktiver, weil digitale Lösungen viele Wege ersetzen. Einiges wird bewahrt werden, weil es sich als hilfreich erwiesen hat. Einiges wird bewahrt, obwohl es dem Menschen nicht entspricht. Die Vision der Gesellschaft 2030 setzt auf Austausch und Begegnung, auf Diskurs und Konsens, auf Mensch vor Technik. Auf analoge Tugenden.

Allen Mitwirkenden danke ich für ihre klugen Ideen, ihre Zeit und ihre Bereitschaft, sich in das Jahr 2030 zu denken und Verantwortung für praktikable Vorschläge zu übernehmen. Ein besonderer Dank gebührt den beiden Projektleiterinnen Laura Demare und Hanna Mertens für ihren Einsatz, ihre Empathie und ihre Umsicht.

Heike Arend

Wir 2020 – Gesellschaft heute

Im Projekt „Gesellschaft 2030“ geht es um unser Zukunftsbild und was in den nächsten 10 Jahren anders werden sollte. Dabei wird vieles nicht im Grundsatz neu entwickelt: In zahlreichen Zukunftsbildern geht es darum, auf Bestehendem aufzubauen, Gutes weiter voranzubringen und Verbesserungswürdiges anzupacken.

Deshalb hat die ZIRP im Herbst 2019 in einer landesweiten Umfrage nach dem Jetzt-Gefühl gefragt. Über 2.000 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer haben sich an der Umfrage beteiligt und ihre Einschätzungen und Erwartungen wiedergegeben.

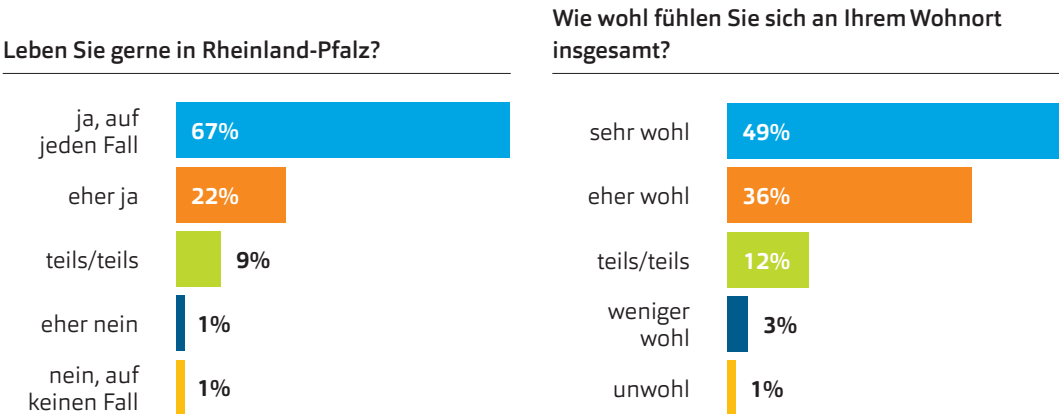
Hier lesen Sie zusammengefasst, was die Menschen gegenwärtig über die Themen Zusammenhalt, Gerechtigkeit und Teilhabe denken.

Ab Seite 136 finden Sie die Hintergrundinformationen zur Umfrage.

Wohnen

Zufriedenheit am Wohnort

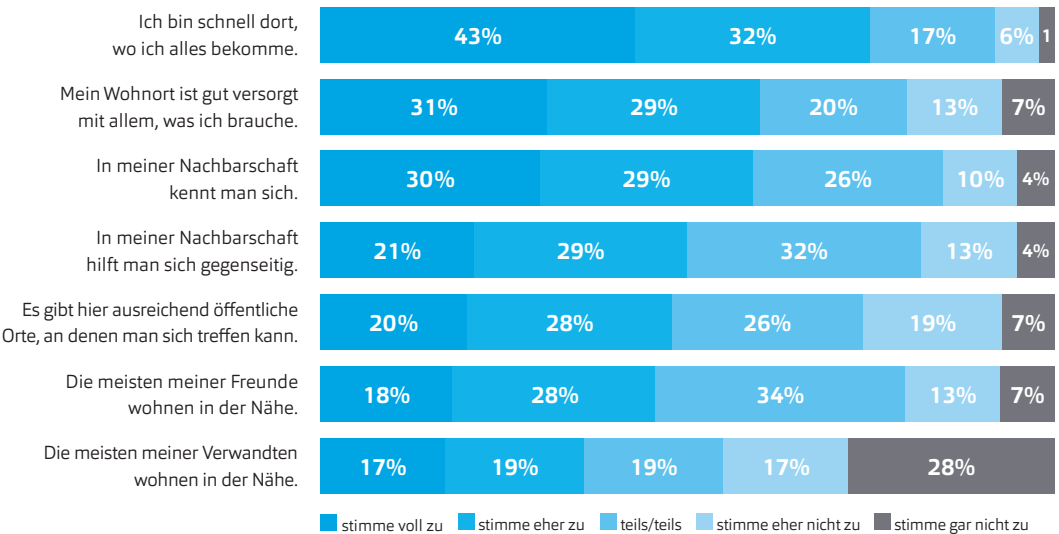
Die überwiegende Mehrheit der Rheinland-Pfälzer gibt an, gerne in ihrem Bundesland zu leben und sich in ihrem Wohnort wohl zu fühlen.



Wohnumgebung

Drei Viertel der Rheinland-Pfälzer geben an, schnell dorthin zu gelangen, wo sie alles bekommen. Die Mehrheit fühlt sich an ihrem Wohnort gut versorgt und empfindet ihre Nachbarschaft als zugänglich und hilfsbereit. An Orten zum Treffen mangelt es etwas häufiger.

Inwieweit stimmen Sie folgenden Aussagen zu?

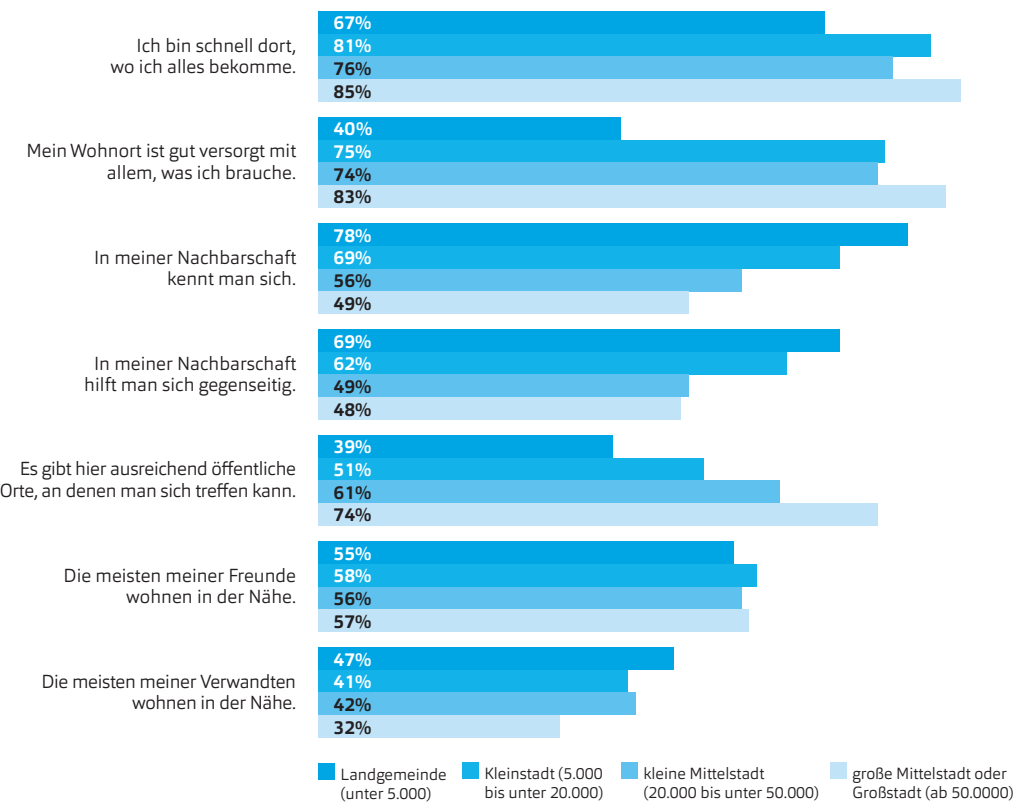


Wohnumgebung in den Gemeinden

Im Vergleich der Ortsgrößen fällt auf, dass Rheinland-Pfälzer, die in kleineren Gemeinden wohnen, ihren Wohnort positiver bezüglich der Hilfsbereitschaft in der Nachbarschaft bewerten als Bewohner größerer Städte. Umgekehrt empfinden Rheinland-Pfälzer die Versorgung vor Ort und das Angebot an öffentlichen Orten, an denen man sich treffen kann, besser, je größer die Gemeinde ist.

Es geben nur 36 Prozent an, in der Nähe der Familie zu wohnen, 46 Prozent in der Nähe von Freunden. Ihre Familie haben Personen aus ländlicheren Regionen etwas näher um sich.

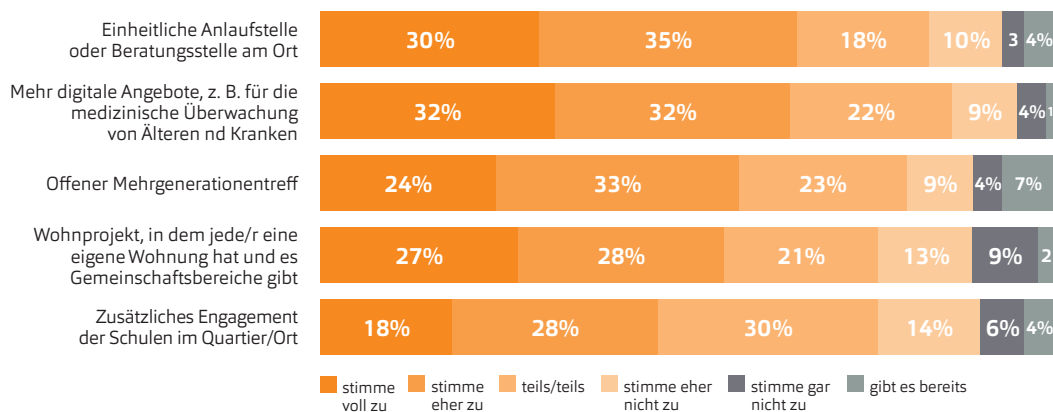
Inwieweit stimmen Sie folgenden Aussagen zu?



Angebote im Wohnumfeld

Bei der Betrachtung der Bewertung unterschiedlicher Angebote in der direkten Wohnumgebung geben zwei Drittel der Rheinland-Pfälzer an, sich eine einheitliche Beratungsstelle am Ort und mehr digitale Angebote z. B. für die medizinische Überwachung von Älteren und Kranken zu wünschen. Gut die Hälfte der Rheinland-Pfälzer spricht sich für die Einrichtung offener Mehrgenerationentreffs als Angebot zur Stärkung der Nachbarschaft und des Wohnumfelds aus. Mehr als die Hälfte der Rheinland-Pfälzer befürworten die Einrichtung von Wohnprojekten, in denen es neben dem privaten Wohnraum Bereiche für die gemeinschaftliche Nutzung gibt.

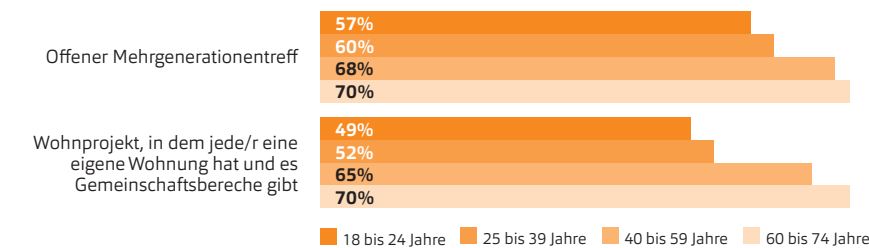
Es gibt heute verschiedene Angebote zur Stärkung der Nachbarschaft und des Wohnumfelds. Welche der folgenden Angebote sollten Ihrer Meinung nach in Ihrer Wohngegend eingerichtet werden?



Wünsche nach Angeboten je nach Alter

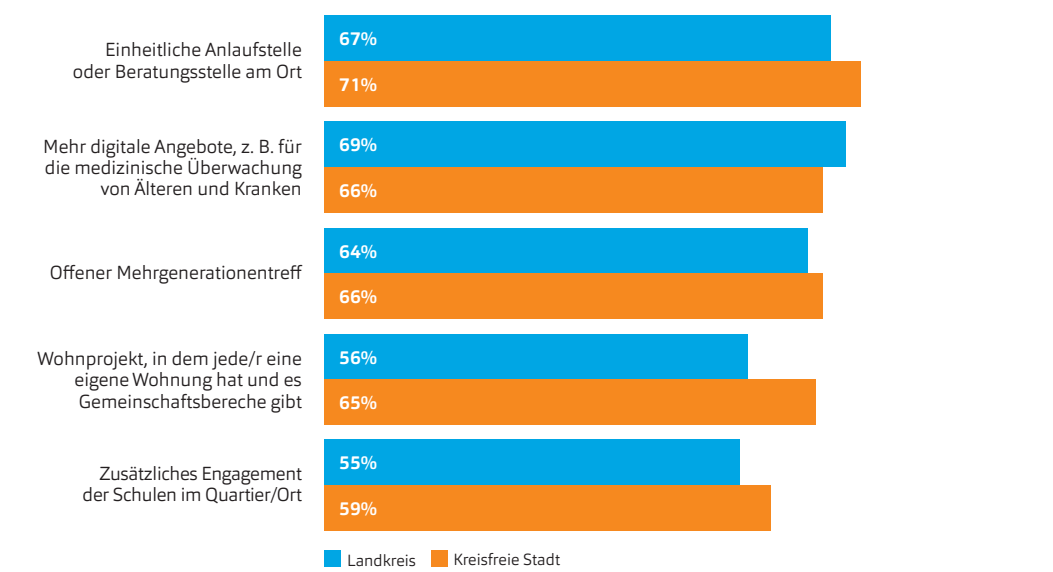
In der Betrachtung der einzelnen Altersgruppen fällt auf, dass sich vor allem ältere Befragte offene Mehrgenerationentreffs und Wohnprojekte mit Gemeinschaftsbereichen wünschen.

Es gibt heute verschiedene Angebote zur Stärkung der Nachbarschaft und des Wohnumfelds. Welche der folgenden Angebote sollten Ihrer Meinung nach in Ihrer Wohngegend eingerichtet werden?



Im Vergleich der Wohnortgrößen wird deutlich, dass Rheinland-Pfälzer aus kreisfreien Städten sich etwas öfter Beratungsstellen und Engagement der Schulen wünschen und etwas seltener digitale Angebote als Bewohner aus den Landkreisen.

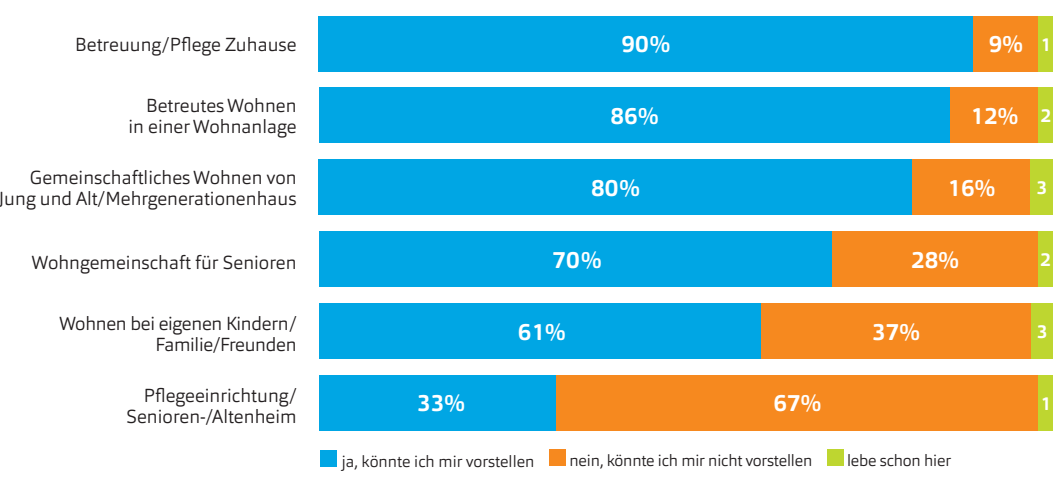
Es gibt heute verschiedene Angebote zur Stärkung der Nachbarschaft und des Wohnumfelds. Welche der folgenden Angebote sollten Ihrer Meinung nach in Ihrer Wohngegend eingerichtet werden?



Gewünschte Wohnformen im Alter

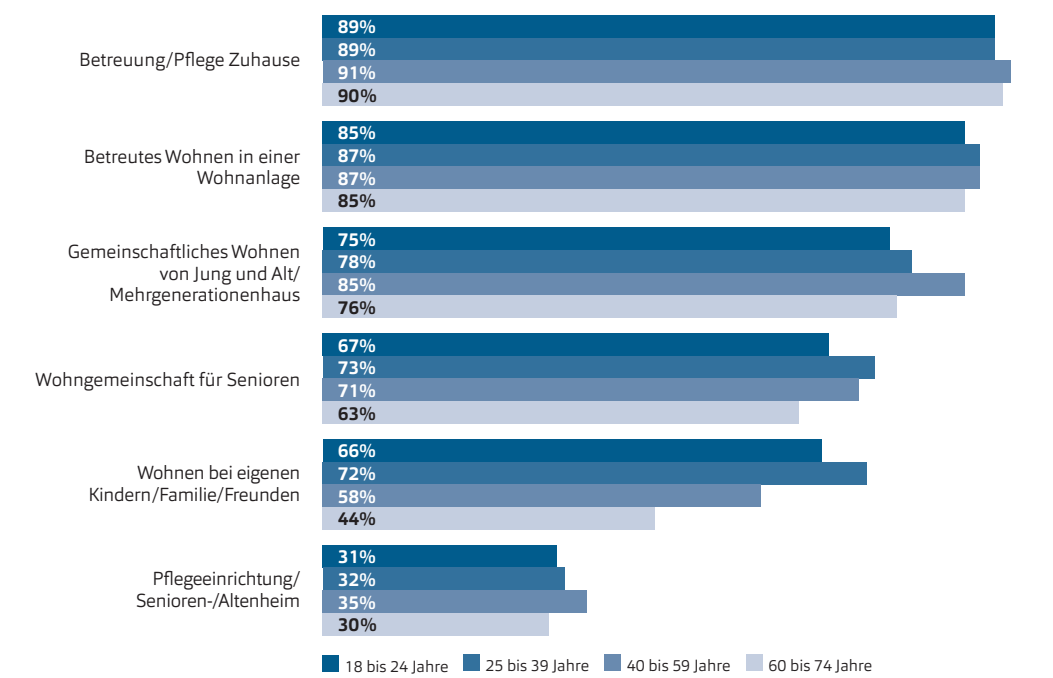
90 Prozent der befragten Rheinland-Pfälzer würden im Alter gerne im eigenen Zuhause betreut und gepflegt werden. Die zweitliebsten Optionen sind betreutes Wohnen in einer Wohnanlage oder in einer Form von Wohngemeinschaft zu leben. Für etwa ein Drittel kommt das Wohnen bei den eigenen Kindern, für zwei Drittel das Wohnen im Seniorenheim nicht in Frage.

Angenommen, Sie sind alt und brauchen irgendwann einmal mehr Hilfe in Ihrem Alltag. Können Sie sich dann vorstellen, in einer der folgenden Wohnformen zu leben?



Die Frage nach der idealen Wohnform im Alter zeigt bei Betrachtung der unterschiedlichen Altersgruppen zunächst, dass fast alle zuhause alt werden möchten. Außerdem wünschen sich ältere Rheinland-Pfälzer eher generationenübergreifende Wohnprojekte. Entsprechend können sich viele Befragte ein Leben im Alter in einem Mehrgenerationenhaus vorstellen, insbesondere die Altersgruppe der 40- bis 59-Jährigen ist hier interessiert, 60- bis 74-Jährige hingegen schließen das öfter aus.

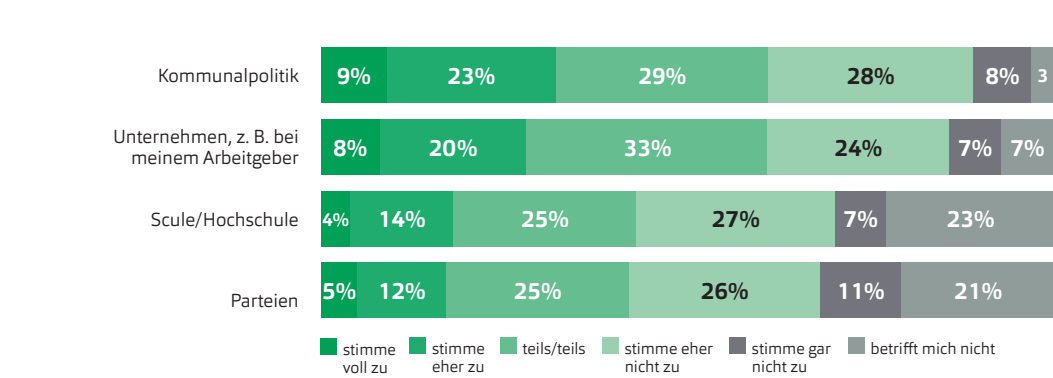
Angenommen, Sie sind alt und brauchen irgendwann einmal mehr Hilfe in Ihrem Alltag. Können Sie sich dann vorstellen, in einer der folgenden Wohnformen zu leben?



Mitbestimmung und Ehrenamt

Die überwiegende Mehrheit der befragten Rheinland-Pfälzer sind nur zum Teil oder (eher) nicht der Meinung, ausreichend Einflussmöglichkeiten zu haben, egal ob es um Politik, die eigene Arbeit, Schulen oder Hochschulen oder um Parteien geht.

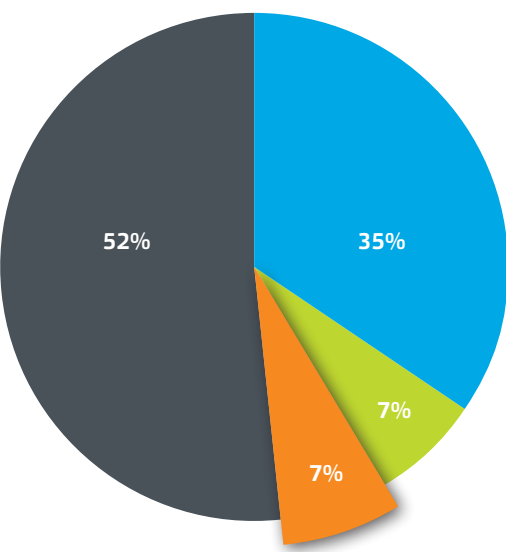
Was meinen Sie, haben Sie als Bürgerin oder Bürger ausreichend Einflussmöglichkeiten in den folgenden Bereichen ...?



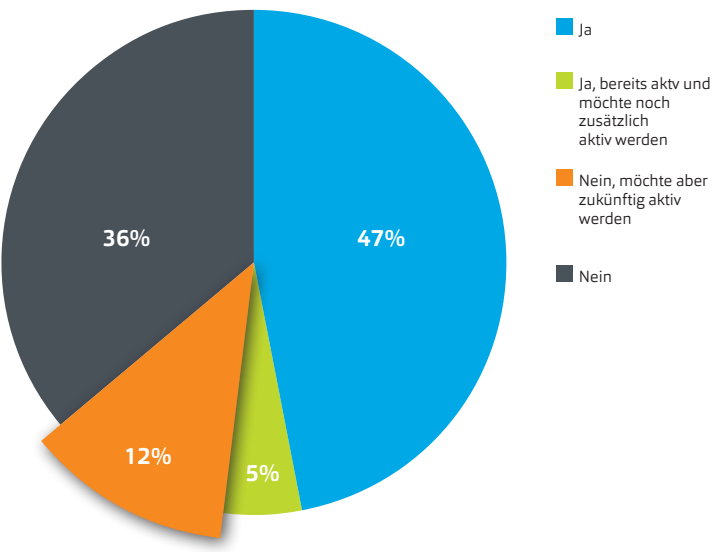
Über ein Drittel nutzt seine Mitbestimmungsmöglichkeiten, meist gegenüber dem eigenen Arbeitgeber, aber auch in der Kommunalpolitik, im Unternehmen oder der (Hoch-)Schule. In Zukunft möchten sie besonders in der Kommunalpolitik mehr mitbestimmen.

Fast die Hälfte der Befragten engagiert sich ehrenamtlich. Knapp ein Fünftel gibt an, zukünftig tätig werden bzw. ihr Engagement erweitern zu wollen. Davon möchten sich mehr als die Hälfte in Initiativen einsetzen.

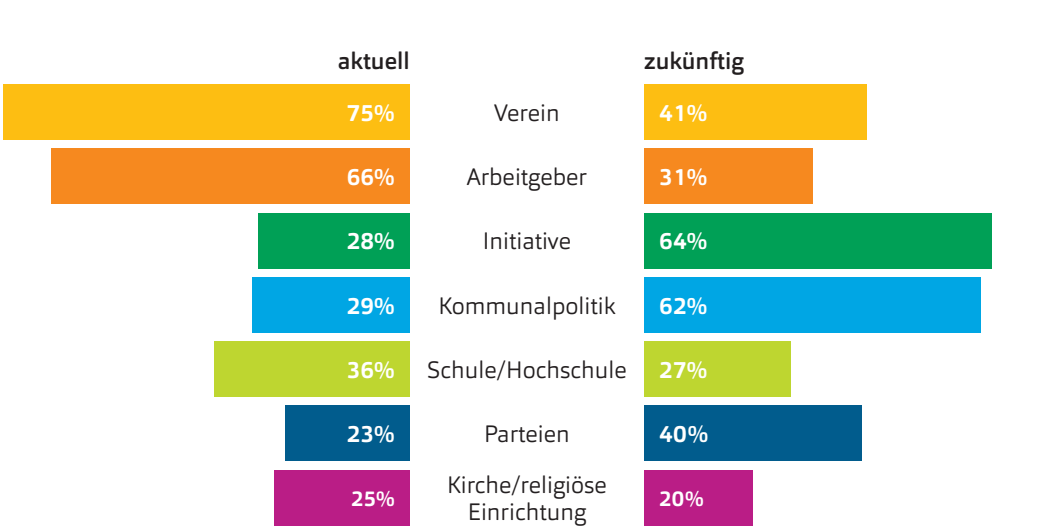
Gibt es bereits heute Bereiche, in denen Sie mitbestimmen, z. B. in der Kommunalpolitik, Unternehmen, Schule?



Engagieren Sie sich derzeit ehrenamtlich oder möchten Sie künftig ehrenamtlich tätig werden?



Gibt es bereits heute Bereiche, in denen Sie mitbestimmen oder ehrenamtlich tätig sind? Wo möchten Sie sich zukünftig einbringen?



Betätigungsfelder im Ehrenamt

Die Rheinland-Pfälzer bringen sich gerne in Kirchen, Vereinen, Parteien und anderen Bereichen ehrenamtlich ein:

- (städtische) Kultureinrichtungen
 - Bibliothek
 - Stiftungen
 - Sportverein
 - Schule/Kindergarten
 - Studierendenausschuss
 - Freiwillige Feuerwehr
 - Tafel
 - Flüchtlingsbetreuung
 - Nachbarschaftshilfe
 - Bürgerinitiativen
- Gleichstellungspolitik
 - Kammern
 - Wahlbüro
 - Gewerkschaften
 - Offener Kanal
 - Gesundheitswesen, Sozialverbände
 - Umwelt- und Naturschutz
 - NGOs
 - Tierheim
 - Kirche
 - online mittels Petitionen

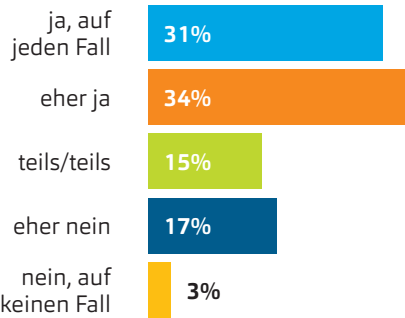
Der Survey „Zivilgesellschaft in Zahlen“ von 2017 zeigt im Übrigen, dass sich in Rheinland-Pfalz die meisten Ehrenamtlichen im Bereich Kultur/Medien engagieren.

¹Priemer, Jana/Mohr, Veronika/Schmid, Mara: VEREINE UND ENGAGEMENT IN RHEINLAND-PFALZ. Ergebnisse aus dem ZiviZ-Survey 2017. Berlin: ZiviZ gGmbH im Stifterverband 2019.

Wunsch nach einem Online-Bürgerportal

Das Interesse an einem digitalen Bürgerportal ist hoch. 65 Prozent geben an, dass sie dies nutzen würden, nur 20 Prozent schließen das (eher) aus .

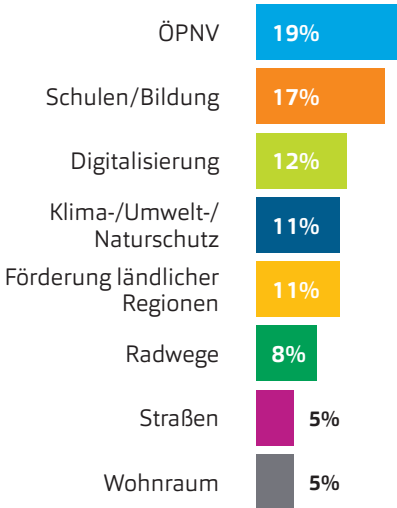
Würden Sie ein Online-Bürgerportal nutzen, wo Sie sich registrieren könnten und Ihre Meinung zu bestimmten Themen abgeben könnten?



Die Themen des Landes

Fast jede fünfte Anregung an die ZIRP hatte mit dem Thema Öffentlicher Nahverkehr oder/und mit Schule und Bildung zu tun. Auch Digitalisierung, Klima-, Umwelt- und Naturschutz sowie die Förderung des ländlichen Raums waren wichtige Themen der Befragten.

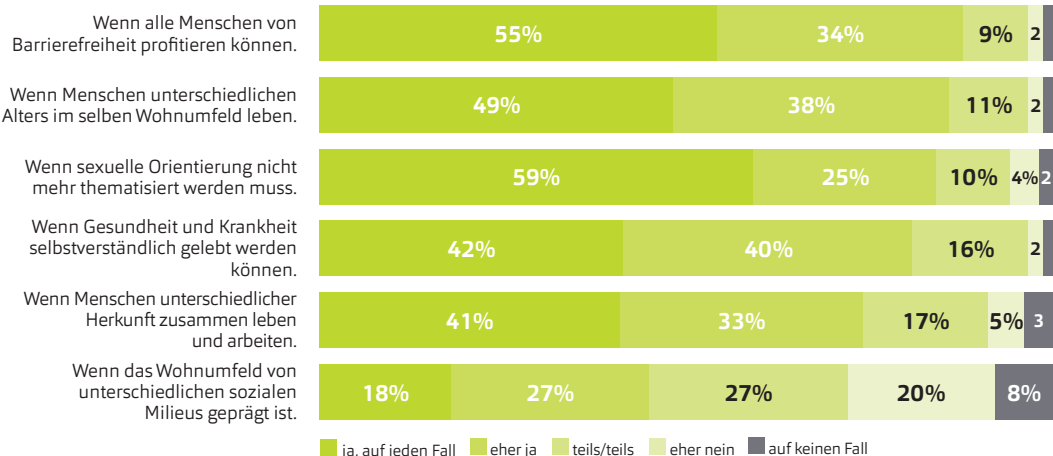
Gibt es noch eine Anregung für die Zukunftsentwicklung von Rheinland-Pfalz, die Sie der ZIRP mit auf den Weg geben wollten?



Vielfalt

Fast 90 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu, dass sie es als Bereicherung für die Vielfalt wahrnehmen würden, wenn alle Menschen von Barrierefreiheit profitieren. Zudem würden 84 Prozent der Befragten es als Verbesserung empfinden, wenn die sexuelle Orientierung nicht mehr thematisiert werden müsste. Das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft sehen drei Viertel als Bereicherung für unsere Gesellschaft an.

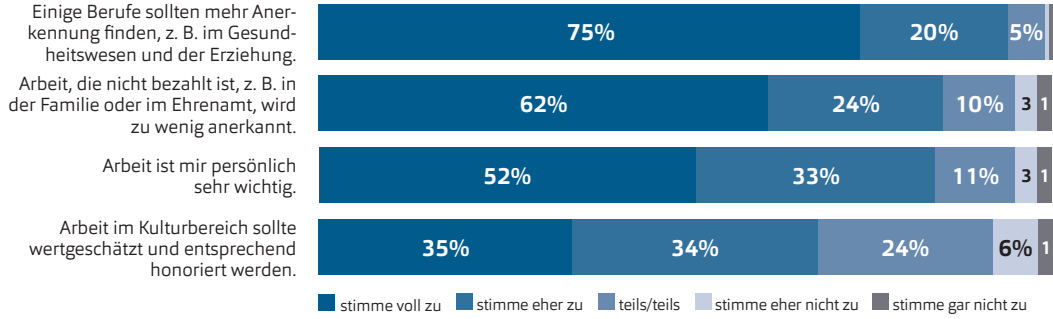
Unsere Gesellschaft wird immer vielfältiger. Wann würden Sie Vielfalt als Bereicherung wahrnehmen?



Der Wert der Arbeit

Fast alle Rheinland-Pfälzer geben an, dass Sozial- und Pflegeberufe besser anerkannt werden sollten und ehrenamtliche oder unbezahlte Arbeit zu wenig wertgeschätzt wird. Ebenso räumen fast alle Befragten ihrer Arbeit eine sehr große Bedeutung in ihrem Leben ein.

Wie wichtig ist Ihnen Arbeit? Bitte geben Sie an, inwieweit Sie folgenden Aussagen zustimmen



Kodex 2030

In welcher Gesellschaft wollen wir im Jahr 2030 leben? Im „Kodex 2030“ bündeln wir die wichtigsten Zukunftsbilder, die aus den Themenworkshops, aus dem Begleitgremium, von den Impulsgeberinnen und Impulsgebern der Workshops und aus den erneuten Diskussionen der Zukunftsbilder im Herbst 2019 hervorgegangen sind. Der „Kodex 2030“ ist der Kern dessen, was 2030 erreicht sein sollte.

Generationen

Im Jahr 2030 wird unsere Gesellschaft vom demografischen Wandel geprägt sein. Von großer Bedeutung sind daher Generationengerechtigkeit und Generationensolidarität. Neue gesellschaftliche Herausforderungen wie höhere Erwerbstätigkeit und räumliche Entfernung zu pflegebedürftigen Angehörigen sowie die Effekte der Kinderlosigkeit der geburtenstarken Jahrgänge müssen gemeistert werden.

Wir 2030

- › In der älter werdenden Gesellschaft werden die Anliegen aller Generationen berücksichtigt.
- › Jede Generation kann sich an der Gestaltung des Gemeinwesens beteiligen.
- › Orte, Organisationen und Institutionen, die den Austausch zwischen den Generationen ermöglichen, werden besonders gefördert.
- › Das Ehrenamt hat große Bedeutung; dafür stehen den Engagierten finanzielle Unterstützung und Zeit zur Verfügung.
- › Ländliche Regionen haben alle Vorteile des städtischen Lebens, dafür sorgt eine hervorragende Infrastruktur.
- › Alle Generationen profitieren in der Gesundheitsversorgung von digitalen Angeboten.

Wir 2030

- › Das Verständnis von Familie hat sich verändert. Auch die Familie nach einem erweiterten Verständnis als Solidar- und Verantwortungsgemeinschaft ist rechtlich abgesichert.
- › Kinderreiche Familien erleben das gesellschaftliche und rechtliche Signal der Akzeptanz. Sie sind umfassend abgesichert.
- › In den Städten und auf dem Land gibt es bezahlbaren Wohnraum für Familien.
- › Beratungsleistungen werden von Familien selbstverständlich in Anspruch genommen; ein umfassendes und flexibles Netz an Beratungsangeboten für alle Lebenslagen ist verfügbar.
- › Es gibt flexible und professionelle Betreuungsangebote über den ganzen Tag hinweg.
- › Für alle Lebenslagen gibt es ausreichend, am individuellen Bedarf orientierte Arbeitsmodelle, um Beruf und Familie zu vereinbaren.
- › Schul- und Ausbildungskosten für alle Kinder werden übernommen.
- › Kita und Schule sind Einrichtungen der ganzheitlichen Bildung und Erziehung.
- › Bildung orientiert sich an individueller Förderung und wird modular.

Familie

Im Jahr 2030 gibt es eine Pluralität der Lebensformen, die gesellschaftlich akzeptiert ist. Dies wird rechtlich geschützt und unterstützt. Die politischen Rahmenbedingungen entsprechen den kulturell-normativen Vorstellungen der Bevölkerung. Väter engagieren sich mehr in der Familie, die Aufgabenverteilung in Partnerschaften ist egalitär. Beruf und Familie sind nach individuellen Bedarfen vereinbar.

Kodex 2030

Wohnen

Im Jahr 2030 wird sich der Bestand grundsätzlich nicht wesentlich ändern: 95 Prozent der gebauten Stadt wird auch 2030 bestehen. Wohnen bezieht sich jedoch nicht nur auf eine Wohnung, sondern hat im sozialen Kontext Nachbarschafts- und Quartiersbezug. Für alle Menschen muss es ein vielfältiges, qualitativ hochwertiges und bezahlbares Wohnungsangebot geben.

Wir 2030

- › Wohnen ist bezahlbar, vor allem in Städten und für Familien.
- › Bauen und Wohnen ist vielfältiger: Neue Formen des Wohnens und Zusammenlebens gibt es in ländlichen Regionen und in den Städten.
- › Wohnkonzepte beziehen das Umfeld und die Quartiersstruktur ein.
- › Der öffentliche Raum ist Kommunikationsraum.
- › Wohnen in ländlichen Regionen ist durch vernetzte Mobilität attraktiv.

Bildung

Bildung ist ein Menschenrecht, sie konstituiert das Subjekt und die Gesellschaft. Bildungsarbeit ist soziale Arbeit, sie zielt auf Bildungsgleichheit über die Schule, über digitale Medien und über die Familie. Im Jahr 2030 ist das Bildungssystem flexibel und durchlässig, bietet modularisierte und individuelle Lernkonzepte an. Es ermöglicht Teilhabe aller Generationen und lebenslanges Lernen. Bildungsinstitutionen sind vernetzt. Bildung ist Schnittstellenarbeit.

Wir 2030

- › Bildung fördert die Kreativität, den Unternehmergeist und die Resilienz der Menschen.
- › Das Bildungssystem ist flexibel und durchlässig, gewährleistet eine hohe Partizipation und einen niederschweligen Zugang zu lebenslangem Lernen.
- › Bildungsinstitutionen öffnen sich der Gemeinschaft, sie vernetzen sich großflächig. Sie sind integrativ und inklusiv und offene Lernorte für viele Akteure.
- › Bildung ist modular, an individuellen Lernkonzepten orientiert; die Schnittstellen unterschiedlicher Bildungswege sind in einem Gesamtsystem geregelt.
- › Schule ist ein Akteur im Quartier, sie öffnet sich zur Gesellschaft und zur Wirtschaft, zum Beispiel für Mentoring.
- › In einem gesamtgesellschaftlichen Ansatz vernetzen sich die am Bildungssystem Beteiligten: Unternehmen, Eltern, Kultur- und soziale Einrichtungen.

Kodex 2030

Kultur und Medien

Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik. Im Jahr 2030 sind die bestehenden Kultureinrichtungen gesichert, entwickeln sich weiter zu offenen Kommunikationsorten, als lebendige Treffpunkte und Erlebnisräume. Im ländlichen Raum entwickeln sich regionale Kulturprofile, die Akteure arbeiten vernetzt, koordiniert durch regionale Kulturbüros. Digitale und mediale Teilhabe sind wichtige Voraussetzungen für die Gesellschaft der Zukunft. Medienkompetenz ist Bestandteil jeder Ausbildung. Die Gesellschaft 2030 ist imstande, mit digitalen und analogen Herausforderungen verantwortungsvoll und reflektiert umzugehen.

Wir 2030

- › Es gibt mehr kulturelle Angebote, die Kinder und Jugendliche als das Publikum von morgen ansprechen.
- › Der Generationenwechsel in den Kultureinrichtungen ist durch neue Strukturen, Organisation und durch den Einsatz ehrenamtlich Aktiver aufgefangen.
- › Kultureinrichtungen sind Kommunikationsorte, die sich nutzerorientiert anpassen. Sie öffnen sich für die Gesellschaft und sind untereinander vernetzt.
- › Regionale Kulturprofile unterstützen die Schwerpunktsetzung in ländlichen Regionen. Kultur ist digital erreichbar.
- › Die Teilhabe aller an der medialen Nutzung ist gesichert. Digitale Fertigkeiten ergänzen analoge.

Politische Teilhabe und Partizipation

Politische Teilhabe ist das Lebenselixier der Demokratie, gleichberechtigte Teilhabe für alle muss möglich sein. Demokratie muss gelernt und gelebt werden, deshalb sind Demokratiepädagogik und politische Bildung wichtig. Demokratie ist als Gesellschafts- und Lebensform zu verstehen.

Wir 2030

- › Die gleichberechtigte Teilhabe aller ist selbstverständlich.
- › Digitale Möglichkeiten und soziale Medien schaffen mehr Teilhabe. Die Partizipationsmöglichkeiten, die die Digitalisierung bietet, werden genutzt.
- › Auf kommunaler Ebene gibt es neue Formen der Partizipation; Bürgerinnen und Bürger sind mehr in kommunale Entscheidungen eingebunden.
- › Orte der Bildung und Kultur sind Orte der Partizipation und der Begegnung.

Wir 2030

- › Es gibt einen weitgehenden Konsens über gemeinsame Wertvorstellungen, die Vielfalt ermöglichen.
- › Vielfalt ist sichtbar, Unterschiede und Anderssein sind in ihren jeweiligen Stärken akzeptiert, Defizitorientierung überwunden.
- › Selbsthilfeorganisationen und Selbstorganisation sind ermöglicht, Diversität in alle gesellschaftlichen Bereiche eingebunden.
- › Im ganzen Land gibt es Häuser der Vielfalt, die der Selbstorganisation und Vernetzung dienen. Diskriminierung aufgrund von Algorithmen wird vorgebeugt und erkannt.

Vielfalt

Eine auf gesellschaftlichen Fortschritt zielende Gesellschaft braucht Vielfalt als treibende Kraftquelle. Vielfalt setzt Akzeptanz voraus – das Interesse am Gegenüber und den Mut, Dinge miteinander auszuhandeln. Die Sprache muss sensibel und diskriminierungsfrei sein.

Kodex 2030

Gesundheit und Pflege

Im Jahr 2030 werden erheblich mehr Pflegekräfte gebraucht, da die Zahl der Pflegebedürftigen steigt. Die Pflegeberufe benötigen dafür mehr Attraktivität, ihre Fachkompetenz wird weiter ausgebaut und der Begriff der Fachkraft ist klarer definiert. Die Übergänge zwischen den verschiedenen Institutionen im Gesundheitswesen sind offen gestaltet und Kooperationen im Gesundheitswesen werden gefördert.

Wir 2030

- › Gesundheits- und Pflegeberufe haben gesellschaftliche Anerkennung und sind finanziell attraktiv.
- › Krankheit und Pflegebedürftigkeit gehören in die Mitte der Gesellschaft.
- › Jeder Mensch hat Anspruch auf eine Aufgabe – bis ins hohe Alter.
- › Gesundheitsversorgung wird von der Patientin und vom Patienten her gedacht.
- › Sektorübergreifende, interdisziplinäre und interprofessionelle Zusammenarbeit sichert eine ganzheitliche Versorgung.

Auskommen

Im Jahr 2030 wird das zentrale Kriterium der Gerechtigkeit moderner Industriegesellschaften, die berufliche Leistung, schwieriger anzuwenden sein: Mit Blick auf die Digitalisierung ist individuelle Leistung kaum zu definieren und zu messen. Die Zielvorstellung eines sicheren Arbeitsplatzes bleibt bestehen. Im Zuge der Digitalisierung wird der Arbeitsmarkt an den Menschen angepasst, nicht umgekehrt.

Wir 2030

- › Es gibt für jeden Menschen eine Aufgabe.
- › Arbeit passt sich an den Menschen an.
- › Soziale Berufe erfahren mehr Wertschätzung, gesellschaftlich und finanziell.
- › Klassische Geschlechterzuschreibungen bei bestimmten Berufen gibt es nicht mehr.
- › Familienförderung ist angepasst an die Lebenswirklichkeit der Familie.
- › Lebenslanges Lernen und Weiterbildung sind selbstverständlich.

Neue Orte, neue Rollen, neue Inhalte

Die Gesellschaft 2030 – sie wird nicht nur von Veränderungen im Zusammenleben geprägt sein. Wo sich die Gesellschaft trifft, welche integrierenden und verbindenden Orte es 2030 geben sollte, ergibt sich ebenfalls aus den im Projekt „Gesellschaft 2030“ entwickelten Zukunftsbildern: Es gibt neue Orte, neue Rollen für vertraute Orte und neue Partner für neue Inhalte. So ergeben sich für Zukunftsplaner neue Optionen, Gebäude und öffentliche Räume mit dem Blick auf die Verbindung bisher voneinander getrennter Inhalte zu schaffen.

Eines der zentralen Zukunftsbilder, die Verbindung der Generationen, mündet in das Zukunftsbild, neue Orte für Begegnungen zu schaffen. Orte und Organisationen, die den Austausch der der Generationen ermöglichen, sollen besonders gefördert werden. Wohnkonzepte werden auf intergenerationellen Austausch, auf gemeinsame Finanzierung und für alle nutzbaren öffentlichen Raum ausgerichtet sein. Beratungszentren, an die sich beispielsweise Familien in allen Lebensfragen selbstverständlich wenden können, sollen flächendeckend erreichbar sein.

Orte der Bildung und Kultur werden als Orte zum Leben und der Begegnung ausgestaltet – zum so genannten Dritten Ort, an dem man neben dem Arbeitsplatz und dem Zuhause verweilen kann.

Grundsätzlich sind öffentliche Orte zugleich Orte der Demokratie, in denen Teilhabe, Meinungsbildung und öffentlicher Diskurs gepflegt wird. Die Schulen bringen sich in die Kommunen, Stadtteile und Quartiere ein, umgekehrt vernetzen sich Wirtschaft und gesellschaftliche Institutionen mit Bildungseinrichtungen. Bibliotheken, Museen und kulturelle Einrichtungen sind Teil von Bildungsnetzwerken und richten sich an alle Generationen. Regionale Gesundheitszentren stärken die Gesundheitsversorgung vor Ort. „Häuser der Vielfalt“ schaffen in Selbstorganisation geführt landesweit Angebote, um Vielfalt zu leben und zu stärken. Unternehmen öffnen sich für gesellschaftliche Aktivitäten wie das Ehrenamt.

Diese neuen Orte, neuen Inhalte, neuen Rollen stehen für einen Gesellschaftsentwurf, der einzelne gesellschaftliche Gruppen, unterschiedliche Generationen und Interessen zusammenführt und sie befähigt, gemeinsam Gesellschaft zu gestalten. Die ZIRP wird diese Zukunftsbilder, die neue Zusammenhänge im sozialen Kontext, im Bildungssystem, im Gesundheitssystem, bei Wohnkonzepten und im intergenerationellen Austausch entwerfen und Unternehmen noch stärker gesellschaftlich verankern unter der Überschrift „Raus aus dem Silo – rein in das System“ aufgreifen und differenzieren.

Die Zukunftsmap „WIR 2030“

Mit der Zukunftsmap „WIR 2030“ bietet die ZIRP eine interaktive Webseite an, die die Zukunftsbilder visualisiert und einzelne Ziele und Maßnahmen szenisch aufgreift.

Auf neun Stationen sind Projektergebnisse in den Themen Familie, Generationen, Vielfalt, Gesundheit und Pflege, Wohnen, Auskommen, Politische Teilhabe und Partizipation, Bildung und Medien sowie Kultur zu entdecken. Zudem besteht die Möglichkeit, Feedback auf die Projektergebnisse zu geben.

In den Schwerpunktkapiteln ab Seite 40 dieser Publikation finden Sie illustrative Ausschnitte der Webanwendung. Sie ist in Kooperation mit dem Trierer Startup Skilltree GmbH entwickelt worden.

Die Zukunftsmap können Sie unter www.wir2030.de aufrufen. Wir freuen uns auf Ihren Besuch und Ihre Rückmeldung!



Startbild der Zukunftsmap „WIR 2030“

Wichtig für 2030 ist ...

Wir haben die am Projekt beteiligten Expertinnen und Experten gebeten, in Text und Bild auszudrücken, welche Themen ihnen für 2030 wichtig sind.

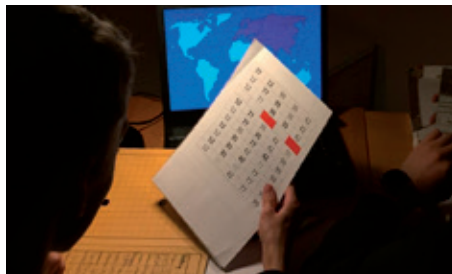
... dass Demokratie schon ganz früh beginnen, gelernt und gelebt werden kann.

Hans Berkessel
Landesverband RLP der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik e.V.



... Codes zu verstehen oder auch zu knacken (CODE BREAKERS).

Katja Friedrich
ehem. medien+bildung.com gGmbH



... eine digitale Gesellschaft, die menschlich bleibt und allen zugänglich und verständlich ist. Digitalisierung soll den Menschen in seiner Bedürftigkeit, Verletzlichkeit und Individualität würdigen und unterstützen.

Anke Marzi
DRK-Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

... die Vernetzung der Projekte. Sie ist Treibstoff für die Entwicklung zukunftsfähiger Wohnformen.

Regina Zienczyk
WohnWege – Zukunftsorientiertes Leben in Gemeinschaft in Bad Dürkheim e.V.



... die Positionierung auf internationalen Märkten.

Dr. Hans-Günther Clev
ZukunftsRegion Westpfalz e.V.



... Kinder in der Entwicklung ihres kreativen Potenzials zu stärken, um sie in die Lage zu versetzen, die sie umgebende Welt aktiv mitzugestalten.

Tanja Weißmann
Stadtbibliothek Ludwigshafen

... ein offenes und tolerantes Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft.

Dirk Herrmann
Arbeitsgemeinschaft der Caritasverbände



... dass die CityBahn die Metropolregion Mainz-Wiesbaden mit attraktivem Takt und attraktiven Fahrzeugen verbindet.

Eva Kreienkamp
MVG - Mainzer Verkehrsgesellschaft

... dass die Menschen in Rheinland-Pfalz bedarfsgerechten und bezahlbaren Wohnraum finden.

Susanne Hannes
Ministerium der Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz

... dass die Arbeitsplätze in der digitalisierten Arbeitswelt soziale Absicherung und gerechte Einkommen sichern.

Brigitte Juchems
Friedrich-Ebert-Stiftung

... die Ausbildungsmodelle für die zukünftigen Arbeitnehmer:Innen an neue Arbeitswelten optimal anzupassen.

Prof. Hans-Christoph Reiss
Duale Hochschule Rheinland-Pfalz

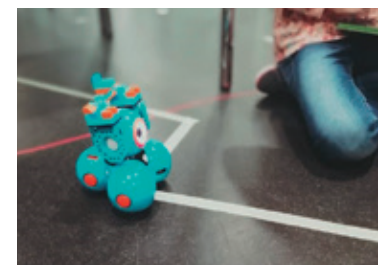


... dass Wirtschaft und Politik im Dialog gemeinsam dem Fachkräftemangel begegnen.

Andreas Resch
Industrie- und Handelskammer für Rheinhessen

... dass Zusammenhalt, Akzeptanz, Vielfalt und ein Gemeinschaftsgefühl die Gesellschaft prägen.

Birger Hartnuß
Staatskanzlei des Landes Rheinland-Pfalz



... den Umgang mit künstlicher Intelligenz in die Kompetenzentwicklung einzubeziehen.

Tanja Weißmann
Stadtbibliothek Ludwigshafen

... dass die Begeisterung für Kultur anhält und unterschiedlichste Menschen zusammenbringt, damit u. a. der demokratiefördernde Diskurs über gesellschaftsrelevante Themen vorangetrieben wird.

Dr. Denis Alt
Staatssekretär
Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz



... ein wirksamer Jugendmedienschutz.

Katja Friedrich
ehem. medien+bildung.com gGmbH

... dass wir emissionsfreien ÖPNV im urbanen und ländlichen Raum den absoluten Vorrang geben.

Eva Kreienkamp
MVG – Mainzer Stadtwerke



... den ländlichen Raum mit all seinen Potenzialen zu entwickeln.

Achim Kistner
Regionalrat Wirtschaft Rhein Hunsrück e.V.

... dass Vätern mehr Verantwortung für ihre Kinder zugetraut wird.

Dr. Detlev Lück
Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

... bezahlbares Wohnen für alle.

Dr. Stephan Kerbeck
Stadtverwaltung Mainz

Wichtig für 2030 ist ...

... dass jede und jeder Einzelne Mitverantwortung für die Gesellschaft übernimmt.

Birger Hartnuß
Staatskanzlei
des Landes
Rheinland-Pfalz



... Kunst und Kultur auf Straßen und Plätzen in der Stadt.

Margret Staal
Kulturbüro
Rheinland-Pfalz

... dass möglichst viele Menschen weltweit mitwirken, ein friedliches tolerantes Zusammenleben in allen Kulturen zu ermöglichen.

Egon Heberger
Heberger GmbH

... dass gemeinsame kreative Prozesse das soziale Miteinander stärken und so das Projektprofil geschärft wird.

Regina Zienczyk
WohnWege – Zukunftsorientiertes Leben in Gemeinschaft in Bad Dürkheim e.V.



... immer in Bewegung zu bleiben!

Roland Engehausen
IKK Südwest



... auch auf die Jugend zu hören.

Achim Kistner
Regionalrat Wirtschaft Rhein-Hunsrück e.V.



... Gemeinschaft.

Michael Bergweiler
Special Olympics Rheinland-Pfalz e.V.

... dass Menschen mit Schwerstmehrfachbehinderung neue Teilhabewege eröffnet werden und sie beispielsweise auch Bildung erfahren können.

Michael Huber
in.betrieb gGmbH



... Tarifbindung, Mitbestimmung und eine freie und offene Gesellschaft.

Roland Strasser
IG Bergbau, Chemie, Energie
Rheinland-Pfalz/Saarland



... die Offenheit der Gesellschaft gegenüber Vielfalt immer wieder zu hinterfragen und zu prüfen. Akzeptanz muss stets sichtbar erkämpft werden.

Joachim Schulte
QueerNet Rheinland-Pfalz e.V.



... die Kinderarmut zu beenden!

Gisela Bill
Landesfrauenbeirat
Rheinland-Pfalz

... dass wir die Digitalisierung als Kultur- und Bildungsinstitution kreativ und effizient zu nutzen wissen mit dem Ziel künstlerische Inhalte leichter für alle Menschen zugänglich zu machen.

Dr. Oliver Kornhoff
Arp Museums Bahnhof Rolands-
eck und Künstlerhaus Schloss
Balmoral



... dass die Universitätsmedizin für die zukünftigen Bedürfnisse der Menschen in den Bereichen Krankenversorgung, Forschung und Lehre vorbereitet ist und Patientinnen und Patienten weiterhin die herausragende Qualität in breitem Umfang anbietet.

Dr. Denis Alt
Staatssekretär, Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur
des Landes Rheinland-Pfalz

... dass eine lebendige Demokratie auch weiterhin auf das persönliche und ehrenamtliche Engagement jedes Einzelnen angewiesen ist.

Hans Berkessel
Landesverband RLP
der Deutschen Gesellschaft für
Demokratie-
pädagogik e.V.

... eine offene Gesellschaft, an der alle Menschen gleichermaßen teilhaben und in der sie sich nach ihren Möglichkeiten frei entfalten können, unabhängig von Herkunft, Orientierung und Geschlecht.

Anke Marzi
DRK-Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.



... Menschen einen gesundheitsförderlichen Lebensstil zu ermöglichen und sie zu mehr Bewegung zu motivieren.

Dr. Matthias Krell
Landeszentrale für Gesundheitsförderung
in Rheinland-Pfalz e.V.

... im Scheitern und in Konflikten das kreative Potential für Weiterentwicklung von individuellen und kollektiven Beziehungen zu entdecken und zu nutzen.

Elisabeth Vanderheiden
Katholische Erwachsenenbildung
Rheinland-Pfalz

Wichtig für 2030 ist ...

... ein Europa, das mehr ist als ein gemeinsamer Wirtschaftsraum: Ein soziales Europa – mit verbindlichen sozialpolitischen Vorgaben, die Armut, Ausgrenzung und Diskriminierung verhindern.

Albrecht Bähr
Diakonisches Werk der Evangelische Kirche der Pfalz



... für unsere Kinder vorauszudenken.

Prof. Dr. Dieter Sadowski
Lokale Agenda 21 Trier e.V.



... die Kombination von akademisch hochrangiger und zugleich berufspraktischer Qualifizierung sowie die Ausbildungsmodelle für die zukünftigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an neue Arbeitswelten optimal anzupassen.

Hans-Christoph Reiss
Duale Hochschule Rheinland-Pfalz

... dass noch viele weitere Unternehmen und Kommunen in Rheinland-Pfalz sich gesellschaftlich engagieren und für das Thema Demokratie Flagge zeigen.

Hans Berkessel
Landesverband Rheinland-Pfalz der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik e.V.

... Orte zur Verfügung zu stellen, die menschliche und digitale Vernetzung ermöglichen.

Tanja Weißmann
Stadtbibliothek Ludwigshafen



... dass es einen Ort für die in Zukunft wachsende Zahl an Seniorinnen und Senioren mit Beeinträchtigungen gibt, in dem sie auch nach der Rente ihre sozialen Kontakte pflegen können und ihren besonderen Bedürfnissen entsprechend weiter gefördert werden.

Michael Huber
in.betrieb gGmbH



... Pflegekräfte für den Umgang mit Vielfalt zu sensibilisieren.

Dr. Matthias Krell
Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e.V.

... aktives statt reaktives Handeln.

Ricardo de Oliveira
Bundesagentur für Arbeit

... dass Inklusion kein Thema mehr für Expertenrunden ist, sondern gelebter Alltag. Grundlage dafür ist eine Gesetzgebung, die keine neuen Barrieren für ein gemeinsames Miteinander schafft.

Albrecht Bähr
Diakonisches Werk der Evangelische Kirche der Pfalz



... dass wir Zuwanderer dazu befähigen, sich erfolgreich in den Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft zu integrieren.

Andreas Resch
Industrie- und Handelskammer für Rheinhessen

... dass die Menschen in Rheinland-Pfalz in einer offenen, vielfältigen Gesellschaft leben können und Europa als Chance begreifen.

Brigitte Juchems
Friedrich-Ebert-Stiftung

... ein flächen-deckendes Ganztagsangebot an qualifizierten Kitas und Schulen.

Gisela Bill
Landesfrauenbeirat Rheinland-Pfalz



... den Zusammenhalt der Generationen zu stärken und der Vereinsamung entgegenzuwirken.

Dr. Matthias Krell
Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e.V.



... dass Menschen mit Behinderungen das Recht auf Bildung und Weiterqualifizierung durch passende Angebote und, bei Interesse, der Sprung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt ermöglicht wird.

Michael Huber
in.betrieb gGmbH

... dass Müttern mehr Verantwortung im Beruf zugetraut wird.

Dr. Detlef Lück
Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

... mit Afrika gemeinsam nach Lösungen zu suchen.

Prof. Dr. Dieter Sadowski
Lokale Agenda 21 Trier e.V.


... dass Innovationen zum Wohle der Menschheit dienen.

Viktor Wilpert Piel & Karin von der Groeben
Ehemals Initiative Mainzer Medienwirtschaft



... digitale Chancen zu nutzen, um mehr Zeit für das persönliche Gespräch zu haben.

Roland Engehausen
IKK Südwest



Zukunftsbilder 2030 – Die neun Schwerpunktthemen des Projekts

Generationen

Familie

Wohnen

Bildung

Kultur und Medien

Politische Teilhabe und
Partizipation

Gesundheit und Pflege

Auskommen

Vielfalt

Generationen

- 42 Zukunftsbilder 2030
- 45 Freude an Verschiedenheit
Elisabeth Vanderheiden
- 46 Wir 2030 auf einen Blick – Generationen

Das sagen die Expertinnen und Experten

Der Sozialstaat beeinflusst den Austausch zwischen Generationen: Aufgaben, die der Staat nicht übernimmt, wie die Pflege von Angehörigen, werden innerhalb der Familien übernommen. Dafür erfüllt der Staat wiederum andere Aufgaben, wie die Zahlung von Rentenanträgen. Die Generationen ziehen sich nicht zurück, sondern bringen sich in anderen Bereichen ein.

Finanzielle Transfers fließen fast ausschließlich von Eltern an Kinder. Zeitliche Transfers wie Pflege fließen meist von Kindern an Eltern. Die Entfernung der Wohnorte wird immer größer, die Kontakthäufigkeit nimmt jedoch dabei nicht ab.

Heute gibt es innerhalb der Generationen eine starke geschlechtsspezifische Aufteilung: Männer übernehmen häufig instrumentelle Hilfe, Frauen sind mehrheitlich für Kontakt, Pflege und Hilfsdienste verantwortlich.

Ein Nachlassen der Generationensolidarität ist nicht festzustellen. Im Jahr 2030 können jedoch Herausforderungen hinzukommen oder stärker werden, die Einfluss auf die Solidarität zwischen Generationen haben, wie die höhere Erwerbstätigkeit, die zu Engpässen bei häuslicher Pflege führen kann; oder Kinderlosigkeit, die eine Betreuung in der Familie unmöglich macht; oder höhere Bildung der Kinder, die zu größerer Mobilität und Entfernung führt.

Zukunftsbilder 2030

Politische Beteiligung aller Generationen

Der demografische Wandel führt derzeit zu einer Überrepräsentation der älteren Generation. Auf die besonderen Bedürfnisse aller Generationen muss daher besonders eingegangen werden.

Das Wahlalter ist auf 16 Jahre gesenkt, um die Interessen der jungen Menschen in einer älter werdenden Gesellschaft angemessen zu repräsentieren. Die Beteiligungsmöglichkeiten aller Generationen sind ausgebaut, die Bürgerinnen und Bürger sind ausreichend darüber informiert und werden zur Mitgestaltung ermuntert. Verwaltungsdienstleistungen werden von älteren und jüngeren Menschen besser verstanden und genutzt; dafür wurden bürokratische Hürden abgebaut.

Wertschätzung zwischen den Generationen

Der Erfahrungs- und Wissensaustausch zwischen Generationen wird heute durch die Möglichkeiten der Digitalisierung zunehmend ersetzbar. Vor diesem Hintergrund droht älteren Menschen die Isolation.

Vereine, die Generationen verbinden, werden gestärkt.

Für die Bereitschaft, eine verantwortungsvolle ehrenamtliche Aufgabe zu übernehmen, werden neue Anreize geschaffen.

Orte und Möglichkeiten des Zusammentreffens von Generationen entstehen. Ein Ziel sollte sein für jeden Stadtteil und Ort ein Mehrgenerationenhaus zu schaffen.

Möglichkeiten, zwischen Generationen Wissen und Erfahrungen auszutauschen, werden ausgebaut. Das Wissen älterer Menschen kann zum Beispiel zur fachlichen Beratung von Entscheidern genutzt werden, wie es der „Senior Expert Service“ bereits heute macht.

Der Zugang zu lebenslanger Bildung wird ausgebaut und erleichtert, auch für nicht mobile Menschen. Ältere Menschen sind motiviert, auch digitale Bildungsangebote zu nutzen.

Bedeutung des Ehrenamts

Räume und die Möglichkeiten zum ehrenamtlichen Engagement werden geschaffen – auch von Arbeitgebern. Freiwilligen-Engagement wird gefördert, beispielsweise durch steuerliche Entlastung oder sonstige Vergünstigungen.

Um für das Ehrenamt noch mehr Aufmerksamkeit zu schaffen, gibt es Role-Models aus Politik und Wirtschaft, die als Vorbilder der Gesellschaft ehrenamtliches Engagement vorleben. Um ein Ehrenamt ausüben zu können, brauchen Menschen Zeit; daher muss eine gute Work-Life-Balance dies ermöglichen.



Themenbild Generationen aus der Zukunftsmap „WIR 2030“

Infrastruktur im ländlichen Raum

Alle Menschen können so leben, dass sie die Vorteile des städtischen Lebens mit den Vorteilen des Dorflebens verbinden können.

Um die Mobilität im ländlichen Raum zu erhalten, wird der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) flexibel und barrierefrei ausgebaut. Unterschiedliche Anbieter werden dabei vernetzt.

Eine gute und schnelle Internetversorgung ist als Voraussetzung für die Nutzung digitaler Dienste wie Telemedizin und Smart-Home-Vernetzung flächendeckend verfügbar.

Die Nahversorgung im ländlichen Raum ist gestärkt; besondere Anreize erleichtern es Unternehmen, sich im ländlichen Raum anzusiedeln.

Öffentliche Plätze und Treffpunkte bleiben als Orte der Begegnung erhalten und mit niedrigschwelligen Angeboten aktiv gestaltet, so dass sich hier mehrere Generationen treffen können.

Das wird 2030 anders sein

- In der überwiegend älteren Gesellschaft werden die Anliegen aller Generationen berücksichtigt.
- Orte, Organisationen und Institutionen, die den Austausch zwischen den Generationen ermöglichen, werden besonders gefördert.
- Das Ehrenamt gewinnt weiter an Bedeutung; dafür steht den Engagierten Unterstützung und Zeit zur Verfügung.
- Die Infrastruktur ermöglicht, dass ländliche Regionen alle Vorteile vom städtischen Leben haben.
- Von der Digitalisierung in der Gesundheitsversorgung profitieren alle Generationen.

Digitale Gesundheitsversorgung

Digitale Systeme in der Pflege und Versorgung von älteren Menschen sind ausgebaut und werden genutzt. Dafür muss, mit entsprechenden Bildungsangeboten, gerade bei älteren Menschen Akzeptanz für digitale Angebote der Gesundheitsversorgung geweckt werden.

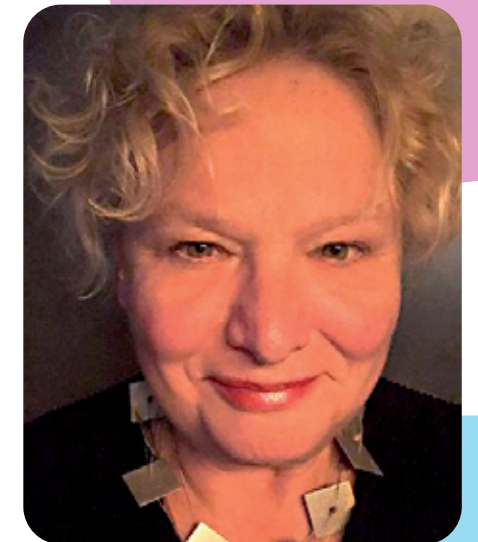
Menschen mit Migrationshintergrund, deren Kinder sich möglicherweise nicht um die Pflege kümmern können, bekommen besondere Unterstützung, die kulturelle und sprachliche Barrieren berücksichtigt. Soziale Berufe erfahren eine gesellschaftliche Aufwertung. Dies ist auch eine Chance, dem Fachkräftemangel zu begegnen.

Freude an Verschiedenheit

» Es wird entscheidend sein, dass es gelingt, dass wir miteinander intergenerativ in einem zukunftsorientierten Dialog und in offener solidarischer Interaktion verbunden sind. Unsere Beziehungen sollten auf gegenseitiger Wertschätzung und Freude an unseren Verschiedenheiten beruhen und vom Ringen um gute Lösungen für alle getragen sein. Dazu sollte es stärker partizipative, transparente Verfahren zur Festlegung von (politischen) Rahmenbedingungen und Aushandlung von sozialen Konsensen sowie der Verteilung von Ressourcen geben. Wertschätzende und ressourcenorientierte anstatt defizitorientierter Sichtweisen eröffnen neue Perspektiven und Handlungsoptionen. Politikerinnen und Politiker sollten Transparenz, Partizipation und Orientierung am Gemeinwohl in ihren Entscheidungs- und Entschließungsverfahren gewährleisten, Behörden sollten hohe Kunden- und Servicequalität sicherstellen, Bürokratie reduzieren, Entscheidungen nachvollziehbarer machen, Kommunikation für Bürgerinnen und Bürger versteh- und leistbarer gestalten und Zugänge niederschwelliger ausrichten. Zugleich sollten Bürgerinnen und Bürger, Politikerinnen und Politiker, Nichtregierungsorganisationen und Verwaltungen gemeinsam nach Wegen suchen, Demokratie weiterzuentwickeln, z. B. neue – generationsübergreifende –, auch digital gestützte Formen politischer Beteiligung, etwa als Formen von *liquid democracy*, erproben. «

Elisabeth Vanderheiden

Geschäftsführerin
Katholische Erwachsenenbildung
Rheinland-Pfalz
Landesarbeitsgemeinschaft e. V.



WIR 2030 auf einen Blick



Familie

- 50 Zukunftsbilder 2030
- 54 Familie braucht Flexibilität
Dr. Detlev Lück
- 56 Wir 2030 auf einen Blick – Familie

Das sagen die Expertinnen und Experten

Private Lebensformen entwickeln sich hin zu mehr Vielfalt, die auch Ausdruck einer zeitlichen Verschiebung im Lebenslauf ist: Ehen werden in höherem Alter geschlossen, davor treten andere Lebensphasen, ebenso danach infolge von Trennung und Scheidung.

Die Vielfalt der Lebensformen nimmt in der statistischen Verteilung und auch in der gesellschaftlichen Akzeptanz zu. Innerhalb von Partnerschaft und Familie wird mehr Individualität gelebt, etwa in der Freizeitgestaltung und in der Kontoführung.

Die politisch gestalteten, institutionell-strukturellen Rahmenbedingungen entwickeln sich deutlich langsamer als die kulturell-normativen Vorstellungen in der Bevölkerung. Aus der Politik kann daher bis 2030 auch ein vergleichsweise starker Impuls kommen, um Widersprüche zu subjektiven Lebensentwürfen abzubauen. Am ehesten wird sich die Vaterrolle bis 2030 wandeln, denn hier sind die Diskrepanzen zwischen Einstellungen und Verhalten besonders groß. Die Aufgabenteilung zwischen Frau und Mann in Partnerschaften kann noch deutlich egalitärer werden, wenn in noch größerer Zahl vollzeitnahe Stellen geschaffen werden.

Zukunftsbilder 2030

Der erweiterte Familienbegriff

Heute erleben wir, dass sich der Begriff und das Verständnis von Familie ändern. Das wird weiter so sein. Auch die Familie nach einem erweiterten Verständnis braucht rechtliche Absicherung – mit allen Rechten und Pflichten. Die Familie in ihrem neuen Verständnis entwickelt sich als Solidargemeinschaft, die Familienfunktionen im traditionellen Sinn übernehmen kann: in der Pflege, in der Betreuung.

Unterstützung und Akzeptanz kinderreicher Familien

Die Akzeptanz kinderreicher Familien ist gestärkt. Angebote für Familien wie Gutscheine oder vergünstigte Museumsbesuche sollten daher nicht auf eine feste Kinderzahl begrenzt werden. Auf kinderunfreundliche Regelungen und Beschilderung sollte generell verzichtet werden, z. B. zeitliche Beschränkungen für das Betreten von Spielplätzen.

Kinderreiche Familien sollten vermehrt in der öffentlichen Kommunikation vorkommen. Beispielsweise könnten auf den Plakaten an den Autobahnen und Bundesstraßen der Landesgrenze auch Mehrkindfamilien oder gleichgeschlechtliche Paare winken.

Betreuungs- und Beratungsangebote

Beratungsbedarf in Familien sollte nicht als aus Defiziten entstanden gelten, sondern selbstverständliche Akzeptanz haben und ebenso selbstverständlich in Anspruch genommen werden. Es gibt einen Rechtsanspruch auf Beratung. Ein umfassendes sowie flexibles Netz an Beratungsangeboten für alle Lebenslagen ist bedarfsgerecht verfügbar und bietet zudem umfassende Unterstützungsmöglichkeiten für Großeltern.

In einem Informationspool werden die Beratungs- und Informationsangebote gebündelt und allgemein zugänglich gemacht.

Flexible Möglichkeiten zur Betreuung und Pflege

Das Betreuungsangebot ist ausgebaut, zum Beispiel durch erweiterte Öffnungszeiten in den Morgen- und Abendstunden in Kita und Schule. Eine flächendeckende Ferienbetreuung für Schulkinder über die gesamten Ferien hinweg ist möglich. Es gibt flexible Regelungen für Pflegezeiten und ein finanzieller Ausgleich für Erziehungs- und Pflegezeiten mit der Anrechnung bei der Rente. Der steigenden Nachfrage nach Betreuungsmöglichkeiten von älteren Menschen steht ein ausreichendes Angebot gegenüber, etwa in der Tagespflege. Zur Betreuung kranker Kinder berufstätiger Eltern gibt es ein flächendeckendes, professionelles Tagesbetreuungsangebot.

Familienfreundlicher Wohnraum

Für Familien ist in der Stadt und auf dem Land bezahlbarer Wohnraum vorhanden.

Wohnen auf dem Land ist für Familien genauso attraktiv wie in der Stadt.



Themenbild Familie aus der Zukunftsmap „WIR 2030“

Dabei hat der ÖPNV eine große Bedeutung mit dem Ausbau des Verkehrsnetzes, mit familienfreundlichen Tarifen und der kostenfreien Beförderung von Kindern bis 14 Jahren.

Das Angebot von bezahlbarem, familienfreundlichem Wohnungsbau wird ausgebaut und bezuschusst. Besonders das Mehrgenerationenhaus wird gefördert. Menschen, die ihre Nachbarn betreuen oder pflegen, sollen besonders unterstützt werden.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Es gibt für fast alle Lebenslagen ausreichend flexible Arbeitsmodelle, um Beruf und Familie zu vereinbaren. Dazu werden mehr Home-Office-Möglichkeiten und flexible Arbeitszeiten geschaffen. Teilzeitarbeitsplätze sind aufgewertet und erfahren einen Imagewandel, nach einer Reduzierung der Arbeitszeit ist eine Aufstockung möglich. Auch für Führungspositionen in Teilzeit gibt es attraktive Angebote. Alle Unternehmen bieten auf jeden Einzelfall abgestimmt und innerhalb definierter Grenzen flexible Lösungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an.

Gesichertes Auskommen von Familien – kein Kind in Armut

Ein gesichertes Einkommen ist eine Voraussetzung, sich für eine Familie zu entscheiden. Dabei muss auch die erweiterte Familie berücksichtigt werden – beispielsweise mit Ermäßigungen oder steuerlichen Begünstigungen.

Die Schul- und Ausbildungskosten sind für alle gesichert, um Chancengleichheit zu wahren. Für Teilzeitbeschäftigung gibt es einen Ausgleich in Bezug auf die Rente. Familiensplitting statt Ehegattensplitting entspricht mehr der gesellschaftlichen Realität und verschafft insbesondere im Sinne eines erweiterten Familienbegriffs steuerliche Erleichterungen.

Kita und Schule gemeinsam für ganzheitliche Bildung

Die Bildung beginnt im frühkindlichen Alter und ist auch Vermittlungsinstanz für soziale Kompetenzen und Integration. In den Kitas wird auf Basis eines offiziellen Auftrags und einheitlicher Regelung frühkindliche Bildung vermittelt. Die Schulsozialarbeit wird ausgebaut, Kitas und Schulen werden im Psychologischen Dienst und in der Sozialarbeit gestärkt. Schulen werden von einem Leitungsteam geführt, in dem pädagogische, fachliche und organisatorische Aufgaben aufgeteilt sind. Lehrerinnen und Erzieher übernehmen auch Erziehungsaufgaben in der Ganztagschule und bei erweiterten Öffnungszeiten von Kitas. Dafür müssen sie besonders qualifiziert werden.

Flexible und ganzheitliche Schule

Bildungslaufbahn und -erfolg sind unabhängig von Herkunft und sozialem Status. Die Qualität der Bildung wird durch externe Kontrollen gewährleistet. Im Fokus steht weniger der Ausgleich von Defiziten als vielmehr die individuelle Förderung.

Der Unterricht wird aus frei wählbaren Modulen aufgebaut, die Schule passt sich somit an jedes Kind an.

Kinder, die eine Ganztagschule besuchen, sind am Ende des Schultags mit der Schule fertig. Das bedeutet: keine Hausaufgaben mehr, sondern Trennung von Schule und Privatem. Die Zusammenarbeit von Schulen und Vereinen wird ausgebaut, da diese durch die flächendeckende Einführung von Ganztagschulen in ihrem Bestehen gefährdet sein könnten.

Schule wird flexibler, ganzheitlicher und individueller.

Das wird 2030 anders sein

- Das Verständnis von dem, was Familie bedeutet und wie diese erweiterte Familie rechtlich abgesichert ist, hat sich weiter verändert. Kinderreiche Familien sind umfassend abgesichert.
- In der Stadt und auf dem Land gibt es bezahlbaren Wohnraum für Familien. Beratungsangebote für Familien werden ganz selbstverständlich genutzt. Es gibt flexible, professionelle Betreuungsangebote über den ganzen Tag hinweg. Für alle Formen von Arbeit gibt es flexible Angebote.
- Schul- und Ausbildungskosten für alle Kinder werden übernommen. Kita und Schule sind Einrichtungen der ganzheitlichen Bildung und Erziehung. Bildung orientiert sich an individueller Förderung und wird modular.



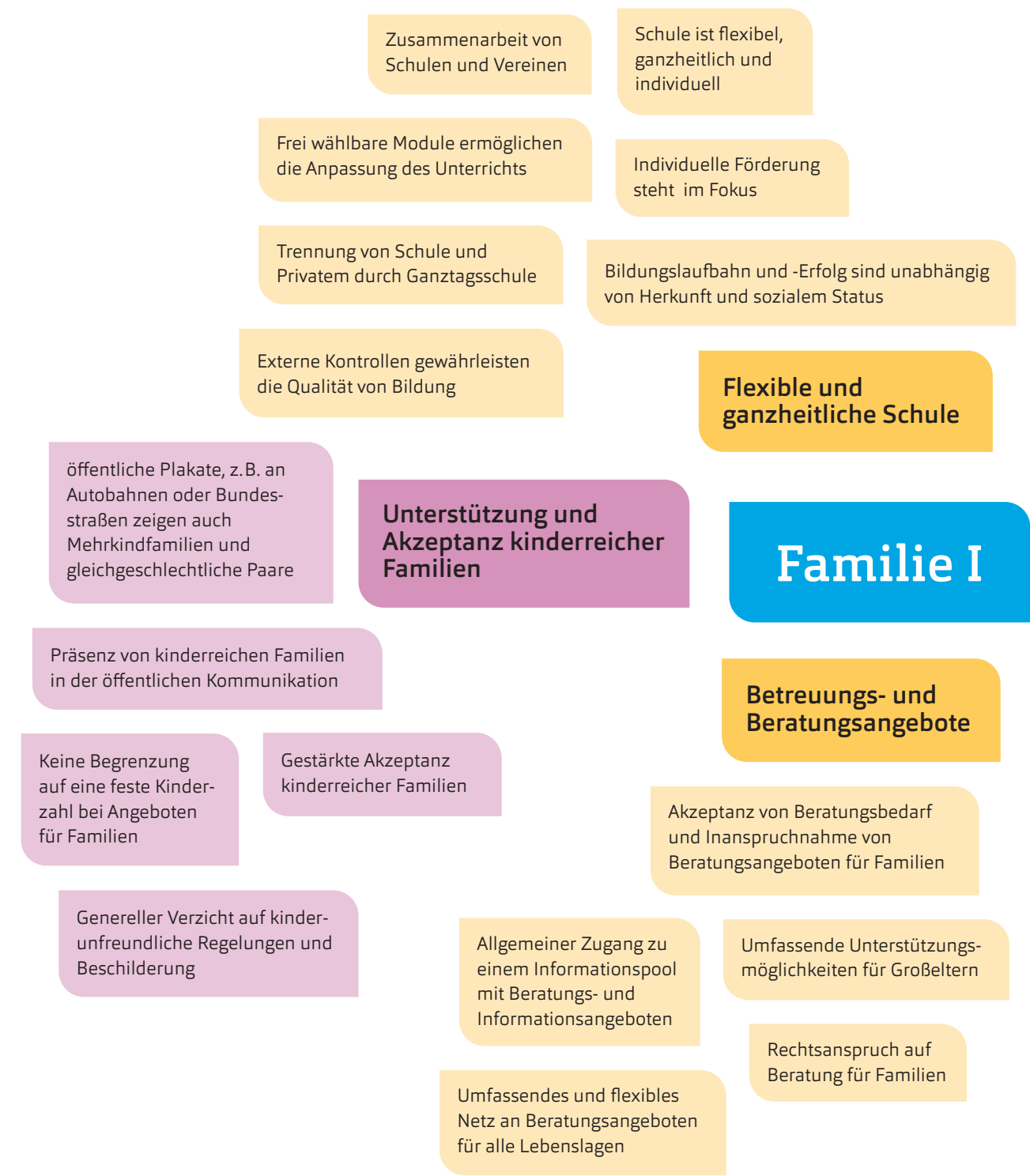
Familie braucht Flexibilität

» Aktuell befinden wir uns in einer Übergangsphase zwischen verschiedenen Ideen von Familie: Hier die „klassische“ Kernfamilie, die ihre Kinder zuhause betreut. Dort die gleichberechtigte Partnerschaft von Frau und Mann, die sich Haus- und Erwerbsarbeit teilen. Dazwischen offene Fragen, wie das zusammen gehen soll. Vor allem die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Hausarbeit ist weiterhin eine Herausforderung, an der Paare im Alltag scheitern. Über den begonnenen Ausbau an Kita-Plätzen hinaus muss es bis 2030 darum gehen, Eltern zeitlich und örtlich sehr viel flexiblere Unterstützungsangebote zu machen. Betreuungsschlüssel und Qualifikation des Personals müssen so sein, dass Kinder in der Kita im Grunde besser aufgehoben sind als zuhause. Auch die gesellschaftliche Akzeptanz muss noch wachsen: dafür, dass Eltern die Angebote in größerem Umfang in Anspruch nehmen. Dafür, dass Mütter Karriere machen. Dafür, dass Väter Karrierepausen machen und Verantwortung für ihre Kinder übernehmen. «

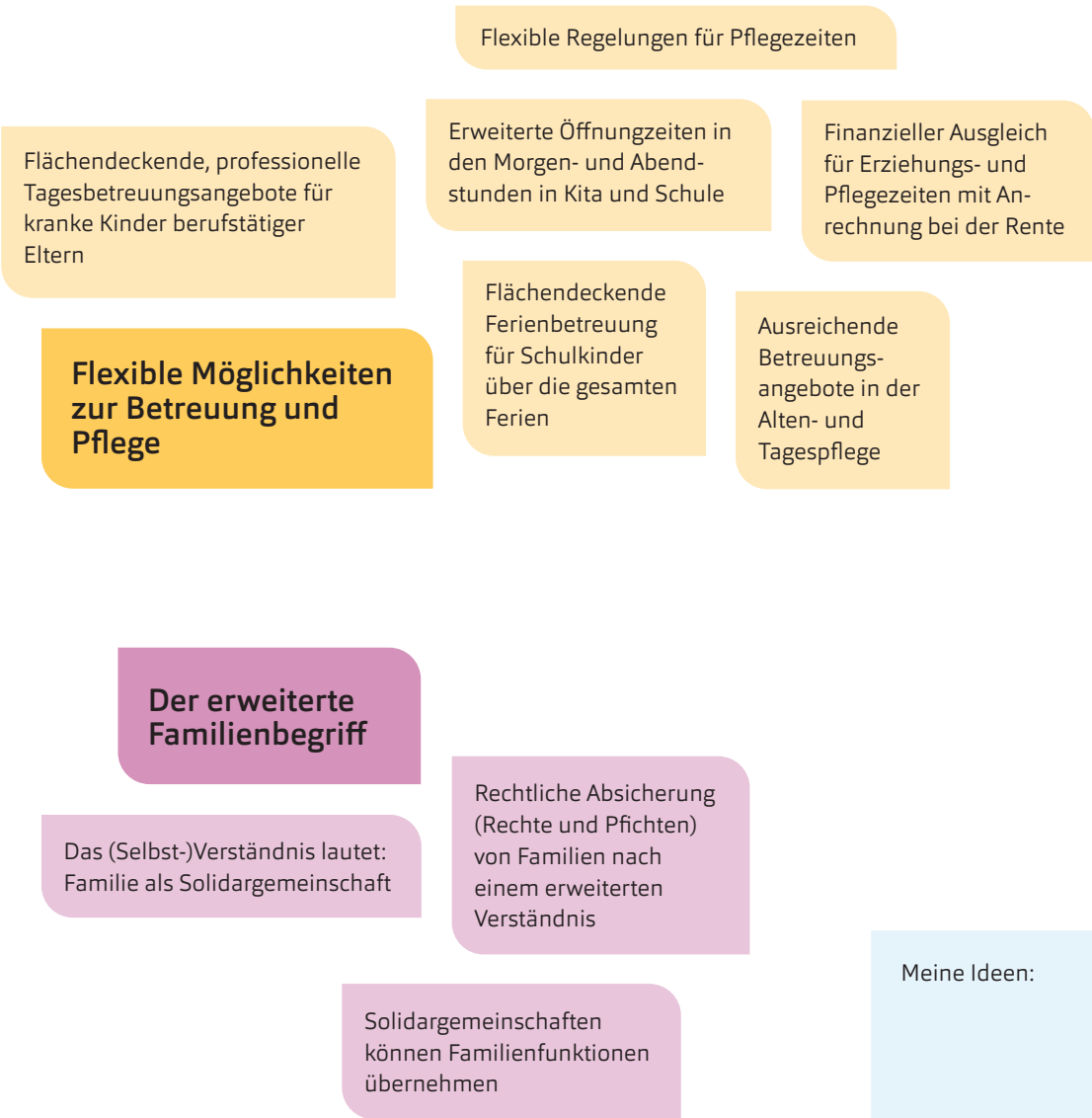
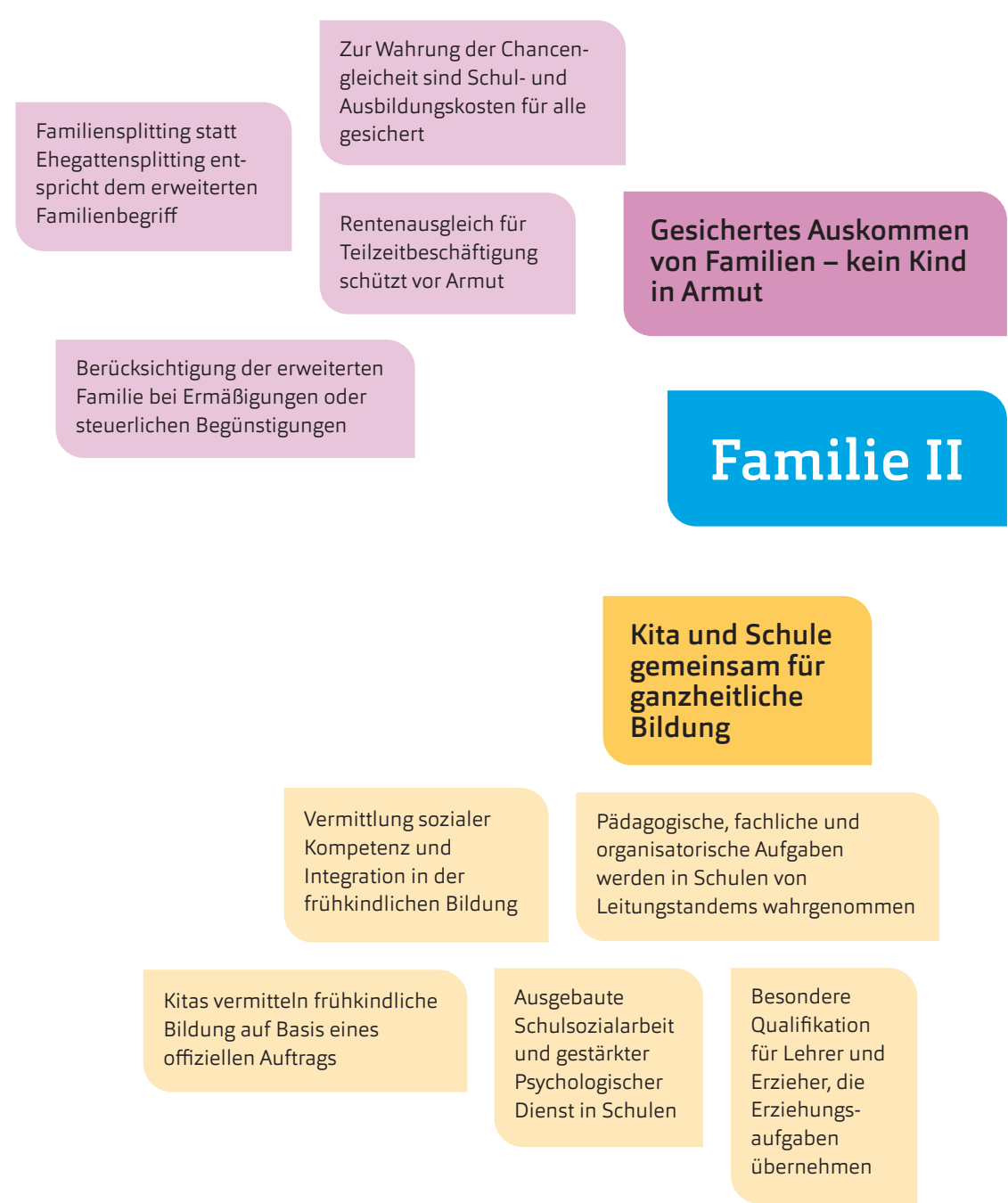
Dr. Detlev Lück

Leiter Forschungsgruppe
„Kinderlosigkeit und Kinderreichtum“
Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB)

WIR 2030 auf einen Blick



WIR 2030 auf einen Blick



Meine Ideen:

Wohnen

- 62** Zukunftsbilder 2030
- 66** Diversität durch Wohnbauförderung
Regina Ziencyk
- 67** Fragen der Stadt- und Wohnungsentwicklung
offen diskutieren
Prof. Dr.-Ing. Holger Schmidt
- 68** Wir 2030 auf einen Blick – Wohnen

Das sagen die Expertinnen und Experten

Bauen und Wohnen haben eine hohe Konsistenz. An Wohnsituationen und -bedürfnissen ändert sich oft nicht sehr viel. 95 Prozent der heute bestehenden und bebauten Stadt werden auch 2030 noch vorhanden sein. Wohnen sollte nicht nur bezogen auf eine Wohnung betrachtet werden, sondern im sozialen Kontext mit Nachbarschafts- und Quartiersbezug.

Die pro Person bewohnte Fläche nimmt stetig zu, heute liegt sie bei durchschnittlich 53 Quadratmetern. In Rheinland-Pfalz gibt es zwei Entwicklungen: Wohnungsmärkte unter Wachstumsdruck und Wohnungsmärkte mit sinkender Nachfrage und rapiden Wertverlusten. Gerade in Städten mit angespanntem Wohnungsmarkt herrscht geringe Fluktuation: Menschen kommen und bleiben. Aus Mangel an Alternativen bleiben die Menschen, wenn möglich, lange in ihrer Mietwohnung wohnen. Bezahlbares Wohnen betrifft nicht nur sozialen Wohnungsbau, es reicht weit in die Mittelschicht hinein.

Die soziale Durchmischung in Wohngebieten sollte gefördert werden. Es muss ein vielfältiges, qualitatives und bezahlbares Wohnungsangebot für alle Zielgruppen geben. In Städten sollte auf ein ausgewogenes Verhältnis aus Eigentums- und Mietimmobilien geachtet werden.

Die Digitalisierung ist beim Wohnen eher Unterstützung statt Selbstzweck: Technische Entwicklungen werden nach und nach Standard, aber grundsätzliche Wohnbedürfnisse bleiben gleich. Das Wohnen bleibt weitgehend ein analoger Lebensbereich.

Zukunftsbilder 2030

Bezahlbarer Wohnraum

Es gibt mehr Wohnungsbaugenossenschaften zur Förderung von bezahlbarem Wohnen. Dazu werden Plattformen geschaffen, die den Austausch von Leistungen ermöglichen. Wohnungs- und Sozialwirtschaft arbeiten eng zusammen.

Private Investitionen in den Wohnungsbau werden durch attraktive Finanzierungsmodelle und durch die Möglichkeit der Gemeinschaftsfinanzierung angeregt. Das Wissen um die Möglichkeit der Baugruppenbildung wird stärker kommuniziert.

Eigeninitiative der Bürgerinnen und Bürgern, sich für Wohnprojekte einzusetzen und sich auf gemeinschaftliches Wohnen einzulassen, ist noch mehr gefördert. Bürgerinnen und Bürger müssen sich für die Vorstellung, wie sie wohnen wollen, stark machen.

Bauvorhaben werden auf ihre Wirtschaftlichkeit geprüft und die für Bauvorhaben erforderlichen Gutachten reduziert.

Wohnumfeldgestaltung

In vielen Planungs- und Neubaugebieten steht aktuell der Hochbau im Vordergrund. Die Quartiersstruktur und das Wohnumfeld sollten mehr Beachtung finden.

Eine soziale Stadtplanung sorgt dafür, dass mehr öffentlicher Raum mit Aufenthaltsqualität entstehen kann. Dazu werden Außenräume stärker als Kommunikationsräume verstanden und gestaltet. Die Baukultur und die Ästhetik des Wohnens sind von großer Bedeutung.

Statt der Erschließung von Neubaugebieten, die mit erhöhtem Bedarf an neuer Infrastruktur einhergeht, liegt ein stärkerer Schwerpunkt auf der Sanierung bestehender Bausubstanz, vor allem auch in Ortskernen.

Wohnquartiere werden klimagerecht gestaltet bzw. energetisch saniert. Zum nachhaltigen Bauen gehört auch, dass es ausreichend Deponieraum für Bauschutt gibt, zudem entsprechende Recyclinganlagen.



Themenbild Wohnen aus der Zukunftsmap „WIR 2030“

Pluralität der Lebensstile

Wohnbedürfnisse werden aufgrund der Pluralität der Lebensstile immer differenzierter. Pluralisierung darf nicht zu Vereinzelung führen.

Der Wohnungsbau sollte unterschiedliche Wohnbedürfnisse berücksichtigen, um das Zusammenleben verschiedener Generationen und von gemeinschaftlichen Wohnformen zu begünstigen. Wohnungsnutzerinnen und -nutzer sollten in die Planung von sozialen Wohnprojekten einbezogen werden.

Wohnungsbau hat immer auch sozialen Kontext mit kommunikativer Architektur und Raum für Begegnungen.

Attraktivität des ländlichen Raums

Der ländliche Raum wird durch attraktive Mobilitätskonzepte mit den Städten verbunden. Dafür wird der ÖPNV im ländlichen Raum gestärkt und verschiedene Verkehrsverbände aufeinander abgestimmt.

Die Unabhängigkeit von Arbeits- und Wohnort wird durch den Ausbau des Angebotes für Home-Office seitens der Unternehmen gestärkt.

Netzwerke und Plattformen mit dem Ziel, den ländlichen Raum zu beleben, werden gebildet, die Akteure dazu vernetzen sich mehr. Bereits bestehende Initiativen und ihre erfolgreichen Vorhaben werden verstärkt kommuniziert. Die Bewohnerinnen und Bewohner kleinerer Städte und Orte verstehen sich als Lebens- und Standortgemeinschaft.

Das wird 2030 anders sein

- › Wohnen ist bezahlbar, besonders in Städten und für Familien.
- › Bauen und Wohnen ist vielfältiger: Neue Formen des Wohnens und Zusammenlebens mit privaten Finanzierungskonzepten gibt es auf dem Land und in den Städten.
- › Stadtplanerisch ausgerichtete Wohnkonzepte beziehen das Umfeld und die Quartiersstruktur mit ein.
- › Öffentlicher Raum ist Kommunikationsraum.
- › Wohnen in ländlichen Regionen ist durch vernetzte Mobilitätskonzepte attraktiv.

Diversität durch Wohnbauförderung



» Was in den 70er Jahren als Impuls das Schammatdorf in Trier entstehen ließ, braucht es als Basismodell erst recht für die Zukunft. Sozioökonomische Diversität in wohlwollender und aktiver Nachbarschaft der Bewohnerinnen und Bewohnern bedarf nicht nur im urbanen, sondern auch im ländlichen Raum gezielter Förderung. Eine landesweite Wohnungsbaugesellschaft, die Kommunen und bürgerschaftliche Initiativen vor Ort bei der Entwicklung von generationenübergreifenden, inklusiven Mietprojekten unterstützt, könnte das Instrument der Zukunft sein. In Bad Dürkheim sind beispielsweise auf Initiative des Vereins WohnWege e. V. innerhalb von zwölf Jahren zwei Wohnprojekte entstanden, ein Eigentümer- und ein Genossenschaftsprojekt. Ein bezahlbares Mietprojekt würde das sozioökonomische Spektrum erweitern und der Bedürfnislage weiterer Zielgruppen gerecht werden. «

Regina Zienczyk
Erste Vorsitzende
„WohnWege – Zukunftsorientiertes Leben
in Gemeinschaft e.V.“

Fragen der Stadt- und Wohnungsentwicklung offen diskutieren



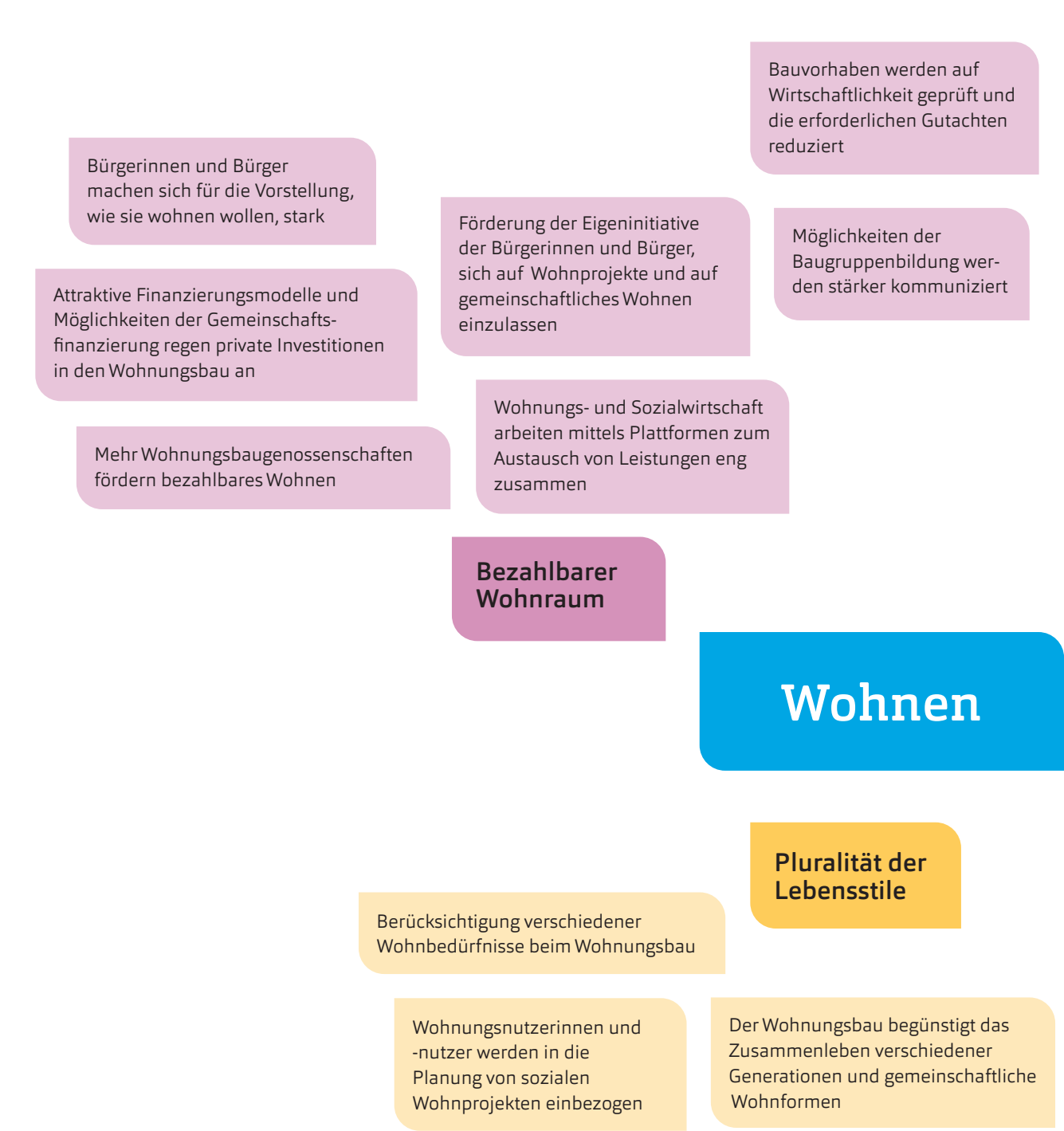
» Die Ausgangssituation für das Wohnen in Rheinland-Pfalz ist sehr verschieden und grob gesagt zweigeteilt. So gibt es einige Regionen, in denen der Wohnungsmarkt sehr angespannt ist und wo es darum geht, bezahlbaren Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung zu sichern. Diese Städte müssen preiswerten Wohnraum erhalten, etwa durch einen Erhalt von Belegungsbindungen oder den Neubau von Wohnungen, wobei eine gute Mischung zwischen sozialen und freifinanzierten Wohnungen wichtig ist. Ob oder wie lange die Wohnungsknappheit anhält, ist eine offene Frage und muss regelmäßig vor Ort evaluiert werden.

In vielen Regionen haben wir es aktuell mit einem entspannten Wohnungsmarkt zu tun, es gibt Leerstände und mindergenutzte Gebäude häufig in den Ortskernen oder an Hauptverkehrsstraßen. Und es ist mitunter nicht so leicht, für das eigene Haus einen Erwerber zu akzeptablen Konditionen zu finden. Hier sind die Kommunen aufgefordert, auf Grundlagen von integrierten Konzepten sich Überlegungen zur Profilierung der Kommune oder von Ortsteilen zu machen.

In beiden Fällen ist es aber wichtig, Fragen der Stadt- und Wohnungsentwicklung öffentlich und ohne Tabus zu diskutieren. «

Prof. Dr.-Ing. Holger Schmidt
Fachgebiet Stadtumbau+Ortserneuerung
Technische Universität Kaiserslautern

WIR 2030 auf einen Blick



Bildung

- 72 Zukunftsbilder 2030
- 76 Miteinander lernen – voneinander lernen
Landesvorstand Landesschüler*innenvertretung
- 77 Bibliotheken stärken Kompetenzen und Kreativität
Tanja Weißmann
- 78 Wir 2030 auf einen Blick – Bildung

Das sagen die Expertinnen und Experten

Bildung hat immer zwei Funktionen im Blick: die Selbstkonstitution des Subjekts und die Konstitution der Gesellschaft. Bildungsarbeit ist soziale Arbeit und betrifft die Gesellschaft wie den Einzelnen, um Demokratie zu fördern, gesellschaftliche Ungleichheit zu überwinden und um individuelle Handlungs- und Bewusstseinsfähigkeit zu erreichen.

Bildungsungleichheit kann aus drei verschiedenen Dimensionen resultieren: Die Schule verteilt Bildungschancen abhängig von sozialen Milieus; digitale Bildung ist ungleich verteilt; Relevanz von Bildung in den Familien ist unterschiedlich. Die Familie ist der grundlegende Ort zur Vermittlung von Bildung, von Bildungsmotivation und -chancen. Sie ist auch der Ort, an dem Bildungsdifferenz entsteht. Bildung findet im Alltag milieubezogen statt.

Bildungsperspektiven können in der Sozialpädagogisierung der Schule mit Schulsozialarbeit und Lebenswelt- und Milieuorientierung sowie der Familienarbeit und Vielfalt an Angeboten wie offene Kinder- und Jugendarbeit liegen. Soziale Arbeit muss als Bildungsarbeit verstanden werden, nicht als „Normalisierungsarbeit“.

Aktuelle Entwicklungen wie Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Individualisierung beeinflussen die Bildung. Zu dem Menschenrecht auf Bildung gehören Verfügbarkeit, Zugänglichkeit, Angemessenheit und Adaptierbarkeit.

Wichtige neue Kompetenzen sind das Teilen von Wissen, interdisziplinäres Zusammenarbeiten, digitale Werkzeuge und die Nutzung von Medien zum Lernen, Arbeiten und als Problemlöser.

Zukunftsbilder 2030

Der Bildungsbegriff

Bildung soll die Kreativität, den Unternehmergeist und die Resilienz der Menschen fördern. Bildung ist ein umfassender Begriff, der sich nicht nur auf die Aneignung von Wissen bezieht, sondern auch die persönliche, individuelle Entwicklung einschließt. Dazu gehört auch die Vermittlung von Sinn und Moral. Sprache ist die Basis, um sich weiterentwickeln zu können und weitere Kompetenzen zu erlernen.

Die Bildungsinstitutionen öffnen sich der Gemeinschaft und gewährleisten die Partizipation von vielen; sie vernetzen sich großflächig. Bildung wird nicht funktionalisiert.

Die Hochschulzugangsberechtigung wird über verschiedene Wege erreicht, individuelle Curricula finden dabei Berücksichtigung. Das Duale Studium wächst. Es ermöglicht sozialen Aufstieg und regionale Präsenz; zudem hat es eine breite, integrierende Struktur.

Die Attraktivität verpflichtender Ganztagschulen ist erhöht, eine längere gemeinsame Schulzeit ist realisiert. Gemeinsamer Unterricht bis zur 10. Klasse fördert die Chancengleichheit.

Kultur und Bildung sind digital verfügbar. Bibliotheken als Lernorte der Zukunft sind multimedial gestaltet und miteinander vernetzt.

Sprachliche Bildung ist eine grundlegende Kompetenz.

Systematisierung und Öffnung des Bildungssystems

Das Bildungssystem muss flexibel und durchlässig gestaltet sein, um eine hohe Partizipation zu gewährleisten und einen niederschweligen Zugang für lebenslanges Lernen zu erreichen. Bildung begleitet die Menschen ihr Leben lang, die Durchlässigkeit bezieht Menschen jeden Alters ein. Durch die Öffnung des Bildungssystems ergeben sich aus vielen Perspektiven neue Möglichkeiten, von denen Lernende und Lehrende profitieren.

Jeder Mensch hat zu unterschiedlichen Zeiten die Möglichkeit zur (Weiter-)Bildung und Zugang zu entsprechenden Angeboten. Die Teilhabe an Bildungsangeboten ist nicht an die biografische Situation gekoppelt.

Der Umgang mit Medien bestimmt die Gesellschaft 2030.

Es ist wichtig, bei der Nutzung von Medien Verantwortung zu übernehmen. Dies setzt entsprechende Kenntnisse und Fähigkeiten voraus. Medien werden in fast jedem Alter genutzt. Kinder, Jugendliche und Erwachsene kommen daher in jeder Ausbildungsstufe mit ihnen in Berührung.



Ich durfte miterleben, wie sich Schule in den letzten Jahren verändert hat. Man kommt mit Unternehmen und Hochschulen in Berührung, lernt auch von Menschen aus der Praxis und an außerschulischen Orten. In einem so positiv im Wandel begriffenen Berufsfeld sehe ich meine Zukunft.

Themenbild Bildung und Medien aus der Zukunftsmap „WIR 2030“

Modularisierung der Bildung

Praxisorientierung steht vor Zertifizierung. Neben standardisierten Abschlüssen ist auch das Lernen über bisherige Grenzen hinweg möglich. Dabei werden individuelle Stärken und Schwächen berücksichtigt: Jeder Mensch lernt anders, unterschiedlich schnell und erreicht unterschiedliche Ziele und Niveaus.

Auch modularisierte Bildung ist qualitätsgesichert: Die Schnittstellen unterschiedlicher

Bildungswege sind in einem Gesamtkonzept geregelt. Das System ist offen für Quereinsteiger. Es gibt flexible „Ermöglichungs-Curricula“, einhergehend mit weniger Standardisierung, weniger Stufenmodellen und einer „Entsäulung“ mit der Bildungswege durchlässiger gestaltet werden können.

Nonformale Kompetenzen werden besser anerkannt. Dazu gibt es eine alternative Leistungs- und Kompetenzdokumentation.

Lernorte im Kontext

Bildungseinrichtungen sind integrativ und inklusiv. In einem flexiblen System sichert die Öffnung von Bildungseinrichtungen viele weitere Möglichkeiten für die Bildungsvermittlung. Offene Einrichtungen stehen als Lernorte für viele Akteure (Eltern, Betriebe, Stadtteile, Kultur) zur Verfügung. Die Akteure im Bildungssystem vernetzen sich.

Ganzheitliche Konzepte berücksichtigen das Wohn- und das soziale Umfeld. Schule ist ein Akteur im Quartier, sie öffnet sich zur Gesellschaft und zur Wirtschaft.

Lehrerinnen und Lehrer werden von der Gesellschaft wertgeschätzt und dementsprechend vergütet. Sie handeln im Team, das unterstützt die Architektur der Schulen.

Alle am Bildungssystem Beteiligten arbeiten vernetzt: Unternehmen, Eltern, Kulturinstitutionen und sozialen Einrichtungen wie Schulsozialarbeit und offene Jugendarbeit. Quartiersmanagement im Bildungsbereich verbindet die einzelnen Akteure.

Bildung wird als Schnittstellenarbeit gesehen.

Bildungsteilhabe

Bildung ist die Basis für Demokratisierung und gesellschaftliche Teilhabe, sie ist ein Beitrag zum politischen Frieden.

Um zur Bildung zu motivieren, sollte der Schwerpunkt auf Praxisbezug und Freude am Lernen liegen. Individualisierte Lernkonzepte führen dazu, dass bei jeder und jedem auf die jeweiligen Schwächen und Stärken eingegangen werden kann. Der Unterricht richtet sich nach den Schülerinnen und Schülern und nicht umgekehrt. Flexible Lösungen werden umgesetzt, beispielsweise über Mentoring.

Das wird 2030 anders sein

- › Bildung fördert die Kreativität, den Unternehmergeist und die Resilienz der Menschen.
- › Das Bildungssystem ist flexibel und durchlässig, gewährleistet eine hohe Partizipation und einen niederschweligen Zugang zu lebenslangem Lernen.
- › Bildungsinstitutionen öffnen sich der Gemeinschaft, sie vernetzen sich großflächig. Sie sind integrativ, inklusiv und offene Lernorte für viele Akteure.
- › Bildung ist modular, an individuellen Lernkonzepten orientiert; die Schnittstellen unterschiedlicher Bildungswege sind in einem Gesamtsystem geregelt.
- › Schule ist ein Akteur im Quartier, sie öffnet sich zur Gesellschaft und zur Wirtschaft, zum Beispiel für Mentoring.
- › In einem gesamtgesellschaftlichen Ansatz vernetzen sich die am Bildungssystem Beteiligten: Unternehmen, Kultureinrichtungen, Schulpartnerschaften, Elternbildung, Schulsozialarbeit, offene Jugendarbeit.

Miteinander lernen – voneinander lernen



» Wir wünschen uns 2030 eine Welt voller Teilhabe – politischer und sozialer; eine Welt, die eine wahre Demokratie lebt: Geschlecht, Herkunft, Religion und Alter spielen hier keine Rolle. Alle Menschen haben Teil und dürfen in der Politik mitreden und mitbestimmen, auch unabhängig von ihrer finanziellen Lage. Auch in der Schule spielt es dann keine Rolle, ob man Schüler*in, Lehrkraft oder Elternteil ist: Jede Stimme ist gleich viel wert. Wir wünschen uns bis 2030 paritätisch besetzte Schulparlamente an den Schulen, um den Schüler*innen in ihrer Schule Mitbestimmung zu garantieren und sie von Anfang an Demokratie leben zu lassen. Gesellschaft geht nicht ohne Bildung – kostenlose Bildung, Bildung für alle. Sie muss für alle gleichermaßen zugänglich sein, das bedeutet – allein schon aus Umweltaspekten – kostenloser ÖPNV und umfassende Lehrmittelfreiheit. Ferner wünschen wir uns inklusive Schulen, in denen niemand aufgrund einer Einschränkung ausgeschlossen, sondern alle dazugehören. Schulen, in denen gemeinsam gelernt wird: miteinander und voneinander. «

Landesvorstand

Landesschüler*innenvertretung
Rheinland-Pfalz

Bibliotheken stärken Kompetenzen und Kreativität



» Wir wissen nicht, wie sich die Gesellschaft bis 2030 entwickeln wird. Wir wissen nicht, welche Rolle künstliche Intelligenz 2030 einnimmt oder ob die Zerstörung der Umwelt fortgeschritten sein wird. Nur mit Kreativität, Neugierde und der Fähigkeit zur Zusammenarbeit wird es möglich sein, auf noch unbekannte Entwicklungen zu reagieren und in der Gesellschaft von morgen zu bestehen. Das Ziel von Bildung muss es sein, die natürlichen Talente und das kreative Potenzial junger Menschen zu fördern und ein möglichst vielfältiges Spektrum an Kompetenzen zu stärken. Hier können Bibliotheken mit entsprechender finanzieller und personeller Ausstattung eine bedeutsame Rolle einnehmen. Sie bieten einen Ort, der es Menschen ermöglicht, sich zu treffen, zusammen zu lernen, sich zu vernetzen und an verschiedensten Themen zu arbeiten. Der Einsatz und die Vermittlung von digitalen Technologien in Bibliotheken ist zur Unterstützung des Bildungsprozesses und zur Förderung digitaler Teilhabe unerlässlich. «

Tanja Weißmann

Leitung Stadtbibliothek
Ludwigshafen am Rhein

WIR 2030 auf einen Blick



Kultur und Medien

- 82 Zukunftsbilder 2030 – Kultur
- 84 Kultur ist Begegnungsraum
Petra Simon
- 85 Kultur befördert Transformation
Margret Staal
- 86 Zukunftsbilder 2030 – Medien
- 88 Sichere Nutzung medialer Angebote für alle
Katja Friedrich
- 89 Medienkompetenz zur Sicherung der Demokratie
Hans-Uwe Daumann
- 90 Wir 2030 auf einen Blick – Kultur und Medien

Kultur

Das sagen die Expertinnen und Experten

Kunst und Kultur haben für das Zusammenleben große Bedeutung. Kultur ist Ausdruck menschlichen Daseins und spiegelt die kulturelle Identität des Menschen wider. Das in der Landes- und Bundesverfassung verankerte Recht auf kulturelle Teilhabe braucht stärkere Strukturen, um landesweit gelebt zu werden.

Kulturpolitik ist immer auch Gesellschaftspolitik.

Die Vielfalt und Qualität von Kultur in Rheinland-Pfalz sind heute so groß wie nie zuvor. Zudem tut sich in der Verbindung von Kultur und Tourismus einiges, hier können Chancen genutzt werden.

Heute werden die kulturellen Angebote vorwiegend von der älteren Generation in Anspruch genommen, auch die Zahl der Gelegenheitsnutzerinnen und -nutzer hat sich erhöht. Wichtig sind Angebote, die Kinder und Jugendliche erreichen und ein Publikum für die Zukunft heranzubilden. Kultur ohne Bildung kann auf Dauer nicht funktionieren.

Die Kluft zwischen Stadt und Land vergrößert sich heute wieder, das kulturelle Angebot im ländlichen Raum nimmt tendenziell ab. Zudem stehen viele Kultureinrichtungen vor einem Generationenwechsel. Vieles wird durch ehrenamtlich Engagierte aufgefangen. Gleichzeitig wird es schwieriger, Mitglieder für feste Strukturen und dauerhaftes Engagement zu mobilisieren.

Rheinland-Pfalz braucht mehr überregional ausstrahlende und künstlerisch bedeutsame Projekte, die von der Freien Kreativen Szene aus eigener Kraft gestemmt werden. Der „Kultursommer“ steht in Rheinland-Pfalz neben der Regionalisierung kultureller Vorhaben auch für die Gewinnung gelungener Projekte aus ganz Europa.

Wichtig für die Kultur im ländlichen Raum ist die Sicherung von Infrastrukturen mit einem jeweils nach den regionalen Gegebenheiten zu entwickelndem kulturellem Profil.

Die vorhandenen Kultureinrichtungen müssen gesichert werden, sich weiterentwickeln oder eine Nutzungsänderung erfahren zu Kommunikationsorten, die nutzerorientiert verschiedene Altersgruppen, soziale Milieus und Nationalitäten integrieren.

Die kritische Haltung der Kultur muss erhalten bleiben. Kultur darf nichts beschönigen, sie soll aber zugleich Hoffnung und Mut machen und Ideen für bessere Lösungen und ein lohnendes bürgerschaftliches Engagement liefern.

Zukunftsbilder 2030

Kultur anders organisieren

Die bestehenden Einrichtungen und Strukturen werden analysiert und Bedarfe ermittelt und angepasst. Beispielsweise kann eine Basisbelegschaft um freie Mitarbeitende ergänzt werden, damit Flexibilität und Entwicklungspotenzial gewahrt werden.

Kultureinrichtungen können für Veränderungsprozesse und ihre Umsetzung auf Beratung zurückgreifen. Für institutionelle und strukturelle Veränderungen können Ausgaben für Kultur auch aus anderen Haushalten – wie Wirtschaft oder Jugend – finanziert werden. Damit verbunden ist das Aufbrechen von Ressortdenken zugunsten von Kultur als Querschnittsaufgabe.

Scouts und Vermittler von Kulturangeboten werden aus- und fortgebildet, zum Beispiel Seniorinnen und Senioren in Museen.

Zur Verbesserung der Förderstrukturen richtet die Landesregierung eine Stelle ein, die für die Organisation der EU-Förderungen zuständig ist, beispielsweise bei Vorfinanzierungen. Es werden Kulturknotenpunkte etabliert.

Institutionelle Vernetzung der Kulturschaffenden

Vor allem im ländlichen Raum vernetzen sich die Akteure innerhalb ihrer Regionen und Gemeinden und denken regional. Dies führt zur Schwerpunktsetzung und Profilierung für einzelne Orte.

Auch im Kulturtourismus sind die Institutionen vernetzt. Dazu sind koordinierende Stellen eingerichtet wie beispielsweise regionale Kulturbüros.

Die kulturellen Institutionen in Rheinland-Pfalz bringen sich mehr in die Gesellschaft ein und öffnen sich, um den Wert von Kultur zu vermitteln.

Wichtig sind Räume, die als Treffpunkte dienen und aus denen sich etwas entwickeln kann wie Mehrgenerationenhäuser, Familienbildungsstätten, Leseräume und Bibliotheken. Bestehende Einrichtungen wie Museen dienen nicht ausschließlich den „schönen Künsten“, sondern verstehen sich als lebendige Begegnungs- und Erlebnisorte.



Themenbild Kultur aus der Zukunftsmap „WIR 2030“

Kultur ist Begegnungsraum



» Im (digitalen) Alltag stehen wir im permanenten Wettbewerb um Sichtbarkeit, Erfolg und Wertschätzung. Dies ändert das Rezeptionsverhalten des Publikums. Zudem stellt sich für kulturelle Einrichtungen die Frage, wie beispielsweise das historische Erbe und die Rezipientinnen und Rezipienten in Zukunft zusammenfinden können. Es gilt Grenzen zwischen den Kulturformen abzubauen und aktivere sowie partizipativere Formate der Kulturvermittlung für Jung und Alt zu finden. Die Gestaltung der Rahmenbedingungen für Kultur wird derzeit aufgrund der Pandemie verstärkt neu gedacht. Das Internet ist zu einem attraktiven Raum für die Präsentation von Kultur geworden – eine große Chance, um kulturelle Güter Menschen unterschiedlicher Bildung und Herkunft zugänglich zu machen – und eine durchlässige und kreative Form der Vermittlung. Damit Kunst und Kultur weiterhin gesellschaftspolitisch wirken können, müssen Menschen mit unterschiedlichem Wertekanon erreicht werden. Nur so können wir alle gemeinsam eine Haltung fördern, gegen menschenverachtende und antidemokratische Tendenzen und für eine diverse, gleichberechtigte Gesellschaft – gerade in diesen für uns alle außergewöhnlichen Zeiten. «

Petra Simon
Künstlerische und Technische
Betriebsdirektorin und Prokuristin
Nibelungenfestspiele gGmbH
Worms

Kultur befördert Transformation



» Kultur ist ein wichtiger Faktor für die anstehenden Transformationsprozesse. Vorhandene feste Institutionen sollten erhalten und an die neuen Bedarfe angepasst werden, etwa mit einer notwendigen gesellschaftlichen Öffnung als lebendige Treffpunkte und Erlebnisorte. Infrastrukturen im ländlichen Raum müssen mithilfe von regionalen kulturellen Profilen gesichert werden. Für ein gemeinsames regionales Denken und Agieren ist die Vernetzung der Akteure erforderlich. Vorhandene Einrichtungen können unterschiedlich kulturell genutzt werden: ob für Kulturproduktion, -rezeption oder -vermittlung oder als offener Kommunikationsort, nutzerorientiert für verschiedene Altersgruppen, soziale Schichten und Nationalitäten. Aktive Bürgerbeteiligung hätte hier einen Dritten Ort. Hier können politische und kulturelle Aktivitäten selbstbestimmt organisiert werden. Kultur gehört unabdingbar zum Profil einer zukunftsorientierten Stadt bzw. Region dazu. Kulturelle Bildung, die alle erreicht, sollte im Fächerkanon der Schulen und Kitas als eine grundlegende ästhetische Bildung, inklusive unterschiedlichster Kulturbesuche, Standard sein! «

Margret Staal
Vorstand Kulturbüro
Rheinland-Pfalz
der LAG Soziokultur &
Kulturpädagogik e.V.

Medien

Das sagen die Expertinnen und Experten

Die Mediennutzung befindet sich im Wandel. Wohin dieser führt, ist heute kaum einzuschätzen. Wir befinden uns am Ende der linearen Nutzung von Medien, zunehmend werden Streamingdienste und Mediatheken genutzt. Für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk führt dies zu Legitimationsdruck, wenn Inhalte auch anders verfügbar sind.

Der digitale Wandel trifft Zeitungen am stärksten. Insbesondere die jüngere Generation hat keine Bindung zur klassischen Zeitung.

Medien müssen zwingend eine Präsenz in den Sozialen Medien haben, um ein größeres Publikum und eine größere Reichweite zu bedienen. Online müssen sich alle Medien behaupten. Wer wahrgenommen werden will, ist quasi gezwungen in bestimmten Sozialen Medien vorzukommen.

Soziale Medien erschweren den Wahrheitsanspruch, denn eine Lüge oder Unwahrheit ist schnell verbreitet, wogegen ein Dementi mehr Recherche und Arbeitsaufwand beansprucht.

Zukunftsbilder 2030

Kontrolle über Algorithmen

Algorithmen haben heute großen Einfluss darauf, welche Inhalte Nutzerinnen und Nutzern angezeigt werden. Der Mensch muss die Kontrolle behalten und darf sich nicht der Technik unterwerfen. Die Kontrolle sollte nicht bei Netzbetreibern oder Suchmaschinen liegen, sondern bei den Nutzerinnen und Nutzern.

In der digitalen Welt gibt es ein Überangebot an medialen Angeboten und Informationen. Algorithmen helfen dabei, diese für uns zu strukturieren.

Mediale Teilhabe

Digitale und mediale Teilhabe sind wichtige Voraussetzungen für die Gesellschaft der Zukunft.

Bildungsinstitutionen machen Kinder frühzeitig mit den unterschiedlichen Medien, ihren vielfältigen Möglichkeiten und Gefahren vertraut. Vereine und ehrenamtlich Engagierte helfen dabei.

Medienbildung unterstützt Jugendliche dabei, Funktionsweisen etwa eines Algorithmus zu verstehen. Sogenannte „Maker Spaces“ ermöglichen das spielerische Erforschen.

Um Kultur zeitgemäß zu gestalten, ist sie digital erreichbar. Die digitalen Angebote in Bibliotheken werden ausgebaut.

Die Teilhabe aller an medialer Nutzung wird ermöglicht. Medienkompetenz ist nicht personen- oder ressourcengebunden. Sie ist Bestandteil jeder Ausbildung (Schule, Berufsausbildung, Studium).

Digitale Fertigkeiten ersetzen nicht die analogen, sie ergänzen diese. Die Gesellschaft 2030 ist imstande, sowohl mit digitalen als auch mit analogen Herausforderungen verantwortungsvoll und reflektiert umzugehen.

Das wird 2030 anders sein

- › Es gibt mehr kulturelle Angebote, die Kinder und Jugendliche als das Publikum von morgen ansprechen.
- › Der Generationenwechsel in den Kultureinrichtungen ist durch neue Strukturen, Organisationen und durch den Einsatz ehrenamtlich Aktiver aufgefangen.
- › Kultureinrichtungen sind Kommunikationsorte, die sich nutzerorientiert anpassen. Sie öffnen sich für die Gesellschaft und sind untereinander vernetzt.
- › Regionale Kulturprofile unterstützen die Schwerpunktsetzung in ländlichen Regionen. Kultur ist digital erreichbar.
- › Die Teilhabe aller an der medialen Nutzung ist gesichert. Digitale Fertigkeiten ergänzen analoge.

Sichere Nutzung medialer Angebote für alle



- » Als zentrales Element gesellschaftlicher Teilhabe gewährleisten mediale Angebote eine gleichberechtigte Nutzung für alle unter Wahrung der Grundrechte.
- Ein funktionierender Jugendmedienschutz mit „safety-by-design“, zentraler, geräteübergreifender Verwaltung von Jugendschutzoptionen und KI gestützten Filterverfahren lässt Kinder sicher surfen.
 - Data control ist durch wirksamen europäischen Datenschutz möglich, informationelle Selbstbestimmtheit und die Datensouveränität aller sind gewährleistet. Die User sind datenkompetent.
 - Qualitätsjournalismus und attraktive nichtkommerzielle Kommunikationsplattformen sind auf europäischer Ebene als Teil der öffentlichen Daseinsfürsorge realisiert. Die Menschen nutzen sie medienkompetent.
 - Algorithm TÜV und Algorithm Literacy: Qualitätsverfahren zur Kontrolle von ethisch abgesicherten Algorithmen sind implementiert. Jung und Alt versteht, wie Computer funktionieren und was den Menschen von ihnen (glücklicherweise) unterscheidet. «

Katja Friedrich
ehemalige Geschäftsführerin
medien+bildung.com gGmbH

Medienkompetenz zur Sicherung der Demokratie



- » Die Frage nach der Zukunft unseres Mediensystems ist die Frage nach der Zukunft unserer Demokratie. Schaffen wir es, unsere offene und freie Gesellschaft zu bewahren, Konflikte fair und friedlich auszutragen? Schaffen wir es, gerechte Teilhabechancen für alle bereitzustellen? In das digitale Medienzeitalter sind wir mit großen Erwartungen gestartet, die in vielen Fällen einer starken Ernüchterung gewichen sind. Hate Speech, Fake News, Darknet, Social Bots – meine Erwartung für die Jahre bis 2030 ist, dass wir gegen die Phänomene des Missbrauchs, der Demokratiefeindlichkeit im Netz Regelungen entwickeln, die Vielfalt und Chancengerechtigkeit in der Digitalität sichern helfen. In der Zukunft warten weitere technologische Sprünge auf uns und damit neue Herausforderungen. Es gilt, den nachwachsenden Generationen die Kompetenzen mitzugeben, die sie in den Stand versetzen, souverän künftige Bewährungsproben zu bestehen, von denen wir jetzt noch nicht wissen, wie sie aussehen werden. «

Hans-Uwe Daumann
Leitung Stabsstelle Kommunikation
LMK – medienanstalt rlp

WIR 2030 auf einen Blick



Meine Ideen:



Politische Teilhabe und Partizipation

- 94 Zukunftsbilder 2030
- 98 Demokratie in der Schule: Selbstwirksamkeit und Verantwortung
Hans Berkessel
- 99 Gleiche Teilhabe für alle
Prof. Dr. Thorsten Faas
- 100 Wir 2030 auf einen Blick – Politische Teilhabe und Partizipation

Das sagen die Expertinnen und Experten

Politische Teilhabe ist das Lebenselixier der Demokratie. Es muss gelingen, gleichberechtigte Teilhabe für alle zu schaffen.

Demokratie sollte nicht nur als Regierungsform verstanden werden, sondern vielmehr als Form des Zusammenlebens und damit auch als Gesellschafts- und Lebensform. Demokratie muss gelernt werden und erfahrbar sein.

Die Formate der politischen Teilhabe werden immer differenzierter, sie vervielfachen sich durch die Möglichkeiten der Digitalisierung. Dabei sind klassische Formen der politischen Teilhabe wie der direkte Kontakt mit Politikerinnen und Politikern weiterhin wichtig.

Wählen ist die meistgenutzte und egalitärste Form der Beteiligung.

Es gibt eine breite Unterstützung für die unterschiedlichsten Beteiligungsformen seitens der Bürgerinnen und Bürger. Die Anzahl der tatsächlich Partizipierenden ist deutlich geringer.

Ein Zielkonflikt besteht in der Frage, ob möglichst alle Bürgerinnen und Bürger teilhaben sollen oder besser wenige Expertinnen und Experten, die für spezifische Themen eine tiefergehende Diskussion führen. Diese Frage muss im Kontext des jeweiligen Verfahrens beantwortet werden.

Die Bereitschaft zur Beteiligung hängt stark vom Bildungsstand und von konkreten Partizipations- erfahrungen ab. Deshalb sind Demokratiepädagogik und politische Bildung wichtig. Politische Partizipation kann in der Schule, beispielsweise durch die basisdemokratische Beteiligungsform des Klassenrats, gefördert werden.

Zukunftsbilder 2030

Neue Formen der Partizipation

Vielen Bürgerinnen und Bürgern fehlt momentan die Selbstwirksamkeit und Wertschätzung im Beteiligungsprozess. Die kommunale Ebene als Ort, an dem Menschen konkret die Ergebnisse ihrer Beteiligung erleben können, hat wenig Einfluss darauf, was auf anderen Ebenen stattfindet.

2030 gibt es mehr Gestaltungsfreiräume auf kommunaler Ebene. Die Straße ist wieder mehr der Ort der politischen Partizipation, auch außerhalb von Wahlkampfzeiten. Bürgerinnen und Bürger sind stärker in kommunale Entscheidungsprozesse eingebunden, weil die Politik gelernt hat, vor allem weniger politisch Interessierte in ihrer Lebenswirklichkeit abzuholen. Neue Formen der Bürgerbeteiligung werden durchgeführt wie etwa Bürgerkonferenzen.

Kommunalpolitik ist attraktiv durch familienfreundliche Arbeitsbedingungen und mehr Kompetenzen, um Bottom-up-Prozesse in Gang zu bringen.

Vorbilder leben politisches Handeln vor und regen zum Mitmachen an.

Die Komplexität der zu entscheidenden Sachverhalte wird in der Informationsweitergabe an Bürgerinnen und Bürger so weit wie möglich reduziert. Vor Entscheidungen erhalten die Bürger verständliches Informationsmaterial, auch darüber, wann und wie sie sich beteiligen können. Bürger sollen in der Lage sein, die Qualität von politischen Entscheidungen beurteilen zu können.

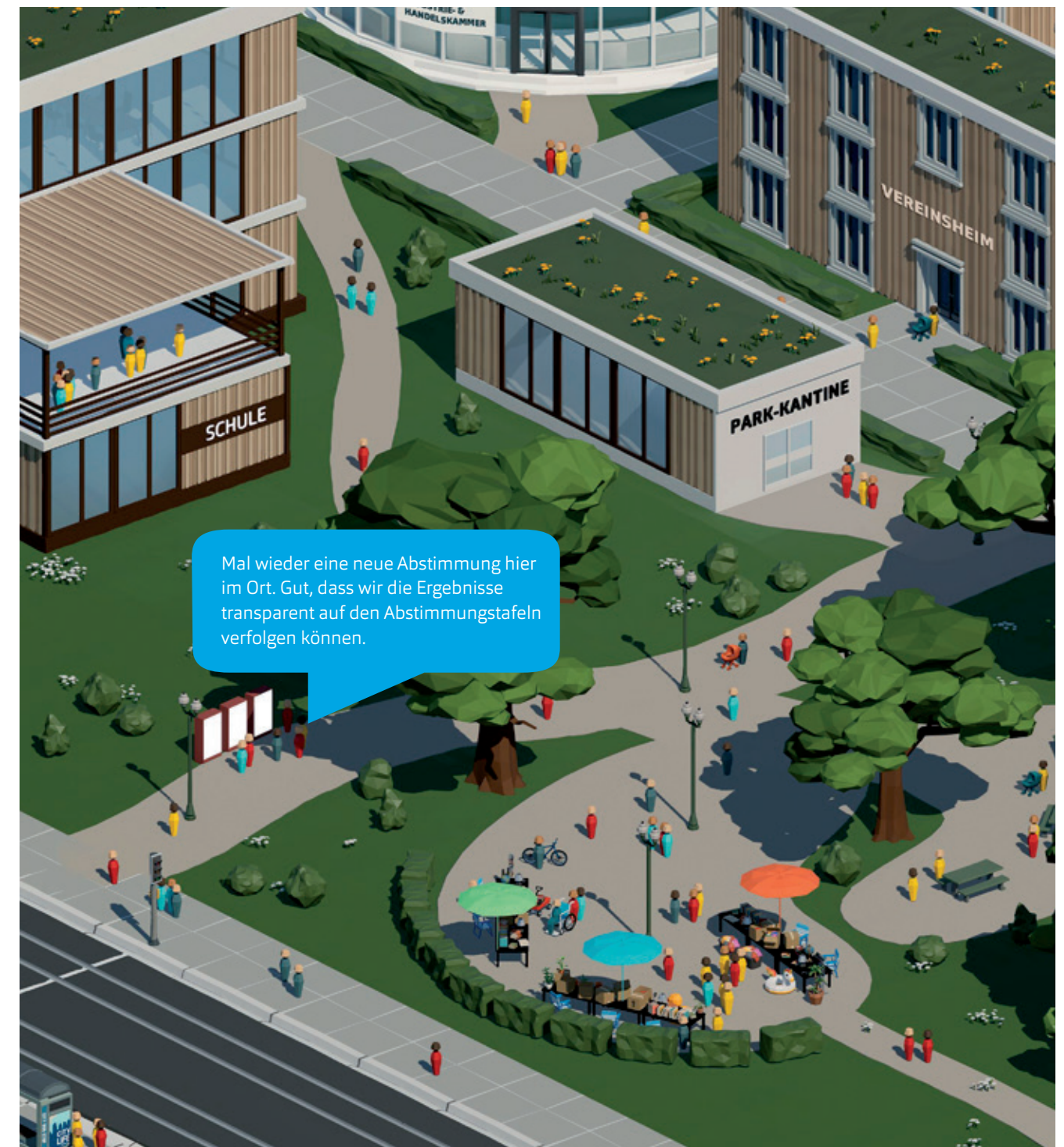
Für gesellschaftliches Engagement stellen Arbeitgeber zeitliche und finanzielle Ressourcen zur Verfügung.

Orte der Demokratie

Institutionen wie Schulen und Kultureinrichtungen verstehen sich verstärkt als Orte der Partizipation. Demokratische Prozesse werden vor allem dort angeregt, wo viele Menschen in ihrem täglichen Leben zusammenkommen. Schulen und Kultureinrichtungen treiben in ihrer Rolle als Bildungseinrichtungen öffentlichen Diskurs und Partizipation an.

Schulen, Kitas und Kultureinrichtungen verstehen sich weniger funktional, sondern vielmehr als Orte zum Leben und der Begegnung.

Schulen bringen sich mit der gesamten Schulgemeinschaft in den Diskurs ein. Mit Schülerinnen, Schülern und Eltern werden Leitbilder, Selbstverständnis und Regeln auf Augenhöhe ausgehandelt.



Themenbild Politische Teilhabe und Partizipation aus der Zukunftsmap „WIR 2030“

Mehr Demokratie durch Digitalisierung

Die Partizipationsmöglichkeiten, die die Digitalisierung bietet, werden genutzt. Soziale Medien ermöglichen eine einfache und schnelle Partizipation, sie steigern die Beteiligung. Sie werden in den gesellschaftlichen Diskurs eingebunden.

Medienkompetenz wird an Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern vermittelt. Neue Medien werden als Chance verstanden, um Transparenz in politische Prozesse zu bringen. Diese zeigen mehr namentliche Abstimmungen und die Veröffentlichung der Ergebnisse.

Neue Medien können Vertrauen in die Arbeit von Politikerinnen und Politikern schaffen. Diese sollten dies für sich nutzen, um Bürgerinnen und Bürgern Einblick in ihre Arbeit zu geben und Entscheidungen transparent zu machen.

Zwischen analogen und digitalen Teilhabemöglichkeiten gibt es Schnittstellen, so dass Jugendliche systematisch an den politischen Diskurs herangeführt werden können.

Politisch Verantwortliche zeigen Bereitschaft zu Transparenz.

Das wird 2030 anders sein

- › Es gibt Möglichkeiten zur gleichberechtigten Teilhabe aller.
- › Demokratie wird als Lebens- und Gesellschaftsform verstanden.
- › Digitale Möglichkeiten und Soziale Medien schaffen mehr Teilhabe.
- › Orte der Bildung und Kultur werden als Orte zum Leben und der Begegnung gesehen.
- › Auf kommunaler Ebene gibt es neue Formen der Partizipation.

Demokratie in der Schule: Selbstwirksamkeit und Verantwortung



» Bis 2030 sollten die folgenden Forderungen umgesetzt sein:

- Steigerung der demokratischen Kultur als Qualitätsmerkmal von Bildungseinrichtungen.
- Gesetzliche Anerkennung von Kita-Rat, Stufen- und Schulparlament sowie eines Klassenrates als ein demokratisches Selbstregulierungsinstrument, zur Konfliktbearbeitung und als partizipatives Selbstbestimmungsorgan.
- Förderung des praktischen Demokratielernens als handlungsorientiertes Üben demokratischen Verhaltens zur besseren Vermittlung von sozialen Kompetenzen, Selbstbewusstsein, politischem Denken.
- Stärkung und Unterstützung der institutionell verfassten, direkt von der Schüler:innenvollversammlung zu wählenden Schüler:innenvertretung (SV) u. a. durch Rede- und Stimmrecht der SV in schulischen Gremien.
- Förderung der aktiven Auseinandersetzung mit den Kinder- und Menschenrechten in Bildungseinrichtungen.
- Anrechnung des ehrenamtlichen Engagements auf Regelstudienzeit und Berufsausbildung.
- Ausbau finanzieller Förderungen für außerschulische Bildungsorte und Senkung finanzieller Hürden ihrer Erreichbarkeit durch Subventionierung. «

Hans Berkessel

Vorsitzender
Landesverband Rheinland-Pfalz
Deutsche Gesellschaft
für Demokratiepädagogik e.V. (DeGeDe)

Gleiche Teilhabe für alle

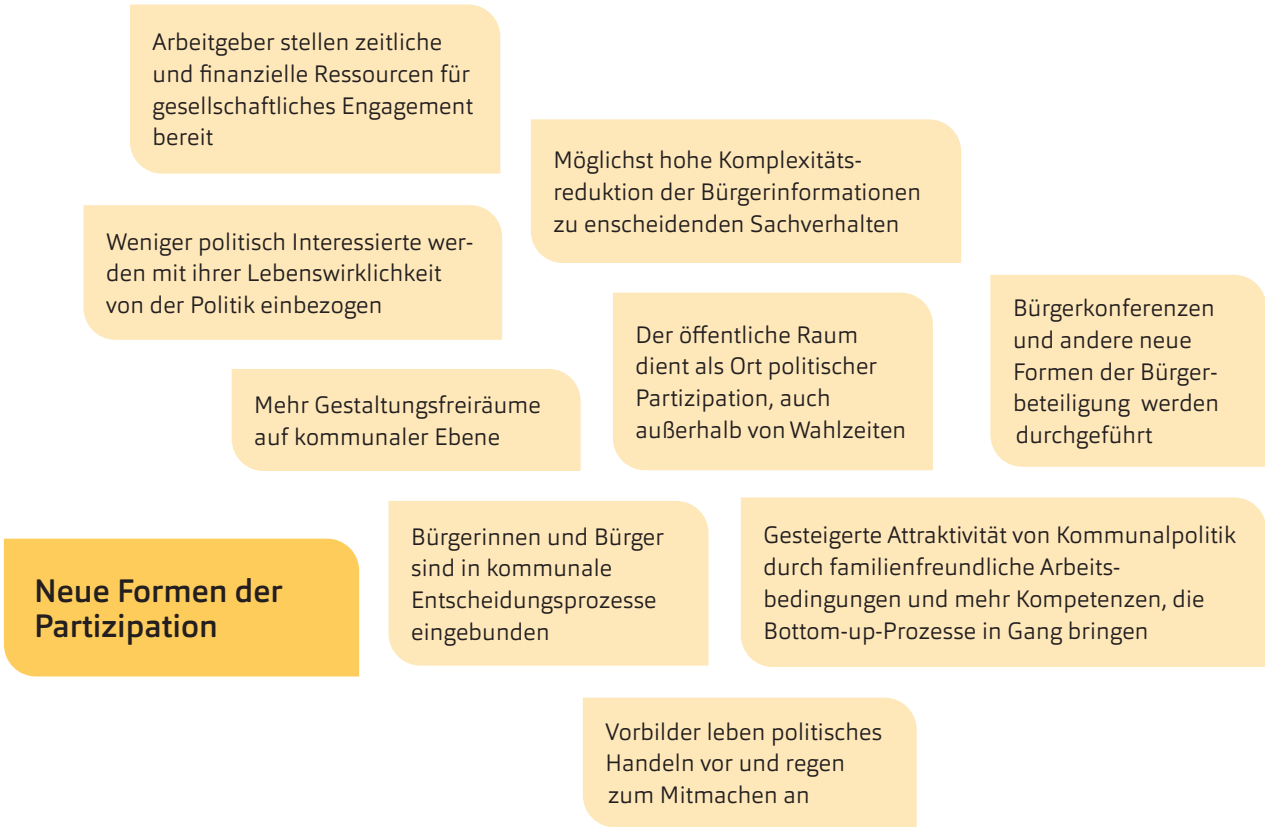
» Politische Teilhabe ist das Lebenselixier der Demokratie, ohne Teilhabe keine Demokratie. Dabei gilt es, widerstreitende Entwicklungen erfolgreich zu verbinden: Manche Menschen wollen sich stärker einbringen als andere, aber zugleich gilt es im Sinne demokratischer Gleichheit sicherzustellen, dass Teilhabe gleichberechtigt und gleich bleibt. Dies gilt umso mehr, als sich die Formen und Formate der politischen Teilhabe immer weiter ausdifferenzieren, nicht zuletzt auch durch die Möglichkeiten, welche die Digitalisierung mit sich bringt. Doch auch die „gute, alte Wahl“ dürfen wir nicht vergessen – sie wird auch zukünftig einen besonderen Stellenwert mit Blick auf politische Teilhabe besitzen, weil sie das am weitesten verbreitete Instrument der Beteiligung ist und damit auch die egalitärste Beteiligungsform darstellt. «

Prof. Dr. Thorsten Faas

Professor und Leiter
Arbeitsstelle Politische Soziologie
Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft
Freie Universität Berlin



WIR 2030 auf einen Blick



Meine Ideen:

Gesundheit und Pflege

104 Zukunftsbilder 2030

108 Menschlich zugewandt und technisch unterstützt
Dr. Matthias Krell

109 Pflege (digital) weiterdenken
Roland Engehausen

110 Wir 2030 auf einen Blick – Gesundheit und Pflege

Das sagen die Expertinnen und Experten

Im Gesundheitswesen ist die Pflegebranche der Jobmotor. Immer mehr Arbeitskräfte werden gebraucht, da die Zahl der Pflegebedürftigen steigt. Dazu müssen Pflegeberufe attraktiver werden und mit bundesweiten Kampagnen Aufmerksamkeit erfahren. Obwohl der Beruf ein positives gesellschaftliches Ansehen hat, entscheiden sich immer weniger junge Menschen für eine Ausbildung in der Pflege. Der steigende Fachkräftebedarf muss weiterhin durch das Anwerben und die Integration ausländischer Fachkräfte aufgefangen werden.

Der Begriff der Pflegebedürftigkeit ist im Pflege-stärkungsgesetz neu definiert, Leistungen für Demenzpatienten und pflegende Angehörige sind verbessert. Nach dem Beispiel von Rheinland-Pfalz führen weitere Bundesländer Landes-pflegekammern ein.

Die Fachkompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Pflegedienst wird weiter ausgebaut, denn mit neuen Behandlungsmethoden, sinkender Verweildauer und höheren Qualitätsansprüchen wachsen die Anforderungen an das Pflegepersonal. Dieses wird verstärkt in Patientenberatung und -begleitung ausgebildet.

Viele qualifizierte Pflegekräfte studieren sich „vom Bett weg“: Sie haben den Wunsch, nach dem Studium ins Pflegemanagement zu wechseln. Es müssen daher Anreize geschaffen werden, um den Absolventinnen und Absolventen eine Perspektive zu bieten sowie die Möglichkeit, das Erlernte in die Praxis zu transferieren.

Lebensumstände und Voraussetzungen von Pflegekräften müssen individuell berücksichtigt werden: Alleinerziehende, Mitarbeiter mit Familie, Mitarbeiter 60 plus.

Zukunftsbilder 2030

Attraktivität der Gesundheits- und Pflegeberufe

Hohe physische und psychische Belastung, vergleichsweise geringe Vergütung und die gesellschaftliche Stigmatisierung von Krankheit und Pflegebedürftigkeit tragen aktuell dazu bei, dass Pflegeberufe als wenig attraktiv gelten. Hinzu kommt die bereits erwähnte Akademisierung.

Jedoch muss im Zuge des demografischen Wandels und der Zunahme von Pflegebedürftigkeit die Zahl der Beschäftigten im Pflegedienst zunehmen.

Dazu wird der Begriff der Fachkraft klarer definiert. Daraus leiten sich Kompetenzen ab, die als Basis für die Weiterentwicklung des jeweiligen Berufsfeldes gelten. In den Pflegeberufen gibt es Entwicklungsmöglichkeiten. Pflegekräfte haben mehr Entscheidungsbefugnisse, auch fachlich. Dies trägt zur Arbeitszufriedenheit bei.

Gesundheitsberufe werden in der Öffentlichkeit als attraktiv beworben, zum Beispiel durch Role Models und prominente Schirmherrschaften. Eine landesweite Kampagne stärkt die Pflege und wertet den Pflegeberuf auf. Gesundheits- und Pflegeberufe erfahren zudem eine finanzielle Besserstellung.

Akzeptanz von Krankheit und Pflegebedürftigkeit

Zur Lebensqualität bis ins hohe Alter gehört die Akzeptanz und Integration von Pflegebedürftigkeit in die Mitte der Gesellschaft. Genauso wichtig ist die Akzeptanz von Präventionsmaßnahmen, die eine Pflegebedürftigkeit so weit wie möglich hinauszögern oder zu vermeiden.

Es ist eine öffentliche Aufgabe, barrierefrei zu denken und zu gestalten. Im Wettbewerb „barrierefreie Kommune“ wird dies deutlich.

Ein Forschungsprojekt nimmt besonders die Bedürfnisse älterer Menschen in den Blick. Ältere Menschen sind selbstverständlich in die Dorfgemeinschaft integriert. Jeder Mensch hat Anspruch auf eine Aufgabe, auch im hohen Alter. Sinnstiftende Tätigkeiten nehmen in der Prävention von Pflegebedürftigkeit eine stabilisierende Rolle ein.

Pflegende Angehörige können Beruf und Pflege besser vereinbaren. Unternehmen bieten pflegenden Angehörigen Unterstützung.

Versorgungssicherheit

Im Flächenland Rheinland-Pfalz sind momentan die Unterstützungssysteme im ländlichen Raum anders als in den Städten. Viele Angehörige können aufgrund der räumlichen Entfernung ihre Angehörigen nicht pflegen.

Die an der Versorgung beteiligten Akteure müssen eng zusammenarbeiten zum Wohl der Patientinnen und Patienten. Industrie und Krankenkassen müssen sicherstellen, dass Arzneimittel den Patienten verlässlich erreichen.

Die Versorgung wird vom Patienten her gedacht.

Jeder Akteur in der Gesundheitsversorgung und Pflege ist zugleich auch Lotse, Schnittstellenprobleme sind gelöst.

Patienten können unabhängig leben und werden in ihrer Erkrankung gesund erhalten. Dazu sind Patientenautonomie und -verantwortung wichtig. Der Begriff von Gesundheit und Krankheit wird neu wahrgenommen.



Es gibt regionale Gesundheitszentren mit niedrigschwelligem Zugang. Die Krankenhausstruktur ist überdacht: Es existieren regionale Angebote im Sinne einer Grund-, Schwerpunkt- und Maximalversorgung.

Pflegebedarf muss refinanzierbar sein. Daher findet ein stetiger Diskurs zur Rolle von privater und gesetzlicher Altersvorsorge statt.

Es ist ausreichend Unterstützung für Menschen die (noch) nicht als pflegebedürftig gelten, im Alltag aber auf Hilfe angewiesen sind, vorhanden. Dafür werden neue Formen des Wohnens und Zusammenlebens realisiert.

Themenbild Gesundheit und Pflege aus der Zukunftsmap „WIR 2030“

Wohnortnahe Versorgung und „Kümmerer“ sind wichtig. Dafür müssen die Kommunen finanziell in der Lage sein, denn sie können die meisten Maßnahmen umsetzen. Die Gemeindeschwester^{plus} ist eine wichtige Unterstützung.

Eine Plattform für Gründerinnen und Gründer im Gesundheitsbereich fördert die Start-up-Mentalität besonders, damit innovative Versorgungsmodelle und Therapien entstehen.

Telemedizin wird als Möglichkeit genutzt, um auch über große Distanzen Patientinnen und Patienten zu versorgen. Dies wird gefördert, ebenso die digitale Kompetenz in der Pflege.

Organisation des Gesundheitswesens

Die Übergänge zwischen verschiedenen Institutionen im Gesundheitswesen sind aktuell offen gestaltet. Menschen werden oftmals aufgrund einer Erkrankung pflegebedürftig, dennoch sind die Schnittstellen zwischen Gesundheit und Pflege unklar. Das System aus ambulanter und stationärer Versorgung ist mit bürokratischen Hemmnissen verbunden, die oftmals zulasten der Patientinnen und Patienten gehen.

Die Kooperation im Gesundheitswesen wird mehr gefördert. Patientinnen und Patienten werden umfassend versorgt – systemintegriert und sektorübergreifend.

In der Ausbildung der Fachkräfte wird mehr Wert auf Interdisziplinarität und einen Qualifikationsmix gelegt, damit Patienten ganzheitlich versorgt werden können. Flexibilität und Anpassung bei den Ausbildungsinhalten gehen auf neue Entwicklungen im Gesundheitsbereich ein. Auch die psychologische Komponente wird dabei berücksichtigt.

In das Gemeinsame Landesgremium nach §90a SGB V sind Industrie, Apotheken und Patientenvertreter einbezogen. Es hat Entscheidungskompetenz und eine klare Aufgabenwahrnehmung. Es gibt Leitlinien der interprofessionellen und länderübergreifenden Zusammenarbeit.

Die Digitalisierung hat dazu geführt, dass bestehende Strukturen aufgebrochen sind: Webbasier- te Plattformen unterstützen die Vernetzung von Arzt, Patient und Pflegekraft. Patientendaten stehen schnittstellenübergreifend zur Verfügung. Die neuen technologischen Möglichkeiten schaffen mehr Teilhabe für Patientinnen und Patienten.

Das wird 2030 anders sein

- › Gesundheits- und Pflegeberufe haben gesellschaftliche Anerkennung und sind finanziell attraktiv.
- › Pflegebedürftigkeit ist in der Mitte der Gesellschaft akzeptiert.
- › Jeder Mensch hat Anspruch auf eine Aufgabe – bis ins hohe Alter.
- › Gesundheitsversorgung wird vom Patienten her gedacht.
- › Sektorübergreifende, interdisziplinäre und interprofessionelle Zusammenarbeit sichert eine umfassende Versorgung.
- › Regionale Gesundheitszentren stärken die Versorgung vor Ort.
- › Telemedizinische Angebote unterstützen die flächendeckende Versorgung.

Menschlich zugewandt und technisch unterstützt



» Die Menschen haben 2030 in allen Lebensphasen die Chance, gesund zu leben und medizinische Vorsorgeleistungen zu nutzen. Zu einem gesundheitsförderlichen Lebensstil zählt auch, durch Begegnungsstätten, die Einbindung in soziale Netzwerke, die Förderung ehrenamtlichen Engagements und Kümmerer im Quartier bzw. Dorf der Vereinsamung von Menschen entgegenzuwirken. Im Bereich Pflege bedarf es nicht nur genügender und hinreichend qualifizierter Fachkräfte, sondern auch der Prüfung von Unterstützungssystemen aus Elektronik und Robotik. Deren Vorteile klug zu nutzen, ohne die menschliche Zuwendung in den Hintergrund zu rücken, unterstützt sinnvoll die Anforderungen in der Pflege. In einer pluralen Gesellschaft gilt es darüber hinaus, der kulturellen und ethnischen Vielfalt ebenso gerecht zu werden wie unterschiedlichen sexuellen und geschlechtlichen Identitäten und Lebensformen. Die dafür notwendige hohe Informiertheit ermöglicht einen selbstverständlichen Umgang mit vielfältigen Lebensentwürfen. «

Dr. Matthias Krell
Geschäftsführer
Landeszentrale für
Gesundheitsförderung
in Rheinland-Pfalz e.V.

Pflege (digital) weiterdenken



» Angesichts der demografischen Entwicklung müssen wir Pflegeberatung künftig weiterdenken. (Digitale) Pflegestützpunkte, Pflegekassen sowie Beratungsangebote von Kommunen könnten durch digitale Vernetzung zukünftig transparenter über Leistungen und Unterstützungsangebote informieren. Dabei spielt auch die präventiv ausgerichtete Beratung vor der Pflegebedürftigkeit eine sehr wichtige Rolle. Digitale Beratung sollte die persönliche Beratung natürlich lediglich ergänzen. Immer mehr Menschen wohnen allein und möchten solange wie möglich in den eigenen vier Wänden oder einer vergleichbaren Situation leben. Wohngruppen könnten perspektivisch eine Alternative zu Pflegeheimen sein, sofern dort vergleichbar hohe Hygiene- und Qualitätsstandards gelten. Sie sind familiärer und überschaubarer. Gleichzeitig machen sie einen effizienten Einsatz von Fachkräften und Technik möglich. Diese Wahlfreiheit durch neue Wohn-Pflege-Formen bieten mehr Lebensqualität und eine aktive Teilhabe am sozialen Leben. «

Roland Engehausen
Vorstand
IKK Südwest

WIR 2030 auf einen Blick



Auskommen

- 114 Zukunftsbilder 2030
- 117 Menschenwürdiges, teilhabeorientiertes Leben
Gisela Bill
- 118 Wir 2030 auf einen Blick – Auskommen

Das sagen die Expertinnen und Experten

Das bislang zentrale Kriterium der Gerechtigkeit moderner Industriegesellschaften, die berufliche Leistung, lässt sich immer schwieriger anwenden. Individuelle Leistung ist oftmals kaum zu definieren und zu messen, auch mit Blick auf die Digitalisierung. Zielvorstellungen wie zum Beispiel ein sicherer Arbeitsplatz waren bisher und sind weiterhin einem Großteil der Bevölkerung wichtiger als soziale Gerechtigkeit. Eine soziale Gerechtigkeit als solche gibt es nicht. Es wird zwischen mindestens vier Formen sozialer Gerechtigkeit unterschieden: Leistungsgerechtigkeit, Chancengerechtigkeit, Bedarfsgerechtigkeit und egalitäre Gerechtigkeit. Diese Dimensionen werden oft besonders akzentuiert, wenn es um Sektoren wie etwa Chancengleichheit im Bildungssystem und Leistungsgerechtigkeit im Erwerbsleben geht. Innerhalb der sozialen Gruppen werden sie mit unterschiedlichen Schwerpunkten gesehen.

Soziale Herkunft zeichnet immer noch den Weg zur Bildung und den späteren Erwerb. Langzeitarbeitslosigkeit ist „vererbbar“. Deswegen sind frühkindliche Bildung, Talentförderung und Defiziterkennung wichtig, gleichzeitig die berufliche Beratung und Weiterbildung.

Der Arbeitsmarkt ist gestaltbar – Arbeit ist einfacher anzupassen als der Mensch selbst. Die Frage muss daher sein, wie der Arbeitsmarkt an den Menschen angepasst werden kann, nicht umgekehrt.

Der Arbeitsmarkt ist geprägt von zwei sich widersprechenden Wahrnehmungen. Zum einen der Sicht, dass Arbeitsplätze verlorengehen; dies führt zu Forderungen nach einem bedingungslosen Grundeinkommen. Zum anderen läuft unsere Gesellschaft auf eine demografische Lücke zu, die dazu führen wird, dass Arbeitsplätze unbesetzt bleiben. Oftmals wird nur gesehen, welche Arbeitsplätze wegfallen, nicht aber welche neu entstehen, beispielsweise durch die Digitalisierung.

Zukunftsbilder 2030

Eine Aufgabe für jeden Menschen

Globalisierung, Digitalisierung und technologische Entwicklungen führen aktuell dazu, dass der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften steigt, der Bedarf an geringer Qualifizierten dagegen sinkt.

Sinnstiftende Tätigkeiten für Ungelernte und geringer Qualifizierte werden in Kooperation von öffentlicher Hand und Unternehmen geschaffen. Langzeitarbeitslose Menschen werden stufenweise in den Arbeitsalltag integriert, dabei stetig begleitet und betreut.

Der Wert der Arbeit

Die Digitalisierung greift entscheidend in den Arbeitsmarkt ein, sie prägt den Wert der Arbeit und das Einkommen.

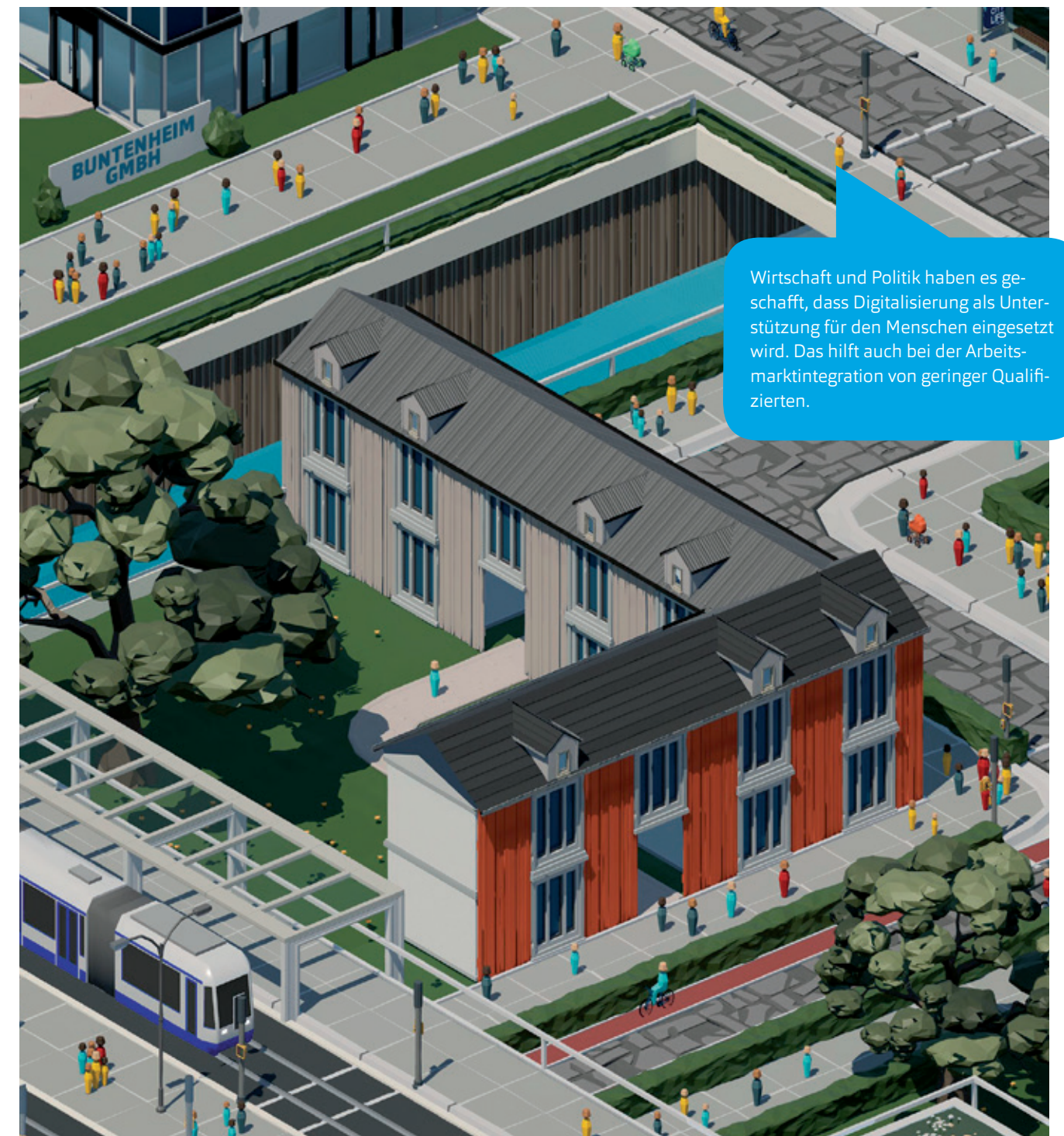
Soziale Berufe brauchen mehr Wertschätzung, finanziell und gesellschaftlich. Arbeitsprozesse in der Pflege müssen überdacht werden, um Pflegeberufe attraktiver zu machen.

In einem stetigen gesellschaftlichen Diskurs müssen Fragen zur Bedeutung des vorherrschenden Wachstumsaxioms und zu Chancengleichheit behandelt werden. Besonders Menschen aus einkommensschwachen Gruppen sollten ermuntert werden, am gesellschaftlichen Diskurs teilzunehmen und sich politisch einzubringen. Für den permanenten gesellschaftlichen Diskurs und eine differenzierte Wertedebatte muss es geeignete Plattformen geben.

Bekämpfung von Armut

Bevölkerungsgruppen sind momentan unterschiedlich stark von Armut betroffen und sollten daher individuell gefördert werden. Kinder- und Altersarmut betreffen vor allem Alleinerziehende und Menschen mit Migrationshintergrund. Zudem sichert die aktuelle hohe Teilzeitquote von Alleinerziehenden nicht das Auskommen.

Familienförderung wird sich an die Lebenswirklichkeit der Familie anpassen. Das bedeutet, auch alternative Familienmodelle werden berücksichtigt. Fördermaßnahmen werden kontinuierlich gestaltet. Die Finanzpolitik zielt auf Gleichberechtigung, sozialen Ausgleich und Steuergerechtigkeit.



Wirtschaft und Politik haben es geschafft, dass Digitalisierung als Unterstützung für den Menschen eingesetzt wird. Das hilft auch bei der Arbeitsmarktintegration von geringer Qualifizierten.

Themenbild Auskommen aus der Zukunftsmap „WIR 2030“

Durchlässiges Bildungssystem

Keine Schülerin und kein Schüler verlässt die Schule ohne Abschluss.

Dazu müssen Talent- und Defiziterkennung sowie die frühkindliche Bildung verbessert werden. Für den Erzieherberuf werden auch mehr qualifizierte Männer begeistert.

Das Bildungssystem ist durchlässig und bietet allen Kindern dieselben Aufstiegschancen.

Das wird 2030 anders sein

- › Arbeit passt sich an den Menschen an.
- › Soziale Berufe erfahren gesellschaftlich und finanziell mehr Wertschätzung.
- › Qualifizierte Männer interessieren sich für den Erzieherberuf.
- › Lebenslanges Lernen und Weiterbildung sind selbstverständlich.

Es erfolgt eine spätere Bildungssegregation – erst nach dem 6. statt nach dem 4. Schuljahr. Schulen und Familien arbeiten enger zusammen, Lehrer werden vermehrt als Vermittler von Werten und als Erzieher ausgebildet. An den Schulen werden zunehmend Beratungsstellen und Familienzentren angedockt.

Lebenslanges Lernen bleibt wichtig. Besonders geringer Qualifizierte, für die das Jobangebot tendenziell abnehmen wird, brauchen geeignete Weiterbildungsangebote. Unternehmen müssen Möglichkeiten der Weiterbildung im eigenen Unternehmen schaffen.

Menschenwürdiges, teilhabeorientiertes Leben

» Das ist für viele Menschen ein frommer Wunsch! Die Sorge nicht auszukommen mit dem Einkommen kann das Leben zu einem einzigen Stress machen. Da ist die Angst vor dem schnellen Abstieg durch Arbeitsplatzverlust oder trotz Vollerwerbsarbeitsplatz zum Sozialamt gehen zu müssen. Oder die Angst vor der Altersarmut durch prekäre, nicht existenzsichernde Jobs – insbesondere für Frauen. Es entstehen Unsicherheit, Abhängigkeit und Ausgrenzung. Das macht Menschen krank und verkürzt ihre Lebenserwartung. Krank macht die zunehmende Spreizung zwischen Arm und Reich auch unsere Gesellschaft. Abstiegsängste und mangelnde Teilhabe schwächen den Zusammenhalt, vergiften das gesellschaftliche Klima, leisten dem Rechtspopulismus Vorschub und bringen die Demokratie in Gefahr. Lösungsansätze sind u. a. in einer Umverteilung der Einkommen von oben nach unten und der Belastungen von unten nach oben, einem existenzsichernden Mindestlohn und steigenden Reallöhnen zu finden. Statt des sanktionsbewehrten „Hartz IV“ muss eine armutsfeste Form der Grundsicherung ein zeitgemäßes Garantieverprechen des Sozialstaates für ein menschenwürdiges, teilhabeorientiertes Leben geben. «

Gisela Bill

Vorsitzende Landesfrauenbeirat
Rheinland-Pfalz
und langjährige Geschäftsführerin
Verein „Armut und Gesundheit
in Deutschland e.V.“



WIR 2030 auf einen Blick

Fragen zur Bedeutung des vorherrschenden Wachstumsaxioms und zu Chancengleichheit werden in einem stetigen gesellschaftlichen Diskurs behandelt

Menschen aus einkommensschwachen Gruppen nehmen am gesellschaftlichen Diskurs teil und engagieren sich politisch

Arbeitsprozesse in der Pflege werden überdacht, um Pflegeberufe attraktiver zu machen

Es gibt Plattformen für einen permanenten gesellschaftlichen Diskurs und eine differenzierte Wertedebatte

Soziale Berufe erfahren finanzielle und gesellschaftliche Wertschätzung

Der Wert der Arbeit

Auskommen

Bekämpfung von Armut

Anpassung der Familienförderung an die Lebenswirklichkeit der Familie

Berücksichtigung alternativer Familienmodelle bei der Familienförderung

Ziel der Finanzpolitik ist Gleichberechtigung, sozialer Ausgleich und Gerechtigkeit

Fördermaßnahmen werden kontinuierlich gestaltet

Das Bildungssystem ist durchlässig für Kinder aller sozioökonomischen Gruppen

Gute Talent- und Defiziterkennung in der frühkindlichen Bildung

Lehrerinnen und Lehrer sind als Vermittler von Werten und als Erzieher ausgebildet

Enge Zusammenarbeit von Schulen und Familien

Unternehmen bieten Möglichkeiten zur Weiterbildung im eigenen Unternehmen

Lebenslanges Lernen und besondere Angebote der Weiterbildung für Geringqualifizierte bleiben wichtig

Keine Schülerin und kein Schüler verlässt die Schule ohne Abschluss

Die Bildungssegregation erfolgt nach dem 6. Schuljahr

An den Schulen sind Beratungsstellen und Familienzentren angedockt

Durchlässiges Bildungssystem

Für den Erzieherberuf begeistern sich auch qualifizierte Männer

Eine Aufgabe für jeden Menschen

Sinnstiftenden Tätigkeiten, z. B. für Ungelernte und geringer Qualifizierte in Kooperation von öffentlicher Hand und Unternehmen

Langzeitarbeitslose werden in den Arbeitsalltag integriert, stetig begleitet und betreut

Meine Ideen:

Vielfalt

122 Zukunftsbilder 2030

125 Ein Platz in der Gemeinschaft
Michael Huber

126 Unterschiede sichtbar machen
Joachim Schulte

127 Vielfalt ist Fortschritt
Miguel Vicente

128 Wir 2030 auf einen Blick – Vielfalt

Das sagen die Expertinnen und Experten

In den vergangenen 60 Jahren hat Deutschland von Zuwanderung profitiert und wird aufgrund der demografischen Entwicklung auch weiterhin auf sie angewiesen sein. Die Prägung als Einwanderungsgesellschaft ist bisher noch nicht Bestandteil deutscher Identität geworden. Migration wird verbreitet noch als Ausnahme-situation wahrgenommen.

Integration bedeutet Anerkennung und Teilhabe der Zugewanderten. Eine erfolgreiche Einwanderungsgesellschaft braucht eine gelebte freiheitlich demokratische Haltung, die auf Teilhabe und Anerkennung aller setzt und sich nicht von Leitkulturdebatten vereinnahmen lässt.

Eine auf gesellschaftlichen Fortschritt setzende Gesellschaft braucht Vielfalt als ihre treibende Kraftquelle.

Für Menschen mit Behinderung wurde in der Vergangenheit bereits viel erreicht. Dazu beigetragen haben unter anderen die UN-Menschenrechtskonvention sowie das Landes- und das Bundesteilhabegesetz. Aktionspläne zur Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung des Bundes und des Landes verbessern die Situation.

Defizitorientierte Begriffe verschwinden zunehmend aus dem allgemeinen Sprachgebrauch. Es ist nach wie vor die Gesellschaft, die Menschen behindert.

Jeder Mensch mit Behinderung hat Fähigkeiten, die einen Wert haben – auch im Arbeitsleben. Es ist weiterhin wichtig, an der Integration von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt zu arbeiten.

Die menschengemachte Klassifizierung von „normal“ und „anders“ muss aufgebrochen werden. 74 Prozent der Homosexuellen und 83 Prozent der transidenten Menschen kennen das Erlebnis von Anderssein. Dabei steht dieses „anders sein“ im Gegensatz zu einer als normal gesetzten Norm.

Die Stärken des „anders sein“ müssen mehr in den Blick genommen werden. Sie sind Teil einer Emanzipationsbewegung, die Einstellungen ändern kann, wie bei der „Ehe für alle“. Allen als anders geltenden Gruppen ist gemeinsam, dass sie ihre Ziele gegen Widerstände entwickeln und dabei zum Beispiel aus Rückschlägen Resilienz aufbauen.

Vielfalt setzt Akzeptanz voraus. Dabei meint Akzeptanz nicht Toleranz, sondern echtes Interesse am Anderen und den Mut, Dinge miteinander auszuhandeln.

Auch hier muss Sprache sensibel sein. Der Begriff „Minderheit“ impliziert beispielsweise eine Hierarchie, weil die Mehrheit als das Gewichtigere gedacht wird.

Zukunftsbilder 2030

Sichtbarkeit

Vielfalt ist öffentlich sichtbar, Vorbilder stehen für Vielfalt. Das Positive an Vielfalt wird vermittelt. Bereits Erreichtes wird innerhalb der Organisationen und in der Öffentlichkeit kommuniziert.

Vielfalt ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

Kampagnen mit Vorbildern helfen, Vielfalt bewusst zu machen. Sie sind positiv und wertschätzend.

Damit Vielfalt konsequent gelebt werden kann, prägt Ehrlichkeit den Umgang mit Vielfalt. Unterschiede sind erlebbar, zum Beispiel durch Rollentausch. Das können Institutionen auch intern organisieren.

Werte verändern sich mit einer Gesellschaft. Damit Vielfalt gelebt werden kann, gibt es einen Konsens über gemeinsame Wertvorstellungen. Es gibt rechtliche Sicherheit, Vielfalt zu leben. Freiheit und rechtliche Grenzen sind deutlich. Eine menschenrechtsorientierte Politik ermöglicht Selbstvertretung und Emanzipation von Minderheiten.

„Häuser der Vielfalt“, die es im ganzen Land gibt, sind Begegnungsorte, in Selbstorganisation geführt. Sie sind zentrale Anlaufstelle, auch als Impulsgeber für weitere Ideen.

Vielfalt zu leben, beginnt mit jedem Einzelnen und jeder Einzelnen. In der Kita und in der Schule wird Vielfalt gefördert, denn eine top-down-Vermittlung von Vielfalt ist nicht erfolgreich. Bereits in der Schule beginnt das Umdenken: weg von Defizitorientierung hin zu individuellen Stärken.



Themenbild Vielfalt aus der Zukunftsmap „WIR 2030“

Digitalisierung

Für die digitale Welt müssen Vielfaltsstrategien entwickelt werden. Die Auswirkungen der Digitalisierung auf Vielfalt wird aufmerksam beobachtet. Algorithmen werden im gesellschaftlichen Kontext weiter zunehmen; mit Blick auf Vielfalt ist ein besonderes Augenmerk auf ihr Potenzial zur Diskriminierung bestimmter Bevölkerungsgruppen gelegt. Antidiskriminierungsregeln für Algorithmen sind geschaffen. Die Arbeitsplätze der Zukunft sind Arbeitsplätze für alle. Alle Institutionen brauchen Leitbilder, in denen Vielfalt enthalten ist.

In der Arbeitswelt

Die Digitalisierung erhöht die Möglichkeit zur Integration von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt. Sie ist zugleich eine große Hilfe in der Arbeitswelt und im privaten Alltag.

Einstellungsverfahren für Menschen mit Behinderung sind vereinfacht. Es gibt verstärkt Ausbildung im Betrieb und fließende Übergänge beim Einstieg.

**Vielfalt ist ein Standortvorteil.
Diversity-Strategien nutzen allen
Unternehmen, sie sind Chef-Sache.**

Das wird 2030 anders sein

- › Es gibt einen weitgehenden Konsens über gemeinsame Wertvorstellungen, um in einem harmonischen Miteinander in Vielfalt zu leben.
- › Vielfalt ist sichtbar, Unterschiede und Anderssein sind mit ihren jeweiligen Stärken akzeptiert, Defizitorientierung überwunden.
- › Selbsthilfeorganisationen und Selbstorganisation sind ermöglicht, Diversität in alle gesellschaftlichen Bereiche eingebunden.
- › Im ganzen Land gibt es „Häuser der Vielfalt“, die der Vernetzung und als Impulsgeber dienen.
- › Diskriminierung aufgrund von Algorithmen wird vorgebeugt und erkannt.

Ein Platz in der Gemeinschaft

» Das Bewusstsein für Vielfalt im Alltag durch Menschen mit Behinderung gilt es weiter zu stärken: Kinder mit und ohne Beeinträchtigungen in integrativen Kitas lernen von klein auf, vorbehaltlos miteinander umzugehen. Später im Arbeitsleben bringen sie oftmals besondere Fähigkeiten mit, die auch Unternehmen des ersten Arbeitsmarkts zugutekommen können. Gemeinsame Wohn- und Freizeitangebote fördern gleiche Interessen und ein besseres Verständnis untereinander. Zwei Personengruppen fallen dabei in Zukunft besonders ins Gewicht: Zum einen sorgen der demografische Wandel und der medizinische Fortschritt dafür, dass es auch immer mehr Seniorinnen und Senioren mit Beeinträchtigung gibt, die einen Platz in der Gemeinschaft brauchen. Zum anderen wächst auch die Zahl der Schwerstmehrfachbehinderten, denen viele Teilhabewege nicht offenstehen und die daher besondere Bildungs- und Betreuungsangebote benötigen. Insgesamt muss sich die Gesellschaft aufs Neue dazu bekennen, dass Menschen mit Behinderung einen durchaus bereichernden Wert für sie haben. «

Michael Huber
Geschäftsführer
in.betrieb gGmbH



Unterschiede sichtbar machen



» Rechtliche Gleichstellung und gesellschaftliche Akzeptanz sind die beiden Grundpfeiler gesellschaftlichen Zusammenlebens.

Dazu gehören:

- ein Landesantidiskriminierungsgesetz,
- ein Artikel in der Landesverfassung, der die Würde und den Schutz des Individuums als Verpflichtung aller staatlichen Gewalt definiert und ein Diskriminierungsverbot enthält.

Dazu gehören auch:

- Öffentlichkeitsarbeit auf Landes- und kommunaler Ebene, die Vielfalt so zeigt, dass Unterschiedlichkeit sichtbar wird.
- Ansprechpersonen im Fall von Diskriminierung in öffentlichen Einrichtungen, in den Betrieben und an allen Ausbildungsorten,
- verpflichtende Module in allen Ausbildungen im Bereich Bildung, Gesundheit, Verwaltung, Polizei, Justiz, Sport und Medien, die queere Menschen sichtbar einschließen.

Für 2030 wünschen wir uns, dass unsere ehrenamtliche Akzeptanzarbeit, die wir als Teil der Demokratieentwicklung sehen, über bezahlte Strukturen als Rückgrat verfügt, die sie dauerhaft tragen. «

Joachim Schulte

Sprecher QueerNet Rheinland-Pfalz e.V.

Vielfalt ist Fortschritt

» Wenn etwas unsere Gesellschaft auszeichnet, dann ist es ihre große Vielfalt. Unterschiedliche Lebensstile und Weltanschauungen machen unser Leben nicht nur bunter und interessanter, sondern auch komplizierter und konflikträchtiger. Manche Menschen suchen daher einfache Lösungen und sind anfällig für eine populistische Rhetorik der Ausgrenzung und des Nationalismus. Diese Abwehrhaltungen richten sich oft gegen Zugewanderte, gegen Flüchtlinge und Muslime. Aber im Grunde treffen sie unsere gesamte Gesellschaft, unsere liberale Demokratie, die auf der Maxime der Wahrung der Menschenrechte ruht.

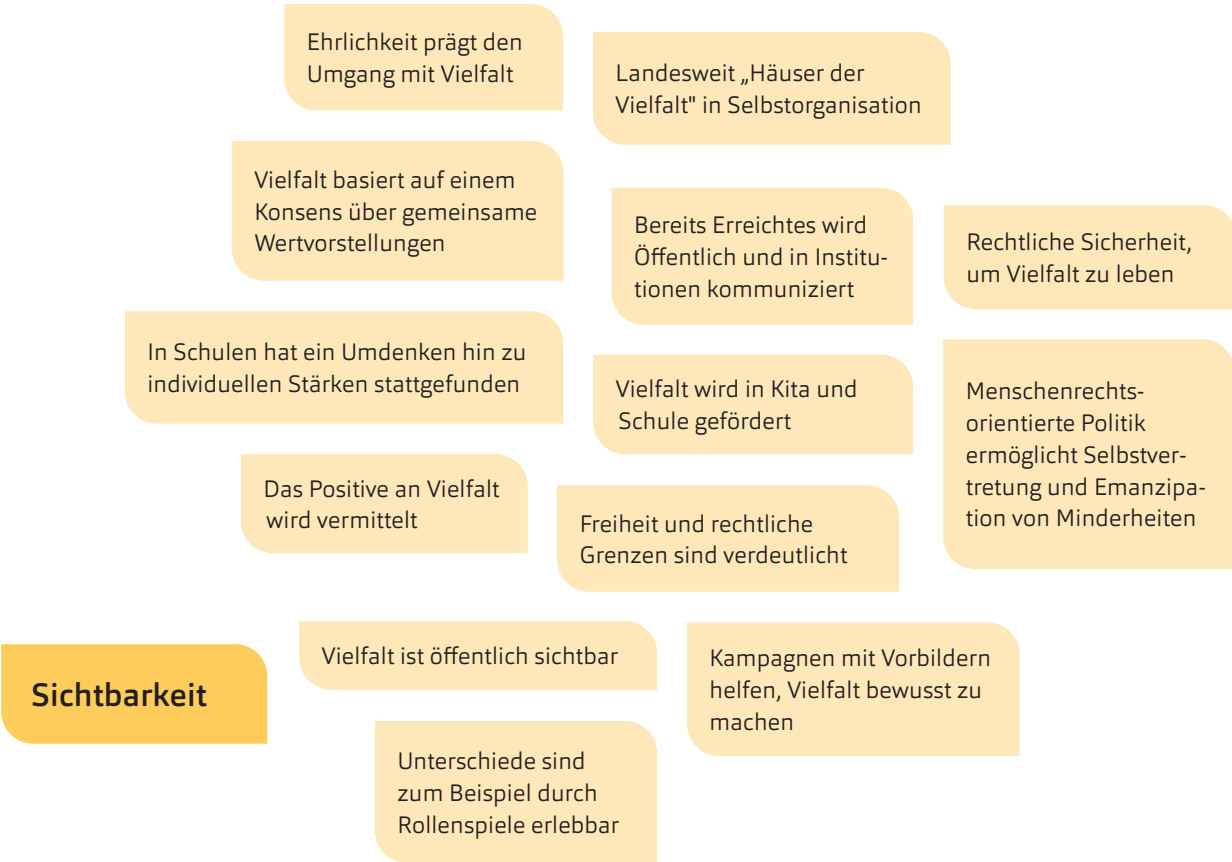
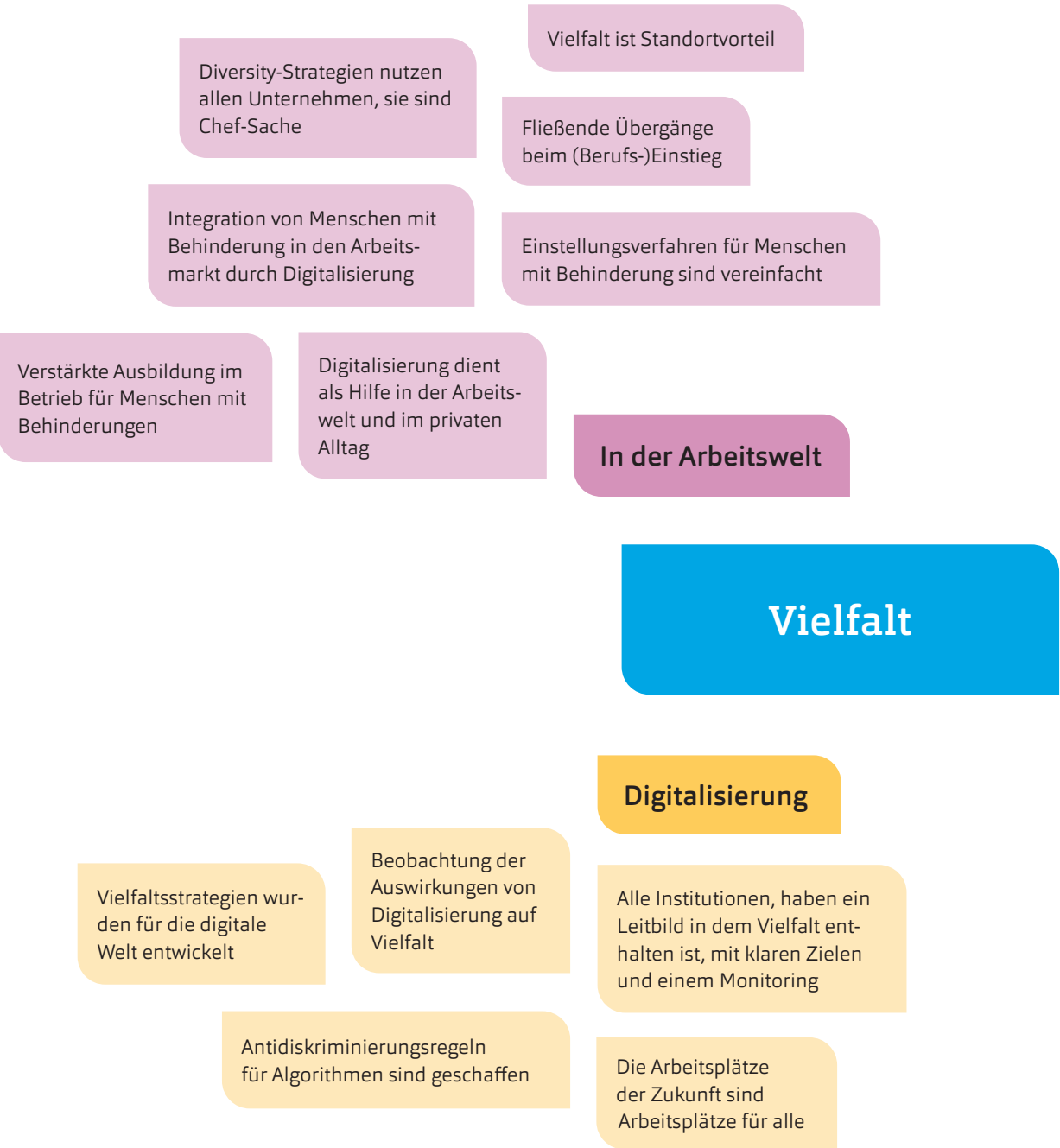
Daher gilt es noch stärker, unsere Haltung und unser Handeln auf die Anerkennung und Teilhabe aller Menschen auszurichten. Und sich unmissverständlich gegen jedwede Art der Ausgrenzung bestimmter Menschen oder Gruppen zu stellen. Zugleich sollten wir unser Bewusstsein dafür schärfen, dass gesellschaftliche Vielfalt und kultureller Austausch immer eine unverzichtbare Quelle gesellschaftlichen Fortschritts waren. «

Miguel Vicente

Landesbeauftragter für Migration und Integration,
Ministerium für Familie, Frauen, Jugend,
Integration und Verbraucherschutz
des Landes Rheinland-Pfalz



WIR 2030 auf einen Blick



Meine Ideen:



Das Projekt Gesellschaft 2030

Feedback aus den
Institutionen

Das Begleitgremium

Informationen zur
rheinland-pfalzweiten Umfrage

Stationen des Projekts

Feedback aus den Institutionen

Wir haben die Vertreterinnen und Vertreter der Institutionen aus dem Begleitgremium am Ende des Projekts noch einmal um ihre Einschätzung gebeten. Hier ist ein Ausschnitt ihrer Antworten:

ZIRP FRAGE KARTE

Welche Themen sollten im öffentlichen Diskurs mehr Beachtung finden, wenn es um die Gestaltung der zukünftigen Gesellschaft geht?

- Welche Angebote gibt es für alleinstehende und -lebende Menschen um Einsamkeit vorzubeugen?
- Die Rolle von Sozialunternehmen bzw. nachhaltigen Unternehmen
- Basisdemokratische Strukturen (liquid democracy)
- Mir fehlt der Bezugsrahmen zu Arbeit 4.0 = mehr freie Zeit

- Strukturelle Fragen: Vorkommen von Frauen; Männer in der Familie
- Mir fehlt der Einbezug des demografischen Wandels = Alter, der wichtig für Partizipation und Ehrenamt ist. Auch für Ehrenamt zwischen den Generationen
- Mehr Fokus auf Inklusion aller Arten von Minderheiten
- Ausbildungsalternativen zum Studium schaffen

- Digitalisierung ist anfällig für Manipulation! Darauf sollte hingewiesen werden
- Quereinstieg vs. Fachlichkeit! Fachliche Ausbildung nicht unterschätzen
- Die Schaffung von Räumen für Teilhabe, auch außerhalb der Schule, z. B. Plattformen und Netzwerke, in denen Ehrenamt sichtbarer wird

- In der Schule lebensnahes Wissen lehren z. B. Versicherungen, Steuererklärung, Vorträge halten
- Bildung nicht mehr auf Wissen, sondern „Umgang mit Wissen“ und Persönlichkeit auslegen
- Bildung an niedrigschwellige Orte lenken, nicht in den „klassischen“ Orten wie Bibliotheken belassen
- Alles bedingt einander: Mediennutzung und digitale Kommunikation und damit auch Bildung

- Vereine sind auch wichtige Akteure für Demokratiebildung – und sollten es auch weiterhin sein
- Pflege und Freizeitangebote im ländlichen Raum
- Mobilität: kostenfreier ÖPNV und Tickets für Schülerinnen und Schüler, nicht nur zwischen Schule und Wohnort, sondern in der gesamten Region

ZIRP FRAGE KARTE

Welche Ergebnisse aus dem Projekt sind für Sie am wichtigsten?

- Chancengleichheit für alle Bevölkerungsgruppen
- Eine Wirtschafts- und Arbeitswelt, die es erlaubt zu lernen, privaten und gesellschaftlichen Herausforderungen gerecht zu werden
- Mehr Nähe zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Politik
- Stärkung des gesellschaftlichen Dialogs hin zu einem konstruktiven, vorurteilsfreieren und weniger klischeehaften Austausch

- Erziehungszeit gleichwertig mit Erwerbstätigkeit; mehr Familienzeit
- Entbürokratisierung für Existenzgründer
- Technologien haben einen positiven Einfluss auf Gesellschaft, Transparenz und Demokratie, sie geben Raum zur Entfaltung
- Die Gesellschaft ist digital fit, überregional und international vernetzt sowie regional verwurzelt
- Ländlichen Wohnraum integrieren; verbesserte Infrastruktur auf dem Land

- Sicherung von Standards in jeglichen gesellschaftlichen Bereichen
- Bezahlbarer Wohnraum
- Ältere sollen gesellschaftlich nicht abgehängt werden
- Nachhaltige Investitionen in Bildung
- Anreize für Lehrerberuf: Rahmenbedingungen verändern, Ausbildung didaktischer & medienorientierter gestalten
- Aufwertung von sozialen Berufen

- Vorhandensein von Gesundheitszentren
- Wohn/-Pflegeprojekte
- Arbeitszeitkonto für Lebensarbeitszeit
- Medienkompetenz muss immer Thema sein, aber eben nicht mehr mit den gleichen Fragestellungen wie heute
- Mobilität ist energieneutral
- Nachhaltigkeit und Klimabewusstsein als Orientierungsrahmen

- Unbefristete Arbeitsverträge/gesicherte Übernahmen nach Ausbildung, damit Generationenzusammenhalt gestärkt werden kann
- Inhalte in Kultureinrichtungen werden demokratisch bestimmt
- Kooperation von unterschiedlichen Institutionen
- Medienkompetenz als Querschnittsthema in allen Schulformen und Bildungseinrichtungen
- Gleichstellung der Geschlechter

Wir danken den Expertinnen und Experten des Begleitgremiums:

- **Staatssekretär Dr. Denis Alt**
Staatssekretär des Ministeriums für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz
- **Prof. Dr. Immacolata Amedeo**
Direktorin des Ernst-Bloch-Zentrums der Stadt Ludwigshafen am Rhein
- **Michael Aus**
Referatsgruppenleiter im Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz
- **Pfarrer Albrecht Bähr**
Landespfarrer, Vorstandsvorsitzender, Diakonisches Werk Pfalz und Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Diakonie in Rheinland-Pfalz, Mainz
- **Michael Bergweiler**
Geschäftsführer der Special Olympics Rheinland-Pfalz e.V., Koblenz
- **Hans Berkessel**
Vorsitzender des Landesverbandes RLP der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik e.V. (DeGeDe), Ingelheim
- **Gisela Bill**
Vorsitzende des Landesfrauenbeirats Rheinland-Pfalz
- **Thorsten Bröcker**
Hauptgeschäftsführer des vnm.die arbeitgeber e.V., Koblenz
- **Dr. Hans-Günther Clev**
Geschäftsführer der ZukunftsRegion Westpfalz e.V., Kaiserslautern
- **Ricardo de Oliveira**
Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Rheinland-Pfalz/Saarland, Saarbrücken
- **Elisabeth Detering**
Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Rheinland-Pfalz/Saarland, Saarbrücken
- **Dr. Karin Drda-Kühn**
Geschäftsführerin des Kultur und Arbeit e.V., Bad Mergentheim
- **Vinzenz du Bellier**
Caritasdirektor für die Diözese Speyer
- **Katja Friedrich**
Geschäftsführerin der medien+bildung.com gGmbH, Lernwerkstatt Rheinland-Pfalz, Ludwigshafen
- **Volker Gallé**
Kulturkoordinator der Stadtverwaltung Worms

- **Christine Gothe**
stellv. Leiterin des ver.di-Landesbezirks Rheinland-Pfalz/Saarland, Mainz
- **Prof. Dr. Jürgen Hardeck**
Geschäftsführer Kultursommer Rheinland-Pfalz der Stiftung Rheinland-Pfalz für Kultur, Mainz
- **Susanne Hannes**
Referentin für Soziale Wohnraumförderung im Ministerium der Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz
- **Birger Hartnuß**
Leitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung der Staatskanzlei des Landes Rheinland-Pfalz
- **Egon Heberger**
Gesellschafter der Heberger GmbH, Schifferstadt
- **Dr. Hartmut Heidenreich**
Vorstandsmitglied des Entwicklungspolitischen Landesnetzwerkes Rheinland-Pfalz ELAN e.V., Zornheim
- **Univ.-Prof. Dr. Marina Hennig**
Leiterin des Arbeitsbereichs Netzwerkforschung und Familiensoziologie, Johannes Gutenberg-Universität Mainz
- **Marianne Himmel**
Abteilungsleiterin im Ministerium der Justiz des Landes Rheinland-Pfalz
- **Michael Huber**
Geschäftsführer der in.betrieb gGmbH, Gesellschaft für Teilhabe und Integration, Mainz
- **Brigitte Juchems**
Leiterin des Regionalbüros Rheinland-Pfalz/Saarland der Friedrich-Ebert-Stiftung, Mainz
- **Prof. Dr. Sven Karstens**
Professor für Psychotherapie im Fachbereich Informatik der Hochschule Trier
- **Dr. Stephan Kerbeck**
Amtsleiter für Stadtentwicklung, Statistik und Wahlen der Stadtverwaltung Mainz
- **Achim Kistner**
Geschäftsführer des Regionalrats Wirtschaft, Rhein-Hunsrück e.V., Simmern
- **Anne Köhr**
Leiterin des Bereichs Wirtschaftspolitik und Bildung der Landesvereinigung Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz, Mainz
- **Dr. Oliver Kornhoff**
Geschäftsführer der Landesstiftung Arp Museum, Remagen



Wir bedanken uns bei den Expertinnen und Experten, die das Projekt mit Ihrem Wissen und Ihren Ideen bereichert und begleitet haben. Die folgenden Personen haben eingewilligt, an dieser Stelle genannt zu werden.

- **Eva Kreienkamp**
Geschäftsführerin der MVG – Mainzer Verkehrsgesellschaft mbH
- **Dr. Matthias Krell**
Geschäftsführer der Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e.V., Mainz
- **Malika Laabdallaoui**
Vorsitzende des Landesverbandes Rheinland-Pfalz des Zentralrats der Muslime in Deutschland e.V., Mainz
- **Anke Lips**
Referentin der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz
- **Winfried Manns**
Verbandsdirektor und geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz
- **Anke Marzi**
Leiterin der Abteilung Soziale Arbeit und Bildung des Deutschen Roten Kreuz, Mainz
- **Dieter Münk**
Niederlassungsleiter der IBM Deutschland GmbH, Mainz
- **Thomas Pensel**
Abteilungsleiter Energie und Strahlenschutz im Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten des Landes Rheinland-Pfalz
- **Dr. Christoph Picker**
Direktor der Evangelischen Akademie der Pfalz, Landau
- **Jim Preuß**
Landesvorstandsmitglied 2016 der Landes-schüler*innenvertretung Rheinland-Pfalz
- **Dr. Thorsten Ralle**
Landeselternbeirat Rheinland-Pfalz, Ludwigshafen
- **Prof. Dr. Hans-Christoph Reiss**
Geschäftsführer der Dualen Hochschule Rheinland-Pfalz, Worms
- **Andreas Resch**
stellv. Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer für Rheinhessen, Mainz
- **Matthias Rösch**
Landesbeauftragter für die Belange behinderter Menschen, Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie des Landes Rheinland-Pfalz
- **Prof. Dr. Dieter Sadowski**
Vorsitzender des Lokale Agenda 21 Trier e.V.
- **Mark Schlick**
Amtsleiter der Wirtschaftsförderung, Stadtverwaltung Pirmasens
- **Dr. Werner Schneichel**
Bereichsleiter IT-Management beim Landeskrankenhaus (AÖR), Andernach
- **Joachim Schulte**
Sprecher des QueerNet Rheinland-Pfalz e.V., Mainz
- **Brigitte Sedlmaier**
Vice President of Human Resources der KSB SE & Co. KGaA, Frankenthal
- **Jörn Simon**
Leiter der Landesvertretung Rheinland-Pfalz der Techniker Krankenkasse, Mainz
- **Margret Staal**
Vorstandsmitglied im Kulturbüro Rheinland-Pfalz des LAG Soziokultur & Kulturpädagogik e.V., Lahnstein
- **Dr. Josef Staub**
Geschäftsführer des Instituts für qualifizierende Innovationsforschung und -beratung, Bad Neuenahr-Ahrweiler
- **Roland Strasser**
Leiter des Landesbezirks Rheinland-Pfalz/Saarland der IG Bergbau, Chemie und Energie, Mainz
- **Prof. Dr. Gabi Troeger-Weiß**
Professorin für Regionalentwicklung und Raumordnung an der Technischen Universität Kaiserslautern
- **Miguel Vicente**
Landesbeauftragter für Migration und Integration im Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz des Landes Rheinland-Pfalz
- **Dr. Bernd Vogler**
Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbands Chemie Rheinland-Pfalz e.V., Ludwigshafen
- **Karin von der Groeben**
ehemalige Geschäftsführerin der Initiative Mainzer Medienwirtschaft
- **Ulrike von der Lüh**
geschäftsführender Vorstand der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz e.V.
- **Viktor Wilpert Piel**
Leiter der Abteilung Weiterbildung der IHK Rheinhessen, Mainz; ehemals Initiative Mainzer Medienwirtschaft
- **Rainer Zeimentz**
Vorstand der Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz e.V., Mainz

Informationen zur rheinland-pfalzweiten Umfrage

Meinungsstarke Bürgerinnen und Bürger

» Mit dem Projekt „Gesellschaft 2030“ bot die ZIRP die geeignete Plattform zum Austausch und zur Vernetzung vieler Expertinnen und Experten. Anschließend wurde die Meinung der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer ebenfalls eingebunden. Als Mitglied der Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz haben wir, das Mainzer Institut L-Q-M Marktforschung, welches auf Befragungen im öffentlichen Raum spezialisiert ist, uns gefreut diese Umfrage mit der ZIRP verwirklichen zu können. Gemeinsam wurde ein Befragungskonzept entwickelt und umgesetzt. Über den Verteiler der ZIRP wurde die Einladung zur Online-Befragung an zahlreiche Multiplikatoren breit gestreut, insgesamt haben circa 2.000 Personen an der Befragung teilgenommen. Trotz der hohen Teilnehmerzahl sind die Ergebnisse der Online-Befragung nicht repräsentativ für ganz Rheinland-Pfalz. Dennoch: Es haben vor allem besonders aktive, interessierte und meinungsstarke Bürgerinnen und Bürger an der Befragung teilgenommen. Und genau diese Zielgruppe wird den Wandel umsetzen und liefert daher eine wichtige inhaltliche Ergänzung zur Expertenmeinung. «

Ute Kerber

Geschäftsführerin
L-Q-M Marktforschung
Mainz



Hintergrund der Umfrage

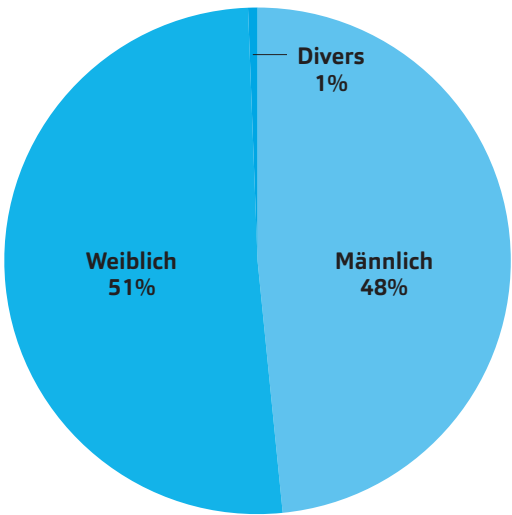
Alle dargestellten Umfrageergebnisse stammen aus einer frei zugänglichen Online-Befragung, die im Zeitraum vom 20. August bis zum 26. September 2019 durchgeführt wurde. Insgesamt nahmen 2.075 Personen teil, von denen 94 Prozent in Rheinland-Pfalz und sechs Prozent in anderen Bundesländern wohnhaft sind. Die Umfrage setzt sich aus 18 geschlossenen Fragen, zwei offenen Fragen bzw. Angaben und sieben Fragen zur Demografie zusammen.

Aufgrund der Zusammensetzung der Stichprobe sind die Ergebnisse nicht für die gesamte Bevölkerung in Rheinland-Pfalz repräsentativ. So nahmen kaum Rheinland-Pfälzer, die unter 18 Jahren und 75 Jahre oder älter waren, an der Befragung teil. Zudem hatten überproportional viele Personen die deutsche Staatsbürgerschaft.

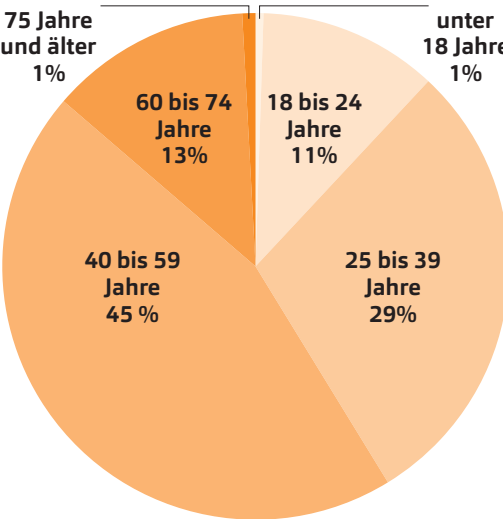
Auch der Anteil der Bewohner kreisfreier Städte deckt sich nicht mit dem statistischen Verhältnis in Rheinland-Pfalz. Zudem sind Angestellte, Studierende und Auszubildende sehr stark und Arbeitssuchende hingegen sehr schwach vertreten. Dafür lassen sich sehr geringe Abweichungen hinsichtlich Geschlecht, Wohnortgröße und der rheinland-pfälzischen Planungsregionen bei den Umfrageteilnehmerinnen und Teilnehmer im Vergleich zur Gesamtbevölkerung verzeichnen. Die Befragten stammen aus unterschiedlichen Regionen in Rheinland-Pfalz, davon knapp ein Drittel aus dem Planungsgebiet Mittelrhein-Westerwald.

Wir bedanken uns bei allen, die uns ihre Meinung im Rahmen der Umfrage mitgeteilt haben!

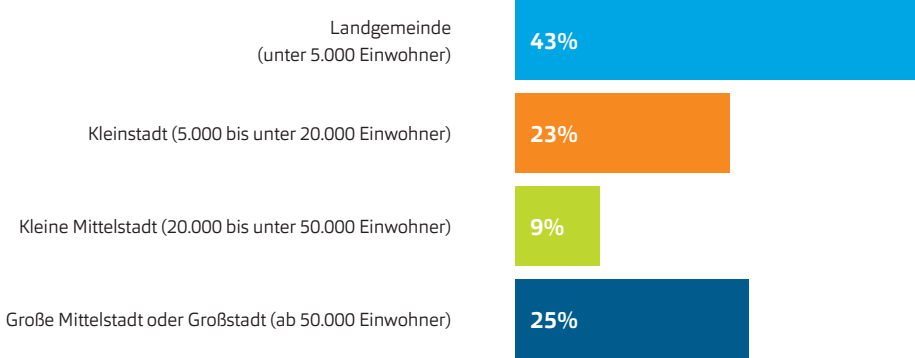
Geschlecht



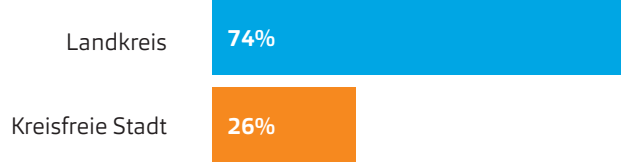
Alter



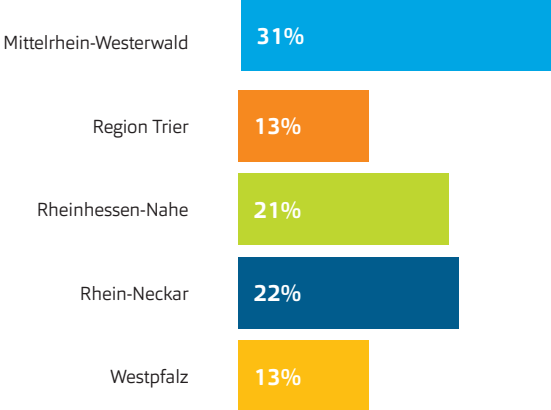
Wie groß ist der Ort, an dem Sie leben?



Leben Sie in einem Landkreis oder einer kreisfreien Stadt?



Wie ist die Postleitzahl Ihres Wohnortes?



Stationen des Projekts

Im Projekt „Gesellschaft 2030“ waren über 300 Menschen aus allen gesellschaftlichen Bereichen und der Wirtschaft im Rahmen von Workshops und weiteren Diskussionsrunden beteiligt.

Zu Beginn des Projekts wurden 110 Expertinnen und Experten von gesellschaftlich relevanten Institutionen und Organisationen gebeten, in einem projektbegleitenden Gremium mitzuwirken, wozu sie gerne bereit gewesen sind. Die Mitglieder des Begleitgremiums haben an den Themenworkshops und an begleitenden Hintergrunddiskussionen teilgenommen. Dieses Gremium wurde flankiert von großen öffentlichen Veranstaltungen, der landesweiten Umfrage und dem Austausch mit diversen Institutionen sowie deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im ganzen Land.

Darüber hinaus haben in den Schwerpunktworkshops jeweils rund 25 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus verschiedenen Orten in Rheinland-Pfalz zusammen gearbeitet.

2015	Foresight-Prozess der ZIRP unter Beteiligung von fast 1000 Menschen. In dem Auftaktworkshop „Kluge Köpfe schauen voraus“ definieren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer drei große Themenblöcke: „Womit verdienen wir 2040 unser Geld?“, „Wie werden wir 2040 arbeiten?“ und „In welcher Gesellschaft werden wir 2040 leben?“. Als Megatrends kristallisieren sich Digitalisierung, Internationalisierung, Nachhaltigkeit, Individualisierung, Innovationskraft, Dynamik, Bedeutungswandel von Institutionen, demografischer Wandel, Transparenz, Partizipation und Migration heraus. Als Zeitrahmen wurde das Jahr 2030 statt 2040 festgelegt, um realistische Projektionen vorzunehmen.
September 2016	Auftaktveranstaltung „Familie, Freunde, Follower – Gesellschaft als Netzwerk“ mit Ministerpräsidentin Malu Dreyer im Hambacher Schloss in Neustadt an der Weinstraße.
November 2016	Erste Sitzung des Begleitgremiums mit Ministerpräsidentin Malu Dreyer zu dem Thema „Zusammenleben – miteinander, nebeneinander, gegeneinander?“.
2016 – 2018	Neun Themenworkshops mit rund 300 Expertinnen und Experten.
Mai 2017	Veranstaltung „Vielfalt & Gemeinschaft: Was Demokratie leisten kann“ bei der Mainzer Stadtwerke AG mit Prof. Dr. Martina Münkler, Autorin des Buches „Die neuen Deutschen – ein Land vor seiner Zukunft“.
2018	Vier Diskussionsveranstaltungen des Formats ZIRPzoom mit Ministerpräsidentin Malu Dreyer: <ul style="list-style-type: none">• März 2018: Robotik und Künstliche Intelligenz – Entwicklung und Anwendung.• Mai 2018: Digitalisierung und Ethik - Die digitale Transformation im Einklang mit der Gesellschaft.• September 2018: Digitalisierung und soziale Sicherheit.• Oktober 2018: Digitalisierung und demografischer Wandel.
August 2018	Diskussionsveranstaltung „Die intelligente Gesellschaft: KI als Werkzeug“ mit Ministerpräsidentin Malu Dreyer im Rahmen des Kongresses „Erlebnis KI“.
November 2018	Arbeitstreffen der Expertinnen und Experten des Begleitgremiums mit dem Thema „Rolle und Bedeutung von Institutionen im Jahr 2030“.
September 2019	Veranstaltung „Wieviel Digitalisierung ist gesund?“ mit Ministerpräsidentin Malu Dreyer im Format 3x3 – Drei Diskussionsrunden, drei Themen, drei Podiumsgäste im Rahmen des Kongresses „Gesundheit diGital“ im Schloss Koblenz.
2018 – 2020	Messestände (u. a. Erlebnistag der BASF SE, Demokratie-Tag Rheinland-Pfalz) und Präsentationen der Zukunftsbilder in Institutionen des Landes wie Junge Akademie der Evangelischen Kirche der Pfalz, forumWHU, Caritasverband für die Diözese Speyer e.V., Pädagogisches Landesinstitut, Landesfrauenbeirat, IHK Rheinhessen, Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz, Landeszentrale für Medien und Kommunikation, Landeschüler*innenvertretung, Entwicklungspolitisches Landesnetzwerk Rheinland-Pfalz/ELAN e.V.
September 2019	Landesweite Online-Umfrage „Zukunft der Gesellschaft in Rheinland-Pfalz“ in Zusammenarbeit mit dem Institut L-Q-M Marktforschung.
2019 – 2020	Erarbeitung einer virtuellen Form der Zukunftsbilder. Entwicklung durch die skilltree GmbH, Trier. Onlinestellung der Zukunftsmap „WIR 2030“ im Juni 2020 anlässlich des bundesweiten Digitaltags.
Juni 2020	Podiumsrunde mit Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur zum Abschluss des Projekts. Aufzeichnung abrufbar unter www.zirp.de/themen/gesellschaft und dem Format ZIRP TV auf YouTube.

Impressum

WIR 2030. Zusammenleben, Gerechtigkeit, Teilhabe. Die Gesellschaft, in der wir leben wollen.

Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz (ZIRP) e.V.

Auf der Bastei 3
55131 Mainz
Telefon: 06131 16-5687
Telefax: 06131 16-2554
E-Mail: mail@zirp.de
www.zirp.de

Vorsitzender: Michael Heinz

Stv. Vorsitzende: Ministerpräsidentin Malu Dreyer

Geschäftsführerin: Heike Arend

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung inklusive der Bildrechte liegt bei den Autorinnen und Autoren des jeweiligen Beitrages. Die ZIRP übernimmt keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Jegliche Vervielfältigung oder Verwertung – auch auszugsweise – bedarf der vorherigen Zustimmung der ZIRP.

Ein wichtiger Schwerpunkt im Projekt „Gesellschaft 2030“ war das Thema Vielfalt. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit haben wir uns an einigen Stellen für die Verwendung einer genderbinären Sprache entschieden. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichwohl für alle Geschlechteridentitäten (cis, trans, inter, genderqueer, nicht-binär). An Stellen, an denen nicht durchgängig gendergerechte Sprache verwendet wurde, gelten sämtliche Personenbezeichnungen gleichwohl für alle Geschlechter.

Verantwortlich: Heike Arend
Projektleitung: Laura Demare, Hanna Mertens
Redaktion und Lektorat: Heike Arend, Tamara Goretzka, Verena Halfmann, Daniela Hartmann, Hanna Mertens, Tamina Müller, Lina Stroh
Layoutkonzept und Grafiken: schelenz.design
Satz: Tamara Goretzka
Druck: Kerker Druck, Kaiserslautern
Erscheinungsdatum: Juli 2020



Bild- und Fotonachweise:

S. 6	BASF SE	S. 45	Elisabeth Vanderheiden
S. 8	Staatskanzlei Rheinland-Pfalz	S. 55	Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung
S. 10	ZIRP	S. 66	Jens Hollerith, Bad Dürkheim
S. 31, 40, 51 , 63, 73, 83, 95, 105, 115, 123	Skilltree GmbH	S. 67	Technische Universität Kaiserslautern
S. 32	Tatjana Haus Tanja Weißmann medien+bildung.com gGmbH Arbeitsgemeinschaft der Caritasverbände Rheinland-Pfalz FloBeckert	S. 76	Landesschüler*innenvertretung Rhein- land-Pfalz
S. 33	IHK Rheinhessen/Alexander Sell Tanja Weißmann Achim Kistner Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz	S. 77	Tanja Weißmann
S. 34	Staatskanzlei RLP/S. Andes KOMPAKT B Volker Boch Kulturbüro Rheinland Pfalz Special Olympics Rheinland-Pfalz e.V. IKK Südwest in.betrieb gGmbH	S. 86	Nibelungenfestspiele gGmbH
S. 35	SCHMIT-Z Gisela Bill Lea Bales/KV MYK Arp Museum	S. 87	Kulturbüro Rheinland-Pfalz
S. 36	Diakonie/Kathrin Harms Dieter Sadowski Stadt Ludwigshafen in.betrieb gGmbH	S. 85	medien+bildung.com gGmbH
S. 37	Melanie Bauer IHK Rheinhessen in.betrieb gGmbH Viktor Wilpert Piel/Karin von der Groeben	S. 88	LMK - medienanstalt rlp
		S. 89	Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik e.V.
		S. 99	Bernd Wannenmacher
		S. 108	Peter Pulkowski
		S. 109	IKK Südwest
		S. 117	Gisela Bill/Landesfrauenbeirat Rheinland-Pfalz
		S. 125	in.betrieb gGmbH
		S. 126	Joachim Schulte/QueerNet RLP
		S. 127	Miguel Vicente
		S. 137	L-Q-M Marktforschung



www.zirp.de